



Jahresbericht 2018

Wer wir sind

Wofür wir eintreten

Wie wir arbeiten

Inhalt



S. 15



S. 36



S. 45

Vorwort.....	1
Die große Transformation	2
Europa gestalten	18
Demokratie und Menschenrechte stärken	34
Außen- und Sicherheitspolitik.....	42
Kunst und Kultur	44
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich.....	45
Studienwerk – Rückenwind für Talente.....	46
GreenCampus – Politik erfolgreich machen	49
Archiv Grünes Gedächtnis.....	50
Preisverleihungen.....	51
Stiftungsmanagement.....	52
Gremien.....	58
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten.....	59
Adressen.....	60
Fördern und spenden.....	63

Impressum ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. ■ Redaktion und Konzeption: Susanne Dittrich ■ Cover: Sean Gallup ■ Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ■ Fotos: Stephan Röhl (wenn nicht anders angegeben) ■ Gestaltung: KALUZA + SCHMID Studio GmbH, Berlin (nach einem Entwurf von state, Berlin) ■ Papier: umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■ Auflage: 3.000 ■ Stand: 30. April 2019 ■ Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin ■ T 030-285 34-0 F 030-285 34-109 E info@boell.de W www.boell.de

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

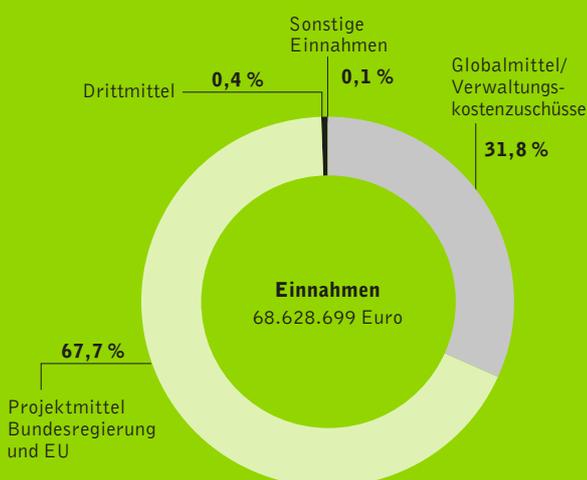
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 32 Auslandsbüros sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

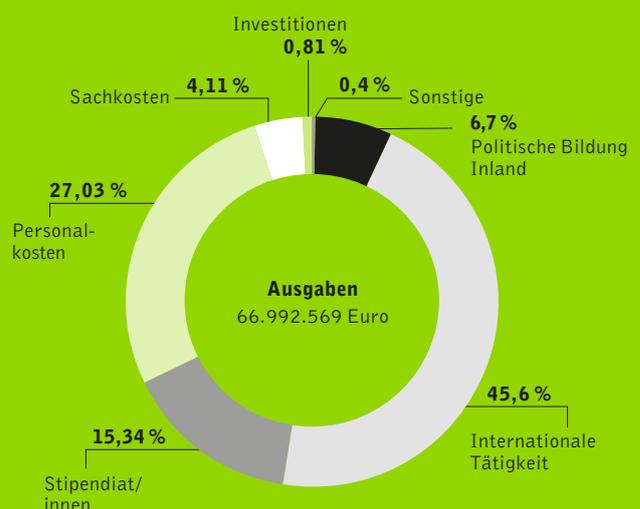
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2018



Ausgaben 2018



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Dakar (Senegal)

Asien

- 5 Bangkok (Thailand)
- 6 Neu-Delhi (Indien)
- 7 Peking (China)
- 8 Phnom Penh (Kambodscha)
- 9 Yangon (Myanmar)
- 10 Hongkong

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kiew (Ukraine)
- 16 Paris (Frankreich)
- 17 Prag (Tschechische Republik)
- 18 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 19 Tbilisi (Georgien)
- 20 Thessaloniki (Griechenland)
- 21 Warschau (Polen)

Lateinamerika

- 22 Bogotá (Kolumbien)
- 23 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 24 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 25 San Salvador (El Salvador)
- 26 Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost

- 27 Beirut (Libanon)
- 28 Ramallah (Palästina)
- 29 Rabat (Marokko)
- 30 Tel Aviv (Israel)
- 31 Tunis (Tunesien)

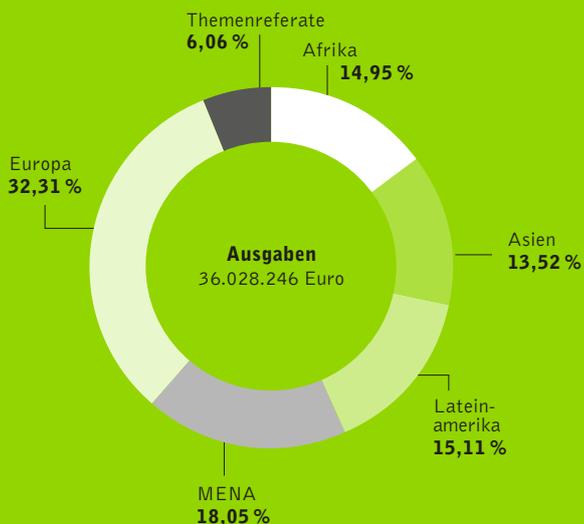
Nordamerika

- 32 Washington (USA)

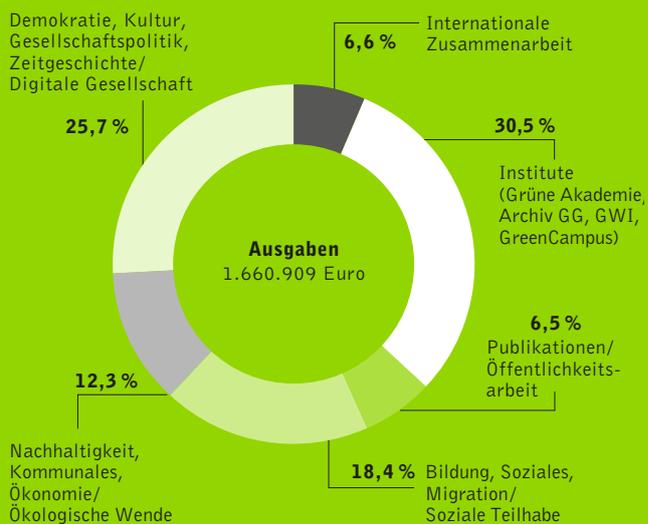
Russische Föderation

- 33 Moskau (Russland)

Internationale Zusammenarbeit 2018



Politische Bildung Inland 2018



Vorwort



Dr. Ellen Ueberschär Foto: Stephan Röhl



Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Das Jahr 2018 stand im Zeichen neuer politischer Ereignisse, die die liberale, multilaterale Ordnung massiv in Frage stellen: Amerikas Isolationismus unter Donald Trump, ein sich durch die Wahl Jair Bolsonaros als Präsident Brasiliens verstärkender Rechtsruck in Lateinamerika, der fortgesetzte Aufstieg Chinas, das Zurückdrängen des liberal-demokratischen Geistes in zahlreichen europäischen Ländern durch rechtspopulistische Kräfte. All dies macht deutlich: Die internationale Ordnung verändert sich und die sich daraus ergebenden Machtverschiebungen bringen für selbstverständlich gehaltene Gewissheiten ins Wanken.

Zu diesen Gewissheiten gehört die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, deren Verabschiedung sich 2018 zum 70. Mal jährte: «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren», heißt es in Artikel 1. Gerade deswegen war unsere Arbeit im vergangenen Jahr auf Themen wie Genderpolitik und Minderheitenschutz ausgerichtet. Mit der Veröffentlichung des Online-Dossiers «70 Jahre Menschenrechte: Einfordern – Verteidigen – Garantieren» nahmen wir den Jahrestag zum Anlass, unsere Menschenrechtsarbeit als Kernaufgabe der Stiftung und damit unsere Haltung und Werte sichtbar zu machen.

Unser Schwerpunktthema «Klimaschutz» ist im vergangenen Jahr auch gesellschaftlich in den Mittelpunkt gerückt. Mittlerweile protestieren junge Menschen weltweit jeden Freitag für Klimaschutz und fordern die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens – eine neue Umweltbewegung entsteht. Für die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft braucht es einen Strukturwandel in vielen Lebens- und Wirtschaftsbereichen, der durch Innovationen auf sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und technologischer Ebene geprägt sein muss. Untrennbar ist damit die digitale Transformation verbunden. Als Mitgestalterin und Mittlerin zwischen Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik widmen wir uns diesen Zukunftsfragen.

Die grüne Bewegung ist untrennbar mit der Protestbewegung 1968 verbunden – wie auch Heinrich Böll selbst unmittelbar mit ihr verbunden war. Mit dem Essay «Heinrich Bölls '68: Eine Annäherung in sechs Lektionen» würdigen wir sein Wirken als politisches Vorbild und öffentliche Figur im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1968. Außerdem haben wir das 50. Jubiläum der Protestbewegung zum Anlass genommen, um aus verschiedenen Perspektiven auf diese Zeit zu blicken und Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, auch aus Mittel- und Osteuropa.

Beständig arbeiten wir daran, unsere Palette an Medien und Angeboten spannend, zeitgemäß und für unterschiedliche Zielgruppen zu gestalten. Mit der Entwicklung neuer und digitaler Formate versuchen wir als Institution der politischen Bildung, auch junge Menschen für Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz zu begeistern.

Hinter all dem, was wir tun, was wir publizieren, diskutieren und veranstalten, stecken viele Menschen, die jeden Tag Courage und Engagement mitbringen, um sich für unsere Werte und für unsere Ziele einzusetzen. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen sowie unseren zahlreichen und langjährigen Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland für ihre wertvolle Arbeit und freuen uns jeden Tag über den Mut und den Enthusiasmus, den jede/r Einzelne in die Stiftung einbringt. Wir bedanken uns außerdem bei all jenen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Gremien der Stiftung engagieren. Ein herzliches Dankeschön geht an René Böll, der auch im vergangenen Jahr weit und viel gereist ist, um über das Wirken Heinrich Bölls 1968 zu berichten.

Beherzt und mit Freude machen wir weiter.

Berlin, im April 2019

Barbara Unmüßig und Dr. Ellen Ueberschär
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung



«Es gibt keinen Planeten B» – Ballon vor den Braunkohlekraftwerken in Kerpen, Nordrhein-Westfalen. Foto: Ina Fassbender/dpa

Die große Transformation

Seit der industriellen Revolution haben Menschen technologische und wirtschaftliche Prozesse in Gang gesetzt, die unseren Planeten an seine ökologischen Belastungsgrenzen bringen. Teilweise sind diese bereits überschritten: Artenvielfalt geht verloren; Ökosysteme sind großflächig durch Landnutzung zerstört; das Klima und der Stickstoffkreislauf haben sich verändert. Auch bei der Versauerung der Ozeane ist die natürliche Grenze nahezu erreicht. Hier könnten irreversible Schäden entstehen, die die Bewohnbarkeit der Erde stark einschränken. Noch können wir gegensteuern. Die Erderwärmung lässt sich aufhalten. Das geht, indem wir uns zügig und weitgehend von fossiler Energie verabschieden, uns von industrieller Landwirtschaft und Tierhaltung abwenden und unsere Mobilität revolutionieren. Auch andere Wirtschaftsbereiche wie Wohnen, Chemie oder Maschinenbau müssen umgebaut werden. Dafür sind technologische Innovationen unabdingbar. Wir wollen den Übergang in eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und gerechte Ökonomie schaffen. Wir engagieren uns zudem dafür, dass die natürlichen Ressourcen so genutzt werden, dass die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden.

Klimagerechtigkeit – jetzt!

Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Stürme oder Starkregen häufen sich. Der Klimawandel ist real und seine weltweiten Folgen für Mensch und Natur sind bereits erheblich. Um die Erderwärmung auf ein noch erträgliches Maß zu stoppen, müssen die globalen CO₂-Emissionen drastisch gesenkt werden und 2050 bei null liegen. Dennoch bleibt die Politik nahezu tatenlos – kaum ein Land unternimmt genug, um die Klimaziele von Paris, die Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad über vorindustriellem Niveau, zu erreichen. Wir halten dieses Ziel für machbar, und zwar auf klimagerechte und demokratische Weise und ohne den Einsatz von riskanten Großtechnologien wie Geoengineering. Wir fordern einen effektiven Klimaschutz, ausreichende Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie (geschlechter-)gerechte und wirksame Klimafinanzierung.



Dezember 2018: Klimaschutzdemo in Katowice anlässlich der UN-Klimakonferenz
Foto: Helen Angelova, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0, <https://bit.ly/2WfNFJO>

Hohe Erwartungen, große Enttäuschung – die UN-Klimakonferenz von Katowice ↗

Der Weltklimarat (IPCC) hat Anfang Oktober 2018 in seinem international mit Spannung erwarteten Sonderbericht «Special Report on Global Warming of 1.5 °C» deutlich gemacht: Eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C ist nur möglich, wenn die CO₂-Emissionen bis 2030 um die Hälfte reduziert werden und bis 2050 «nettonull» erreichen. Zu Beginn der 24. UN-Klimakonferenz (COP 24) im Dezember 2018 in Katowice, einer Stadt mitten in Polens wichtigster Kohleregion, hatten viele gehofft, dass die Staaten nun endlich handeln würden. Das Ergebnis der Konferenz war allerdings ernüchternd. Zwar gibt es nun ein Regelbuch für das Pariser Abkommen (bei diesem Abkommen hatten die Industrie- und Schwellenländer 2015 beschlossen, die Emissionen gemeinsam zu reduzieren); es enthält aber keinen Bezug zu Menschenrechten und keinen Plan, wie die Emissionen reduziert werden könnten und das 1,5 °C-Klimaziel noch zu erreichen sein könnte. Wichtige Themen wurden vertagt.

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung war mit einer internationalen Delegation und einer Reihe von Veranstaltungen an der COP 24 beteiligt, insbesondere beim zivilgesellschaftlich organisierten ClimateHub – einem neben dem Konferenzzentrum wichtigen Ort der politischen Debatten und Begegnungen. Thematisch konzentrierten wir uns auf die Finanzierung von Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern, auf vermeintliche Lösungen wie Geoengineering und auf Klimagerechtigkeit durch Klimaklagen.

Bereits im Vorfeld der Konferenz haben wir uns mit Veranstaltungen, Berichten, Analysen und Kurzstudien an der internationalen Debatte um 1,5 °C beteiligt, insbesondere mit unserer 8-teiligen Publikation «Radical Realism for Climate Justice». Sie bündelt das Wissen und die Erfahrung einer Reihe von internationalen Organisationen, Netzwerken und Wissenschaftler/innen und zeigt, dass es möglich ist, die globale Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen – und zwar ohne den Einsatz von riskanten Großtechnologien wie Geoengineering. Mit den Risiken dieser Technologien

↗ Webdossier: Geoengineering

www.boell.de/en/geoengineering
www.geoengineeringmonitor.org

↗ Webdossier: Radikaler Realismus
für Klimagerechtigkeit

www.boell.de/radical-realism

für Mensch und Natur beschäftigte sich unsere internationale Fachtagung am 24. Oktober in Berlin. Ein geladen hatten wir gemeinsam mit Brot für die Welt und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL). Zum Thema Geoengineering veröffentlichten wir auch diverse Bildungs- und Informationsmaterialien, darunter drei kurze Erklärvideos. Sie sind auf YouTube und in unserem Webdossier zum Thema abrufbar.

Unser Büro in Warschau nutzte den Klimagipfel, um mehr Menschen in Polen für Klimafragen zu sensibilisieren und zivilgesellschaftliches Engagement für Klimaschutz zu stärken. Eine Broschüre mit Daten und Fakten entzauberte die häufigsten Mythen in der polnischen Klimadebatte und machte die Komplexität des Klimadiskurses deutlich. Auf einer öffentlichen Konferenz im Oktober in Warschau konnten die Bürger/innen mit hochrangigen internationalen und polnischen Expert/innen u. a. darüber diskutieren, wie sich das 1,5 °C-Ziel noch einhalten lässt. In Polen war die Zivilgesellschaft im Vorfeld und während der COP 24 sehr aktiv. Die Klimabewegung wächst, die Stimmen von Jugend, Kirche und Wissenschaft werden lauter und damit entstehen neue Koalitionen, die immer mehr Menschen mit ihren Botschaften erreichen.

Transatlantische Klimadiplomatie von unten – der Global Climate Action Summit in San Francisco

Mit der Ankündigung der Trump-Regierung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, ist die Bedeutung von US-amerikanischen Bundesstaaten, Städten und Unternehmen für den Fortbestand der transatlantischen Klimadiplomatie deutlich gestiegen. Ein wichtiges Treffen für klimapolitisch Engagierte aus aller Welt jenseits der nationalstaatlichen Ebene war der «Global Climate Action Summit» (GCAS) in San Francisco. Die kalifornische Regierung hatte im September dazu eingeladen. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung war auf dem Gipfel vertreten. Neben Veranstaltungen und einem Workshop organisierten wir zusammen mit unserem Büro in Washington bilaterale Treffen zwischen führenden Köpfen der globalen und europäischen Klimapolitik und ihren Counterparts in den USA, beispielsweise zwischen Annalena Baerbock (Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen), Gina McCarthy (Umweltministerin unter Barack Obama) und Ernest Moniz (Energeminister unter Barack Obama).

Darüber hinaus nutzten wir die Gelegenheit, die vielen Klima- und Umweltgerechtigkeitsaktivist/innen, die für den GCAS oder den Alternativgipfel «Sol2Sol» angereist waren, für einen Informations- und Strategieworkshop zum Thema Geoengineering zusammenzubringen. Die USA sind eines der emissionsstarken, ölproduzierenden Länder, in denen die politische Unter-

stützung für Geoengineering wächst. Es braucht daher eine informierte und kritische Zivilgesellschaft.

Sozialökologische Transformation von unten – transformAfrica

Afrika ist von den Folgen des Klimawandels in besonderem Maße betroffen. Viele afrikanische Länder haben bereits reagiert und ökologische Reformen eingeleitet – häufig jedoch ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft und ohne soziale Fragen miteinzubeziehen. Dies führt dazu, dass Umweltpolitiken gerade die Belange der besonders vom Klimawandel Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigen. Mit unserem Programm «transformAfrica» wollen wir die nachhaltige, gerechte und demokratische Transformation in Afrika befördern. In kurzen Filmporträts stellten wir zum Beispiel Kleinbäuerinnen vor, die sich mithilfe ökologischer Landwirtschaft erfolgreich an die Folgen des Klimawandels angepasst haben. In Studien untersuchten wir, inwieweit die Bevölkerung in Marokko, Senegal und Kenia über energieeffiziente Praktiken wie Mülltrennung im Haushalt informiert ist und bereit ist, sie in ihren Alltag zu integrieren. Darüber hinaus versuchen wir, durch Reportagen und Cartoons für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu sensibilisieren – in Marokko betrifft das vor allem das Thema Wasser, in Südafrika den Kohleabbau.

Keine Kredite für Kohlekraftwerke in Südostasien

90 Prozent der Kohlekraftwerke, die gegenwärtig global ans Netz gehen, befinden sich in Asien. Davon wird wiederum ein großer Teil in Südostasien errichtet, wo Staaten wie die Philippinen und Indonesien unvermindert auf fossile Brennstoffe zur Energiegewinnung setzen. Der Energiesektor hat sich mittlerweile zu einem der Kernbereiche regionaler Megainfrastrukturinvestitionen entwickelt. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die unter Führung Chinas neu gegründete Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) beteiligen sich an diesem Trend und stehen als Investoren und Kreditgeber zur Verfügung. So fließen noch immer umfangreiche Mittel von ADB und AIIB in sozioökonomisch und ökologisch schädliche Megaprojekte, obwohl sie vorgeben, eine an den globalen Klimazielen ausgerichtete Kredit- und Investitionspolitik zu betreiben. In Anbetracht dieser für den globalen Klimaschutz gefährlichen Entwicklung unterstützt unser Regionalbüro Südostasien die Lobby- und Kampagnenarbeit des NGO Forum on ADB in Manila, die auf eine vollständige Dekarbonisierung der Kreditvergabe- und Investitionsrichtlinien von ADB und AIIB ausgerichtet ist.

Für eine europäische Energiewende

Bislang bezieht Europa seine Energie über eine kleine Anzahl großer, dominanter Energieversorger. Wenn Europa die selbst gesteckten Klimaschutzziele erreichen will, braucht es einen Systemwechsel – weg von zentralistischen Energiekonzernen und hin zu einer dezentralen, gemeinschaftlich getragenen Stromerzeugung. Ein Energiesystem mit 100 Prozent erneuerbaren Energien ist schon heute möglich. Die Technologien dafür gibt es bereits. Wir müssen die Energiewende nur gesamteuropäisch angehen.



Vorstellung des Energieatlas mit Joanna Maćkowiak-Pandera, Präsidentin von Forum Energii in Warschau, und Matthieu Ballu, Generaldirektor für Energie und Transport der EU-Kommission
Foto: Ireneusz Wrosz, CC BY-SA 4.0

Energieatlas 2018 – unser Kompass für die Energiewende ↗

Zentralisiert und importabhängig, kohle- und atomlastig, emissionsintensiv, umweltschädlich und teuer – das ist die Realität der Energieversorgung in Europa. Dabei liegen die Fahrpläne für eine dezentrale europäische Energiewende auf dem Tisch, denn technologisch ist sie längst möglich. Wie, das zeigt unser «Energieatlas 2018», den wir zusammen mit der Green European Foundation, der European Renewable Energies Federation und Le Monde diplomatique im April 2018 veröffentlicht haben. Er beschreibt u. a., welche Unterschiede und Interessenkonflikte es zwischen den europäischen Partnern gibt und wie eine stärkere europäische Zusammenarbeit bei Digitalisierung, Effizienz und sozialer Gerechtigkeit gelingen kann. Damit ist er ein Kompass für die Weichenstellungen der nächsten Jahre in Deutschland und Europa.

Der Atlas ist auch auf Französisch und Polnisch erschienen. Die polnische Ausgabe enthält zusätzlich eine komplexe Analyse zum Stand und zu den Potenzialen der Energiewende in Polen. Der Atlas wurde am

Rande des Klimagipfels (COP 24) in Katowice vorgestellt. ↗ Polnische Expert/innen diskutierten u. a. mit der grünen Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock sowie Vertretern der Europäischen Kommission und lokalen Smog-Aktivisten darüber, wie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für den grünen Energiewandel in Schlesien aufgebaut werden kann. Auch die französische Version enthält zusätzliche Kapitel zur Situation und Debatte in Frankreich. Hier dominiert immer noch die Atomkraft, die den Staat aber zunehmend in eine finanzielle Bredouille bringt. Vorgestellt wurde der Atlas in Paris im Maison Heinrich Heine, u. a. mit dem Senator Ronan Dantec, Miłka Stępień von den polnischen Grünen (Partia Zieloni), Audrey Mathieu von Germanwatch Berlin, Nicolas Berghmans, Wissenschaftler am IDDRI, und Anne Bringault von der NGO Réseau Action Climat.

Das Weimarer Dreieck – ein deutsch-französisch-polnischer Austausch zur Energiewende

Zusammen mit unseren Büros in Warschau und Paris haben wir das sogenannte Weimarer Dreieck ins Leben gerufen – das sind deutsch-französisch-polni-

↗ [Energieatlas 2018:](http://www.boell.de/energieatlas)

www.boell.de/energieatlas

↗ [Bericht von der Präsentation in Katowice:](http://www.pl.boell.org/en/2019/03/27/launch-energy-atlas-2018)

www.pl.boell.org/en/2019/03/27/launch-energy-atlas-2018

sche Expertentreffen, um auszuloten, wie ein nachhaltiger Strukturwandel gelingen kann und wie die notwendigen Rahmenbedingungen dafür sein müssen. Ein erstes Treffen fand im Juli 2018 in Paris statt. Dort ging es unter anderem um das Beispiel von Loos-en-Gohelle, einer kleinen Stadt im strukturschwachen Norden Frankreichs, einem ehemaligen Kohle- und Stahlgebiet. Mit verschiedenen sozialökologischen Projekten versucht der Bürgermeister dort, der Stadt eine neue Perspektive zu geben. Beim zweiten Treffen in Katowice im Dezember hatte die Gruppe die Gelegenheit, mit Vertreterinnen der Verwaltung von Rybnik und Sosnowiec über die Herausforderungen, vor denen die polnischen Kohleregionen Schlesiens im Zuge der Transformation stehen, zu diskutieren und sich ein Bild vor Ort zu machen.

Strategieworkshop «Wärmewende Berlin» ↗

Das Land Berlin hat 2017 ein Energiewendegesetz beschlossen, das das Land auf das Ziel der Klimaneutralität verpflichtet. Entscheidend ist dabei die Wärmeversorgung, denn auf den Bereich Wärme entfallen mindestens 50 Prozent des Endenergieverbrauchs in der Stadt und ein Großteil der CO₂-Emissionen. Was eine strategische Wärmeplanung zur Dekarbonisierung des Wärmesektors beitragen kann, dafür interessierten sich die gut 100 Teilnehmenden des 2. Strategieworkshops «Wärmewende Berlin», den wir am 25. Mai 2018 gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, der Agentur für Erneuerbare Energien und dem Deutschen Institut für Urbanistik veranstalteten. Im Workshop stand das Lernen von den Erfahrungen anderer Großstädte im Vordergrund – durch Präsentation der Wärmestrategie Hamburgs und der Wärmeleitplanung der Stadtwerke Düsseldorf. Auf dem Abschlusspodium war man sich einig: Einerseits müsse die Temperatur im Fernwärmenetz abgesenkt werden – und andererseits sei eine Vielzahl an dezentralen Lösungen notwendig, insbesondere für Bereiche, die nicht an die Fernwärme angeschlossen sind.

Klimaschutz und Reform der Energiewirtschaft in Ost- und Südosteuropa

Die Länder des westlichen Balkans und die Ukraine beziehen den Großteil ihrer Energie aus Kohlekraftwerken. In Bosnien-Herzegowina wurden sogar neue gebaut, weitere sind in Planung. Der Ausbau von inzwischen kostengünstigen erneuerbaren Energien kommt aber kaum voran. Unsere Büros in Sarajevo, Belgrad und Kiew unterstützen lokale Partnerorganisationen dabei, die Bürger/innen mittels Kampagnen über erneuerbare Energien zu informieren und alternative Konzepte zu deren Nutzung zu entwickeln, etwa in Genossenschaften. Wir werben für eine aktivere Rolle der Europäischen

Union bei der Unterstützung der Energiewendestrategien in Südosteuropa, unter anderem haben wir dazu 2018 eine Tagung im Europaparlament in Brüssel veranstaltet. Denn eine regional integrierte Energieversorgung auf Basis von Effizienz und erneuerbaren Energien dient nicht nur dem Klimaschutz und der Energiesicherheit, sondern wirkt auch Energiearmut entgegen, verbessert die Umweltqualität und bietet wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven in strukturschwachen und instabilen Ökonomien. Ambitionierte Klimaziele sollten fester Bestandteil kommender EU-Erweiterungen auf dem Westbalkan sein.

Digitale Energiewende – Workshops und Fachgespräche ↗

Ein erneuerbares Energiesystem benötigt ein höheres Maß an Digitalisierung und Automatisierung als ein fossiles Energiesystem. Für Bürgerenergiegesellschaften und Prosumer (Privatpersonen und Unternehmen, die in kleinem Maßstab für den Eigenverbrauch produzieren) eröffnet die Digitalisierung neue Chancen und sie kann das System effizienter und kostengünstiger machen. Für die zunehmende Datenfülle braucht es allerdings einen Ordnungsrahmen für Datenschutz sowie Sicherheitskonzepte für die Energiesysteme im Falle von Hackerangriffen, Wetterextremen oder Rohstoffengpässen. Wir haben 2018 Grundlagen-Workshops zur Digitalisierung des Energiesystems und zur Blockchain-Technologie in der Energiewirtschaft angeboten, die auf sehr große Resonanz gestoßen sind, wohl auch, weil sich kaum vergleichbare Angebote finden. Darüber hinaus führten wir Fachgespräche durch und veröffentlichten die Kurzstudie «Alte Energiewelt – neue Energiewelt», die aufzeigt, wie sich die Landkarte der Energieversorgung verändert, welche Geschäftsmodelle sich entwickeln und wie diese im Sinne der sozialökologischen Energiewende politisch gestaltet werden können.

↗ Dokumentation: Mit Wärmeplanung zum emissionsfreien Heizen?

[www.boell.de/de/2018/07/06/mit](http://www.boell.de/de/2018/07/06/mit-waermeplanung-zum-emissionsfreien-heizen)

[-waermeplanung-zum-emissionsfreien-heizen](http://www.boell.de/de/2018/07/06/mit-waermeplanung-zum-emissionsfreien-heizen)

↗ Kurzstudie «Alte Energiewelt – neue Energiewelt»:

www.boell.de/boellbrief

The energiewende blog:

energytransition.org

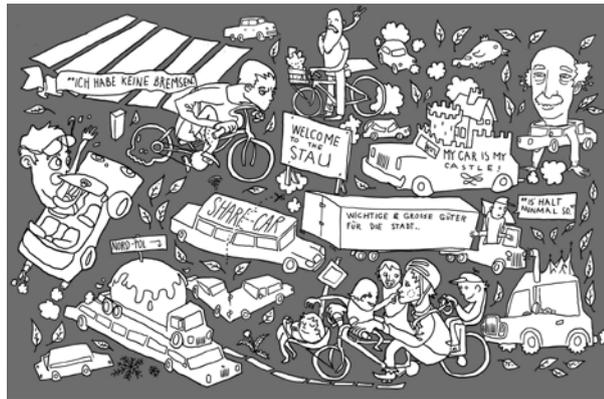
The German Energiewende wiki:

wiki.energytransition.org/

Energy Transition
The Global Energiewende

Mobilität und nachhaltige Stadtentwicklung

Ohne eine Mobilitätswende wird der Klimaschutz keinen Erfolg haben. Wir wollen den Stau in der Verkehrspolitik auflösen und zeigen, wie mobile Zukunft geht. Wir unterstützen grüne Verkehrskonzepte als Teil einer bürgerorientierten und nachhaltigen Stadtentwicklung im In- und Ausland. Dazu gehört auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, damit sich die Lebens- und Umweltqualität in den Städten erhöht und Wohnen für alle bezahlbar bleibt.



Verkehrswendekonferenzen in Dresden und Stuttgart
Grafik: Roland Brückner, bitteschön.tv

Bitte wenden! Verkehrswendekonferenzen in Süd und Ost ↗

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für menschen- und umweltfreundliche Mobilität in ihren Städten. Auch Politik und Verwaltungen entwickeln Strategien für eine CO₂-arme und stadtkompatible Fortbewegung. Langsam spricht sich herum: Die Verkehrswende verbessert die Lebensqualität. Doch der Abschied von der autogerechten Stadt ist lang, und Konflikte um den wertvollen Raum sind unausweichlich. Auf unseren «Verkehrswendekonferenzen» im Herbst in Dresden und Stuttgart diskutierten Aktivist/innen und interessierte Bürger/innen mit Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsleuten, wie sie die Verkehrswende in ihren jeweiligen Städten voranbringen können. Prominente Gäste waren Baden-Württembergs grüner Verkehrsminister Winfried Hermann, Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn, Dresdens Verkehrsdezernent Raoul Schmidt-Lamontain und Anne Klein-Hitpaß von Agora Verkehrswende. Die Konferenzen machten deutlich: Althergebrachtes muss auf den Prüfstand und es wird nicht schmerzfrei gehen. Den Mehrwert von nachhaltiger Mobilität zu vermitteln und die Bürger/innen auf dem Weg hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Transformation mitzunehmen wird die große Herausforderung sein. Die Verkehrswendekonferenzen fanden in Kooperation mit unseren Landesstiftungen statt.

So geht Mobilitätswende! Tagung mit UnternehmensGrün e.V. ↗

Dienstfahrräder, Velotaxis oder Bio-LNG (Liquefied Natural Gas – ein emissionsarmer und klimafreundlicher Kraftstoff) für LKWs – es gibt bereits zahlreiche Ideen und Konzepte, wie zukunftsfähige Mobilität aussehen kann. Auf unserer Konferenz «So geht Mobilitätswende!» in Kooperation mit UnternehmensGrün e.V. diskutierten die mehr als 200 Teilnehmenden über die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für eine Mobilitätswende. Cem Özdemir (MdB Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur) hob in seiner Rede hervor, es brauche vor allem Erfindergeist. Außerdem mahnte er an, Menschen, die Angst vor Veränderungen hätten, nicht auf dem Weg zu verlieren und Mut statt Angst zu machen. Denn nachhaltige Mobilität dürfe auch Spaß machen. Es solle weniger um Verbote als vielmehr um Ermöglichung gehen. Den geforderten Erfindergeist zeigten die Referent/innen der sogenannten Impulswerkstätten. So stellte z. B. Roland Schüren, ein Bäcker aus Hilden (NRW), Europas ersten Serien-Elektro-3,5-Tonner vor, der aus der von ihm gegründeten «E-Transporter Selbsthilfegruppe» heraus entwickelt wurde. Vor dem Stiftungsgebäude gab es Gelegenheit, einige Fahrzeuge auszuprobieren – vom Lasten-E-Bike über Ridesharing-Services (Fahrgemeinschaften) bis zum Tesla.

↗ Bericht: «Bitte wenden!
Verkehrswendekonferenz Süd»

www.boell.de/verkehrswendekonferenz-bericht

↗ Dokumentation: So geht Mobilitätswende!

www.boell.de/mobilitaetswende-bericht



Nigerianische Besucher/innen im selbstfahrenden Minibus auf dem EUREF-Campus in Berlin Foto: Beate Adolf

Im Jahr 2018 führten wir auch drei Strategiegespräche zur Mobilitätswende durch. Mit diesem Format ermöglichen wir Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft eine intensive Debatte, die sowohl Klimapolitik und Ökologie als auch ökonomische und technische Trends in den Blick nimmt.

Webdossier «Kommunale Verkehrswende» ↗

Kommunen sind die Vorreiterinnen der Verkehrswende, das zeigt unser Webdossier «Kommunale Verkehrswende». In neun Kapiteln geht es auf die Straße, hinein in die Regionalbahn, rauf aufs Rad und mit Köpfchen ins Auto. Wie könnte ein Tag in der Stadt nach der Verkehrswende aussehen? Welches sind die Zutaten für eine erfolgreiche Transformation der Mobilität? Wir haben uns umgesehen beim Radverkehrs-Champion Karlsruhe, in der Welthauptstadt der E-Mobilität Oslo, in der Lebensqualitäts-Metropole Wien, wir besuchten die Pionierin der Flatrate-Mobilität Helsinki und den ÖPNV-Leuchtturm Zürich. Außerdem im Webdossier: kompakte Argumente für Veränderung, lebenswerte statt autogerechte Stadt, mehr Flächengerechtigkeit im Straßenraum, bessere Luft zum Atmen und mehr Sicherheit – jeweils mit Infografik.

Klimaneutrale städtische Mobilität für Lagos

Lagos ist mit 20 Millionen Einwohner/innen die größte Stadt Nigerias und zieht täglich weitere Zuzügler/innen an, dabei platzt es schon heute aus allen Nähten. Es gibt endlose Staus in der Innenstadt, die ganz auf Individualverkehr zugeschnitten ist, obwohl die meisten Leute zu Fuß oder mit den öffentlichen Kleinbussen unterwegs sind. Wir kooperieren in Nigeria mit diversen Projektpartnern, die sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen. So gab es 2018

beispielsweise einen Vorschlag, wie zwei von der Stadt neu angelegte Parks bürger/innenorientiert verbunden werden könnten: durch einen breiten Weg für Fußgänger/innen, Fahrräder und Lastenräder, gesäumt von Servicestationen und Verkaufsständen für eine Frauenkooperative, die die Parks teils zum Obst- und Gemüseanbau nutzen könnte.

Wir haben im September einige unserer Projektpartner/innen nach Berlin eingeladen, um sich über die Ideen hinter dem Berliner Mobilitätsgesetz und dessen Umsetzung zu informieren. Die Gruppe traf sich mit Verkehrssenatorin Regine Günther, sprach mit Umweltschutzgruppen, Wissenschaftsteams und vielen Praktiker/innen. Räder und Lastenräder wurden ausprobiert und Urban Gardening besichtigt. Besonderen Anklang fanden Projekte, die Einkommen generieren – was in Nigeria mit einer enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit von großer Wichtigkeit ist. Die Gruppe kehrte sehr inspiriert zurück und startete gleich mehrere neue Initiativen.

Zukunft Transatlantica: Entrepreneurs für grüne Innovationen

Unsere Konferenz «Zukunft Transatlantica» im Oktober 2018 in Berlin brachte Jungunternehmer/innen mit grünen Ideen und erfahrene Unternehmer/innen aus Europa und den USA zusammen. Es ging darum, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu inspirieren. Diskutiert wurden u. a. die Besonderheiten von Finanzierungsmodellen für grüne Start-ups und die Kunst des erfolgreichen «Pitchens» (kurze Präsentation eigener Unternehmensideen). Bei einem Pitching-Wettbewerb konnten Unternehmen ihre grünen Innovationen präsentieren: Alles war dabei – von einem faltbaren Lastenrad bis zu Gebäck aus Grillen. Den ersten Preis – Unterstützung für eine Reise in die USA – bekam ein dänisches Unter-

↗ **Webdossier: Kommunale Verkehrswende**
www.boell.de/verkehrswende

📄 **«Alternative Antriebe, Autonomes Fahren, Mobilitätsdienstleistungen»:**
www.boell.de/publikationen

↗ **Böll.brief: Bitte wenden! Eine Anleitung zur Verkehrswendekultur**
 ↗ **Böll.brief: Mehr Strom bitte! Szenarien für die Verkehrswende**
www.boell.de/boellbrief



Zukunft Transatlantica: Ein dänisches Unternehmerteam gewann den Pitching-Wettbewerb

nehmerteam, das eine innovative Kompostmethode entwickelt hat, die es Restaurants und Lebensmittelläden erlaubt, ihre Abfallprodukte schnell und unkompliziert in wertvollen Kompost umzuwandeln. Zu den teilnehmenden Unternehmen gehörten u. a. Sono Motors (München), Good Eggs (San Francisco), Recovery Park (Detroit), SIRPLUS (Berlin), Resilient Atlanta (USA), Borderstep Institut (Berlin) und Startnext (Berlin).

Messe für grüne Produkte und Projekte in Bosnien-Herzegowina

Im Oktober organisierte unser Büro in Sarajevo in Konjic die 2. Grüne Messe in Bosnien-Herzegowina. Aussteller/innen aus dem ganzen Land präsentierten ökologisch produzierte landwirtschaftliche Produkte, Kosmetika oder Projekte im Bereich Solarenergie und Agrotourismus. Wie grüne Start-up-Ideen umgesetzt werden können, war eines der Themen der angebotenen Workshops. Der Ehrengast kam diesmal aus Ljubljana: Die slowenische Hauptstadt setzte in den letzten Jahren ambitionierte Maßnahmen im Bereich nachhaltiger Mobilität und Stadtplanung um, was ihr 2016 den Titel der EU-Kommission «European Green Capital» einbrachte. Unser Büro in Sarajevo will Ljubljanas strategische Ansätze nun in Bosnien bekannter machen. In puncto Nachhaltigkeit gibt es dort erheblichen Aufholbedarf. Ein Problem, das große Sorgen bereitet, ist die extreme Luftverschmutzung. Der Smoglevel ist in bosnischen Städten laut WHO an etlichen Tagen im Jahr höher als in Peking. Bereits 2017 hatte unser Büro eine in Zusammenarbeit mit einem bosnischen Partner entwickelte App zur Dokumentation der Luftverschmutzung vorgestellt. Doch die politisch Verantwortlichen zeigten null Reaktion. Mit Unterstützung etlicher diplomatischer Vertretungen bildet unser Büro derzeit einen Expertenpool, um Maßnahmen zur Reduzierung der Luftverschmutzung

zu entwickeln. Die US-Botschaft in Sarajevo misst mittlerweile an einer eigenen Station die Smogwerte und gibt diese bekannt. Der Druck auf die Politik, das Problem endlich anzugehen, wächst!

Nachhaltige Städte in Europa – Veranstaltungsreihe in Prag

Klimawandel und Massentourismus stellen Städte wie Prag oder Budapest vor große Herausforderungen. Unser Prager Büro organisierte 2018 eine grenzüberschreitende Veranstaltungsreihe zu nachhaltigem Tourismus und zukunftsorientierter Mobilität. Teil der Reihe waren zwei Besuchsreisen nach Berlin und Stuttgart sowie die deutsch-tschechische Konferenz «Die Zukunft nachhaltiger Mobilität in Städten» im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche im September 2018. Die Konferenz fand in Zusammenarbeit mit dem Prager Institut für Planung und Entwicklung (IPR Praha) sowie dem tschechischen Zentrum für Transport und Energie (CDE) statt. Ende 2018 veröffentlichte unser Büro die Publikation «Restless Cities», in der Autorinnen und Autoren aus Tschechien, der Slowakei und Ungarn über Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele der nachhaltigen Stadtentwicklung berichten.

Bildungsplattform für die Gemeinwohlökonomie in Griechenland

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Gemeinwohlökonomie in Griechenland ein noch wenig entwickelter Sektor. Doch seit der ökonomischen Krise und dem Zusammenbruch von Arbeitsmarkt und Sozialstaat schließen sich immer mehr Menschen zusammen, weil sie ein anderes Wirtschaften wollen. Ein Wirtschaften, das auf Prinzipien wie Selbstorganisation, Verantwortung für das Gemeinwesen und gegenseitiger Kooperation beruht. Übers ganze Land und in fast allen Branchen – von der Produktion und

 Publikation «Restless Cities: Lessons from Central Europe»:

<http://cz.boell.org/en/2018/12/06/restless-cities-lessons-central-europe>



Mitglieder des MOBA Housing Network – eine Plattform für die Entwicklung genossenschaftlicher Wohnprojekte in Südosteuropa. Foto: MOBA

Vermarktung von ökologischen Lebensmitteln bis zu IT-Dienstleistungen – gründen sich trotz schwieriger Bedingungen Jahr für Jahr neue Initiativen und Genossenschaften. Unser Büro in Thessaloniki hat die Bewegung von Anfang an unterstützt. Wichtig waren vor allem Fortbildungen, damit Menschen mit praktikablen Geschäftsmodellen einen Betrieb gründen, sich gegenseitig vernetzen und ihre Interessen gegenüber der Politik stärker vertreten konnten. Die vielen Erfahrungen sollen nun systematisiert und auf der Online-Bildungsplattform www.kalomathe.gr zur Verfügung gestellt werden. Die Plattform wächst ständig weiter und bietet allgemein verständliche Texte und Videos zu verschiedenen Themen. Der Trägerverein ist derzeit noch im Aufbau und wird nach dem Modell der Gemeinwohlunternehmen organisiert sein.

Who Builds the City – Smarter Building in Belgrad ↗

In Serbien ist der Wohnungssektor vollständig dem freien Markt überlassen. Nur Besserverdienende können sich eine Eigentumswohnung leisten. Für den Großteil der Bürger/innen ist es schwer, überhaupt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Hinzu kommen die oft schlechte Bauqualität und betrügerische Machenschaften in der Branche. Unser Büro in Belgrad unterstützt mit der Organisation Who Builds the City (Ko grad grad – KGG) eine der wichtigsten serbischen Bürgerinitiativen im Bereich Stadtentwicklung. Mit ihrem Smarter-Building-Modell (Pametnija zgrada) will die KGG den Kreis der Bürger/innen, die sich eine Wohnung leisten können, stark erweitern. Möglich werden soll dies durch die Einführung eines genossenschaftlichen Geschäfts- und Wohnmodells. Allein in Belgrad sind es derzeit mehr als 150.000 Bürger/innen, die sich keine Wohnung auf dem freien Markt leisten können. Smarter Building öffnet hier neue Möglichkeiten. Das Konzept entwickelte sich aus den lokalen wie internationalen

Erfahrungen des gemeinschaftlichen Wohnens heraus. Inzwischen hat Who Builds the City mit ähnlichen Initiativen aus Budapest, Zagreb, Ljubljana und Prag das MOBA Housing Network gegründet. Dieses Netzwerk dient als Plattform für gegenseitige, multidisziplinäre Unterstützung bei der Entwicklung von Wohnprojekten in Städten und Ländern.

Auf den Hügeln von Sidi Bou Saïd – bürgernahe Stadtentwicklung in Tunesien

Ob in Casablanca oder Kairo, in Amman oder Tunis – die staatlich gelenkte Stadtplanung der letzten Jahrzehnte, etwa beim Bau großer Wohnviertel, führte zu Individualisierung, Anonymisierung und zur Trennung sozialer Milieus. Eine Teilhabe der Bürger/innen an Stadtteilpolitik ist unter diesen Umständen schwierig. Mittlerweile gibt es jedoch Anzeichen, dass sich dies ändert. In Tunesien z. B. sind im Mai 2018 erstmals Gemeinderäte gewählt worden. Für die Bürgerinnen und Bürger sind Verhandlungen mit Gemeindeverwaltungen noch Neuland. Unsere Büros in Tunis, Rabat, Beirut und Ramallah boten im Rahmen einer Sommerschule nahe Tunis die Möglichkeit, dies zu erlernen. Das Interesse daran war riesig. 250 Bewerbungen gingen ein. 22 Frauen und Männer aus Tunesien, Marokko, Libyen, Ägypten, Jordanien, dem Libanon, Irak und den Palästinensischen Gebieten wurden schließlich ausgewählt, die allesamt in der Stadtraumentwicklung engagiert sind. Auf dem Programm standen neben Verhandlungsstrategien mit Gemeindeverwaltungen auch Vorträge darüber, wie sich Bürger/innen gegen Entscheidungen ihrer Stadtverwaltungen auf dem Rechtsweg wehren können. Während der fünf Tage in Tunis wurden viele Freundschaften geschlossen und Kontakte geknüpft, die fortleben: sei es durch Austausch in der WhatsApp-Gruppe, durch ein Wiedersehen bei Veranstaltungen oder in neuen Kooperationsbeziehungen.

Für eine verantwortungsvolle Ressourcenpolitik

Ressourcen wie Wasser, Land, fossile und mineralische Rohstoffe, aber auch genetische Ressourcen sind begehrt wie nie. Im Wettlauf um Zugang und Kontrolle dieser Ressourcen setzen Regierungen und Unternehmen ihre Interessen rücksichtslos durch – Beteiligungsrechte und Menschenrechte bleiben dabei auf der Strecke, zivilgesellschaftliches Engagement wird massiv eingeschränkt. Unbegründete Strafverfahren, Diffamierung, physische Einschüchterung und sogar Mord sind gängige Formen der Repression. Wir fordern Transparenz und Verantwortung im Rohstoffsektor. Naturschutz und Menschenrechte dürfen nicht den Interessen der Unternehmen untergeordnet werden.

Konflikte um Land- und Wasserrechte in Chile und Argentinien

In vielen Ländern Lateinamerikas leben Umweltaktivist/innen äußerst gefährlich. Die Mordrate ist hoch. Auch in Argentinien und Chile werden Aktivist/innen zunehmend kriminalisiert und drangsaliert. Betroffen sind vor allem Angehörige indigener Völker. In Chile wurde Anfang 2018 ein Justizskandal aufgedeckt, bei dem Beweismaterialien gegen Mapuche-Führer wegen angeblicher Sabotageakte und Waffenschmuggels gefälscht bzw. gänzlich erfunden worden waren. Auch wenn gegen die verantwortliche Sondereinheit der Polizei ermittelt wurde, ging die Repressionspolitik der Regierung gegen die Mapuche dennoch weiter. Im November 2018 gab es einen erneuten Skandal: Camilo Catrillanca, ein junger, unbewaffneter Mapuche, war von Mitgliedern einer Sondereinheit kaltblütig mit einem Kopfschuss hingerichtet worden. Ein Zeuge des Übergriffs wurde misshandelt, überlebte jedoch die brutale Polizeiaktion und konnte zur Aufdeckung der Tat beitragen. Der Innenminister und weitere hochrangige Politiker waren zunächst mit der Lüge an die Presse getreten, Catrillanca sei bei einem Schusswechsel versehentlich verletzt worden. Das vorhandene Beweismaterial, das das Gegenteil bewies, hatten sie bewusst unterschlagen.

Auch im Nachbarland Argentinien kam es zu einer ähnlichen Verschärfung des Konfliktes zwischen der Regierung und Angehörigen der Mapuche. Aus diesem Grund organisierte unser Büro in Santiago de Chile Anfang September 2018 gemeinsam mit CELS (Centro de Estudios Legales y Sociales, Argentinien) und dem Observatorio Ciudadano (Chile) in Buenos Aires ein Treffen zwischen Menschenrechtsorganisationen, Anwält/innen, Parlamentarier/innen und Vertreter/innen von Mapuche-Organisationen aus beiden Ländern,

um Strategien gegen die wachsende Militarisierung des Konfliktes um Land- und Wasserrechte zu entwickeln. Derzeit versuchen wir zusammen mit unseren Partnern, ein Netzwerk von Anwält/innen, Journalist/innen und Menschenrechtsorganisationen zu konsolidieren, das legale und politische Gegenstrategien entwickelt, um die individuellen und kollektiven Rechte der Mapuche auf beiden Seiten der Anden zu stärken.

Widerstand gegen Fracking in Lateinamerika

Die Gewinnung von Schiefergas mittels Fracking ist seit Jahren umstritten, denn die Risiken für Umwelt und Gesundheit sind beträchtlich. Schiefergas gehört zu den unkonventionellen Erdgasreserven, die sich schwer zugänglich in mehreren tausend Metern Tiefe befinden. Um das Gas nach oben zu befördern, wird unter hohem Druck Flüssigkeit ins Gestein gepumpt. Dabei entstehen winzige Risse, das Gestein bricht auf und Kohlenwasserstoffe werden freigesetzt. Die zuvor verwandten Chemikalien gelangen zu einem Teil ins Erdinnere und können zu Gewässerunreinigungen und damit verbundenen Gesundheitsrisiken führen. In Mexiko arbeitet die von unserem dortigen Büro mitbegründete «Lateinamerikanische Allianz gegen das Fracking» sehr aktiv zum Thema Fracking. Seit längerem drängt die Allianz mit Unterstützung der Stiftung darauf, vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) Gehör zu finden. Im Oktober 2018 war es endlich so weit. Aktivist/innen der mexikanischen und kolumbianischen Anti-Fracking-Allianzen, Spezialist/innen und Rechtsanwält/innen unserer argentinischen Partnerorganisationen FARN und AIDA konnten ihre Bedenken hinsichtlich der Risiken von Fracking vorbringen. Sie baten die CIDH, in den Staaten, wo Fracking angewandt wird, darauf hinzuwirken, dass Menschenrechte



Kambodscha: Unsere Partnerorganisation Marine Conservation Centre kämpft gegen illegale Fischerei und für den Schutz bedrohter Korallenriffe und Meerestiere. Foto: Marine Conservation Cambodia

gewahrt und Umweltschädigungen vermieden werden. Auch die Öffentlichkeit müsse angemessen informiert werden. Die Kommission zeigte sich beeindruckt und versprach, das Gehörte mit Blick auf eine mögliche Rechtsprechung sorgfältig zu prüfen. In Kolumbien hat der neue Präsident Duque Zurückhaltung bei Fracking angekündigt; der neue mexikanische Präsident López Obrador hat gar versprochen, auf Fracking ganz zu verzichten. Da beide ihr Wachstumsmodell aber auf fossile Energien gründen, ist hier Skepsis angebracht. Für Argentinien sind die Deviseneinnahmen aus dem Verkauf von Schiefergas geradezu (über-)lebenswichtig, hier ist ein Ausbau sehr wahrscheinlich. Bereits jetzt befindet sich knapp die Hälfte aller 2.700 aktiven Fracking-Bohrlöcher Lateinamerikas in Argentinien.

Vorstellung des «Atlas de l’Océan» in Dakar ↗

Ohne das Meer gäbe es kein Leben auf der Erde. Es regelt weitgehend das Klima, gibt uns Nahrung und liefert Energie. Darüber hinaus ist es ein wichtiger Verkehrsweg und ein Erholungsraum. Aber das Meer steht unter Stress, denn das alte Prinzip von der «Freiheit der Meere» hat zu Überfischung, Artenverlust und einer immensen Verschmutzung der Ozeane geführt. Bereits 2017 haben wir in unserem «Meeresatlas» aufgezeigt, in welchem schlechtem Zustand sich die Weltmeere befinden und was man tun muss, um ihre Situation zu verbessern. Nach der deutschen und der englischen Version ist auch eine französische Ausgabe erschienen, ergänzt um zusätzliche Beiträge aus Frankreich, Marokko, Tunesien und dem Senegal. Im Juni 2018 wurde der «Atlas de l’Océan» im Meeresmuseum auf der Insel Gorée vor Dakar mit einer eindrucksvollen Musikperformance vorgestellt. Die Musiker/innen aus Berlin und dem Senegal hatten sich über das Künstlertauschprojekt

«Dry Waters» des Berliner Vereins No Boundaries e.V. zusammengefunden und innerhalb von drei Tagen Lieder, Texte und Gedichte rund um das Thema Meer erarbeitet. Auf Englisch, Französisch und Wolof schufen sie einen sehr emotionalen Zugang zu Themen wie Überfischung oder der Verschmutzung der Ozeane.

Meeresschutz in Kambodscha kann gefährlich werden ↗

In Kambodscha bemüht sich unsere Partnerorganisation Marine Conservation Centre seit Jahren um Bildung und Aufklärung über die Bedeutung des Meeres für den Klimaschutz. Auf einer Insel vor der kambodschanischen Küste stationiert, beobachtet die kleine Nichtregierungsorganisation die Delfinpopulation, fördert den Schutz der Korallenriffe und überwacht die vom Aussterben bedrohte Seepferdchenpopulation. Ein Engagement, das gefährlich werden kann, wenn die Aktivisten nachts aufs Meer hinausfahren und mit Unterwasserblockaden die illegale Fischerei unterbinden wollen. Das hat der Organisation einige Feinde eingebracht. Auch die lokale Fischereibehörde ist durch Korruption in den illegalen Fischfang involviert.

Das Marine Conservation Centre vermittelt jungen Kambodschaner/innen die Bedeutung des Meeresschutzes und entwickelt mit ihnen Ideen für einen umweltfreundlichen Tourismus an der Küste. Dabei wird die Zeit knapp: Große Investitionsprojekte aus dem asiatischen Ausland sind geplant. Hotelburgen an der Südküste sollen entstehen, die ebenso wie bereits an der Nordküste das Ökosystem durch Massentourismus anhaltend verändern würden. Für sein Engagement wurde das Marine Conservation Centre mit dem Innovationspreis von National Geographic ausgezeichnet – ein Preis, der weltweit nur an drei Organisationen verliehen wurde.

Für eine alternative Landwirtschaft

Die Produktion von Lebensmitteln ist heute weltweit ein einträgliches Geschäft. Es sind wenige große Konzerne, die sich die Felder und Märkte untereinander aufteilen. Und der Trend zur Machtkonzentration geht weiter. Die industrielle Landwirtschaft ist zudem weltweit für gravierende Klima- und Umweltprobleme verantwortlich – ob für den Verlust fruchtbarer Böden und der Biodiversität, die Überdüngung der Ozeane oder den Ausstoß klimaschädlicher Gase. Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft – und zwar ohne Gentechnik und ohne Massentierhaltung.



Der brasilianische Kabarettist Gregorio Duvivier bei der Vorstellung des AgrarAtlas
Foto: Anne Kristin Berger, CC-BY-SA

Agrarkonzerne in Brasilien: Gegeninformation ist mehr als notwendig ↗

Kaum ein Land geht so bedenkenlos mit gentechnisch verändertem Saatgut um wie Brasilien. Auch der Einsatz von Pestiziden ist immens und die Bandbreite zugelassener Gifte groß. Die Landkonzentration ist enorm, Landkonflikte werden mit großer Härte ausgetragen. Kleinbauern haben es sehr schwer, zu bestehen. Das Agrobusiness gehört zu den tragenden Säulen der brasilianischen Wirtschaft und wird durch die Politik in großem Stil gefördert. Mitten im Präsidentschaftswahlkampf stellte unser Büro in Rio de Janeiro die brasilianische Ausgabe unseres Konzernatlas vor. Der Atlas liefert Daten, Fakten und Zusammenhänge, warum und wie der Weg in eine sozialökologisch orientierte Agrar- und Ernährungswirtschaft eingeschlagen werden muss. Über die Veranstaltung wurde in den nationalen Medien viel berichtet, was mit an der prominenten Unterstützung durch den Kabarettisten Gregorio Duvivier und die Fernsehköchin Bela Gil gelegen haben mag. Mit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum Präsidenten haben sich die politischen Bedingungen für die Durchsetzung einer nachhaltigeren und sozial gerechten

Agrarpolitik extrem verschlechtert. Der neue Präsident hat für den Schutz der Umwelt nicht viel übrig. Für die Lösung von Landkonflikten hat er zugesichert, dass sich, gerade in ländlichen Regionen, bewaffnen darf, wer sein Land schützen will. Besonders in Amazonien sollen die Rechte indigener Völker eingeschränkt und die Ausbeutung von Rohstoffen eilig vorangetrieben werden. Die Umsetzung dieser Wahlversprechen hat bereits begonnen.

Wir unterstützen das Moratorium für die Freisetzung von Gene Drives

Am 16. Oktober 2018, dem Welternährungstag, haben wir gemeinsam mit mehr als 200 Organisationen und Personen ein Moratorium für die Freisetzung von «Gene Drives» gefordert. Die Gene-Drive-Technologie schaltet die natürlichen Regeln der Vererbung und Evolution aus, indem gentechnisch in das Erbgut von Organismen eingeführte Merkmale dominant an alle Nachkommen weitervererbt werden. So könnten ganze Arten dauerhaft verändert oder auch ausgelöscht werden.

Zeitgleich veröffentlichten wir zusammen mit der kanadischen Nichtregierungsorganisation ETC



Supp'n Talk 2018 nach der Demo «Wir haben es satt»: «Fräulein Brehms Tierleben» mit Barbara Geiger

Group den Bericht «Forcing the Farm». Der Bericht beschreibt, wie Gene-Drive-Organismen genutzt werden könnten, um Fliegen, Mücken, Würmer und andere Insekten auszurotten oder Unkräuter empfindlicher für Pestizide zu machen. Der Bericht macht klar: Die Anwendung dieser Technologie auf Ernährung und Landwirtschaft würde die bisherigen Strategien der Biotech-Industrie auf den Kopf stellen. Bisher haben Agrarkonzerne gentechnisch veränderte Pflanzen (GVO) und Tiere entwickelt. Jetzt, da die Verbraucher/innen keine GVO-Lebensmittel kaufen, soll stattdessen der Rest des Ökosystems gentechnisch verändert werden – das Unkraut, die Schädlinge und die Bestäuber. Wir setzen uns gegen Gene Drives ein, da es aus unserer Sicht in einem guten und verantwortungsvollen Ernährungssystem keinen Platz für diese Technologie gibt. Wir brauchen Innovationen in der Züchtung von Pflanzen, um die vielfältigen Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Statt in gentechnologische Verfahren zu investieren, deren Risiken für Natur und Ernährungssysteme wir nicht kennen und beherrschen, gilt es, die agrarökologische Forschung zu intensivieren, die auch kleine und mittlere Züchter/innen stärkt.

Trotz der internationalen Kampagne gegen die Freilassung von Gene Drives ist es bei der COP 14 des UN-Übereinkommens über Biologische Vielfalt (CBD) in Sharm El-Sheikh, Ägypten, Ende November 2018 nicht gelungen, ein Moratorium zu erwirken. Die 196 Mitgliedsstaaten des CBD haben allerdings eine strenge Regulierung von Gene-Drive-Technologien beschlossen, die Regierungen u. a. dazu verpflichtet, vor einer Freilassung von mit Gene Drives manipulierten Organismen die Zustimmung von «potenziell betroffenen indigenen und lokalen Gemeinschaften» einzuholen. ↗

Die Fleischatlas – unsere erfolgreichsten Publikationen ↗

Mit dem «Fleischatlas 2018 – Rezepte für eine bessere Tierhaltung» erschien 2018 ein weiterer Atlas aus unserer erfolgreichen Reihe. Mit dem Atlas zeigen wir, dass es viele politische Instrumente gibt, die eine nachhaltige Tierhaltung ermöglichen. Es müssen nur auf Bundes- und EU-Ebene die politischen Weichen dafür gestellt werden. Dafür fehlt bislang der politische Wille. Die Beliebtheit unserer Fleischatlas zeigt, dass das Thema «Fleisch» und die globalen Probleme unseres Ernährungssystems sehr viele Menschen umtreibt. Gerade junge Leute interessieren sich dafür. Auf dem Lollapalooza-Musikfestival in Berlin zum Beispiel haben wir innerhalb von zwei Tagen mehr als 400 Exemplare unseres Jugendbuches «Iss was?! Tiere, Fleisch & Ich» verteilt und viele intensive Diskussionen rund um nachhaltige Ernährung und nachhaltigen Konsum geführt. Eine ähnlich interessierte Stimmung war auch bei einer Jugendveranstaltung im Rahmen unserer alternativen Grünen Woche, die wir gemeinsam mit Info-Radio RBB und dem ATZE Musiktheater organisiert haben. Gemeinsam mit vier Schulklassen diskutierten wir über Tierhaltung, Fleischkonsum und die globalen Auswirkungen. Die sehr lebendige Diskussion wurde vom RBB aufgezeichnet und gesendet.

Mit unseren Beiträgen in den letzten Jahren haben wir dazu beigetragen, dass sich die Debatte um Fleischkonsum und -produktion in Deutschland grundlegend geändert hat. Alle großen Discounter haben inzwischen ein mehrstufiges Kennzeichnungssystem für Tierhaltung eingeführt. Die Strategie, über mehrere Jahre gezielt zu einem Thema zu arbeiten und dabei explizit auf ein breites öffentliches Interesse zu setzen, ist also aufgegangen.

Globale Wirtschaftsgovernance und Infrastrukturpolitik

Die Staaten der G20 planen, die Infrastrukturinvestitionen weltweit zu verdoppeln. Ein erheblicher Teil der Gelder soll in Megaprojekte mit Kosten von über einer Milliarde US-Dollar fließen. Zumeist sind dies langlebige Investitionen in Kraftwerke oder Staudämme. Damit werden wichtige Weichen gestellt und Entscheidungen darüber getroffen, ob die Ziele des Pariser Klimaabkommens oder der Biodiversitätskonvention umgesetzt werden. Bisher wird weltweit zu viel Geld in nichtnachhaltige Infrastrukturen wie Kohlekraftwerke oder Straßen durch unberührte Regenwälder investiert. Das wollen wir ändern!

Handlungsempfehlungen für nachhaltige Infrastrukturinvestitionen ↗

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Schutz der Menschenrechte im Kontext von großen Infrastrukturprojekten. Zusammen mit dem OHCHR veröffentlichten wir im Herbst 2018 den Bericht «The Other Infrastructure Gap: Sustainability», der die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit bei Infrastrukturprojekten untersucht und Handlungsempfehlungen entwickelt. Der Bericht wurde am Rande des World Investment Forum in Genf sowie bei mehreren OECD-Veranstaltungen in Paris vorgestellt. Im Jahr 2019 werden wir die Zusammenfassung des Berichts auch auf Deutsch, Französisch, Spanisch und – aufgrund der G20-Präsidentschaft – auch auf Japanisch veröffentlichen. Die japanische G20-Präsidentschaft bietet mit ihrer Quality Infrastructure-Initiative einen Anknüpfungspunkt für Diskussionen über Infrastruktur, die sich nicht nur auf Finanzierungsfragen konzentriert, sondern auch menschenrechtliche und ökologische Fragen berücksichtigt. Unser gemeinsamer Bericht mit dem OHCHR liefert dafür sehr gute Grundlagen.

Bruch des Xe-Pian-Xe-Namnoy Staudamms in Laos ↗

In den letzten Jahren hat in Südostasien ein Wettlauf um den Bau von Wasserkraft-Staudämmen begonnen. Vor allem das autoritär regierte Laos, eines der ärmsten Länder Asiens, plant mithilfe von chinesischen, südkoreanischen und thailändischen Investoren die Wasserkraftbatterie der Mekong-Region zu werden. Die ökologischen und sozialen Folgen der bis 2020 geplanten etwa einhundert Staudämme – sowohl in Laos selbst als auch in den benachbarten Staaten Vietnam und Kambodscha – sind verheerend. Etliche lokale Gemeinden müssten umgesiedelt werden, die Ernährungssicherheit wäre durch Einbußen in Fischerei und Landwirtschaft massiv gefährdet. Nach dem Bruch des noch im Bau befindlichen laotischen Staudamms Xe-Pian Xe-Namnoy im Juli 2018, der die Provinz Attapeu mit 5 Milliarden Kubikmeter Wasser flutete

und mehreren tausend Menschen die Lebensgrundlage entzog, unterstützt unser Büro in Bangkok die Nichtregierungsorganisation Project Sevana beim Aufbau des Laos Dam Investment Monitor. Ziel ist es, den Betroffenen eine Stimme zu geben und in Kooperation mit koreanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen Druck auf die nationalen Regierungen und involvierten Wirtschaftsunternehmen in Thailand und Südkorea auszuüben, damit diese sich ihrer Verantwortung in der Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltstandards sowie fairen Kompensationsfragen stellen.

Workshop «The emerging global infrastructure agenda»

Bislang befassen sich nur wenige Organisationen mit den Auswirkungen globaler Infrastrukturinvestitionen. Um das Thema mehr in die Öffentlichkeit zu bringen, haben wir zusammen mit dem Global Development Center der Boston University und dem Sustainable Infrastructure Observatory einen internationalen Strategieworkshop veranstaltet. Der Rockefeller Brothers Fund hatte uns dafür das Pocantico Center, ein ehemaliger Landsitz der Rockefeller-Familie in der Nähe von New York, zur Verfügung gestellt. Die 35 Teilnehmenden diskutierten vor allem über zwei zentrale Herausforderungen. Das war zum einen die Finanzialisierung: Infrastrukturinvestitionen sollen nach dem Willen der G20 zukünftig verstärkt in Form öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPPs) und der Ausgabe handelbarer Schuldtitel für globale Finanzmärkte finanziert werden. Zum anderen war es die Rolle Chinas, denn das Land ist inzwischen einer der wichtigsten Akteure in der globalen Expansion von Infrastruktur. Chinesische Konzerne bauen Staudämme, Kohlekraftwerke, Häfen und Eisenbahnlinien, häufig mit staatlicher chinesischer Finanzierung.

↗ «Das andere Infrastrukturdefizit: Nachhaltigkeit»:

www.boell.de/de/2018/12/06/andere-Infrastrukturdefizit-Nachhaltigkeit

↗ Mehr zum Staudammbruch in Laos:

th.boell.org/en/2019/01/31/laos-dammed-information

Interview mit Bai Yunwen, Leiterin von Greenovation Hub



Bai Yunwen Foto: privat

Greenovation Hub (GHUB) ist eine der wenigen lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die zu chinesischen Auslandsinvestitionen arbeiten. Wann und warum hat GHUB damit begonnen?

GHUB wurde 2012 gegründet und versteht sich als «lokale Gruppe mit globaler Ausrichtung». Im Zuge der von der chinesischen Regierung 2001 eingeleiteten «Going Out-Strategie» für chinesische Unternehmen hat sich Chinas ökologischer Fußabdruck weltweit in kurzer Zeit vergrößert. Vor allem seit der Klimakonferenz in Kopenhagen wurden Forderungen lauter, China müsse sich stärker im globalen Klimaschutz engagieren. Für uns als Zivilgesellschaft bedeutete das, dass wir uns auch an diesen globalen Herausforderungen beteiligen – sowohl durch den Aufbau von Dialogplattformen für den Austausch zwischen chinesischen Akteuren und der internationalen Gemeinschaft als auch mit eigenen Analysen.

Warum gibt es nur so wenige chinesische NGOs in diesem Bereich? Was sind die größten Herausforderungen aus Ihrer Sicht?

Die Geschichte chinesischer NGOs ist vergleichsweise kurz. Angesichts des relativ kleinen NGO-Sektors konzentrieren sich die meisten Gruppen nach wie vor hauptsächlich auf die Bewältigung nationaler Herausforderungen, wie zum Beispiel der landesweiten Umweltprobleme, die mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte einhergegangen sind.

Unsicherheiten aufgrund der politischen Entwicklungen und die verschärften Kontrollen der Zivilgesell-

schaft oder der Medien erschweren die Arbeit chinesischer NGOs. Sich in dieser politischen Situation zu entwickeln und unabhängig zu bleiben, ist eine große Herausforderung. Darüber hinaus gibt es nur begrenzte Finanzmittel lokaler Stiftungen. Oft fehlt es an Mitteln, um Fachkräfte zu finden, die die nötige Expertise mitbringen und interdisziplinär arbeiten können.

Welche Erfahrungen haben Sie bislang gesammelt? Was lief erfolgreich?

Politische Zusagen der Zentralregierung, zum Beispiel für mehr Engagement im Klimaschutz, dienen uns als «Hebel» für Aktionen und Projekte vor Ort. Zwar mangelt es im chinesischen Top-down-Entscheidungsprozess an Transparenz, trotzdem lässt sich beobachten, dass viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen eingebunden sind. Wichtig ist, flexibel mit diesen verschiedenen Interessengruppen zusammenzuarbeiten. GHUB ist es in den letzten fünf Jahren gelungen, NGO-Perspektiven in die Debatten des Finanzsektors einzubringen, wie zum Beispiel das Bewusstsein für die Notwendigkeit, «Umweltrisiken» in Projektentwicklung und -finanzierung zu berücksichtigen. GHUB führt kritische und zugleich konstruktive Gespräche mit Banken und Aufsichtsbehörden und hat sich für Reformen eingesetzt, die einen höheren Standard an Offenlegung einfordern. Auch haben wir durch gemeinsame Studien und Fachgespräche Partnerschaften mit mehreren nationalen Industrieverbänden und akademischen Institutionen aufgebaut. Das sind für uns Kanäle, um die Gestaltung von Richtlinien oder Politiken ganz gezielt zu beeinflussen und den Stimmlosen eine Stimme zu geben.



Pulse of Europe-Bewegung in Paris Foto: picture alliance/ZUMA Press

Europa gestalten

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 30 Jahre nach dem Ende der Teilung Europas ein Hort der Freiheit und des Wohlstands, des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit. Beste Voraussetzungen für die Zukunft. Doch zuletzt haben auch in den europäischen Ländern rechtsautoritäre Parteien Gewinne erzielt, die die demokratische Selbstgewissheit Europas auf eine harte Probe stellen und liberale Errungenschaften gefährden. Wir widmen uns intensiv diesen Entwicklungen und plädieren für mehr innereuropäische Einmischung und politische Auseinandersetzung. So könnte sich eine europäische Öffentlichkeit herausbilden, ohne die ein Zusammenwachsen der Staaten kaum möglich sein wird. Unsere Arbeit zur Gestaltung eines friedlichen und lebenswerten Europas baut auf den politischen Wettstreit um die Zukunft der Europäischen Union und behandelt Themen wie nachhaltige Energie und Landwirtschaft. Wir treten für eine konsistente Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union ein, die Einwanderung und Integration besser regelt und auf die Kompetenz und den Ideenreichtum der Kommunen zurückgreift.

Die Krise der liberalen Demokratie in Europa

Weltweit stehen demokratische Rechtsstaaten unter Druck. Dies gilt auch für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten. In Ungarn und Polen haben rechtsautoritäre Parteien mit einem umfassenden Staatsumbau begonnen, der die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien und der Zivilgesellschaft bedroht. Auch in andern EU-Ländern werden rechtsstaatliche Standards unterlaufen. Wir setzen uns für ein demokratisches und offenes Europa ein und unterstützen die Zivilgesellschaft insbesondere dort, wo deren Spielräume enger werden.



Podium der Europa-Tagung (v. l. n. r.): Sabine Thillaye, Sergey Lagodinsky, Annalena Baerbock und Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz

Europa im Aufbruch? Ideen für eine progressive Politik ↗

Wer verhindern will, dass die populistischen Kräfte in Europa weiter an Boden gewinnen, muss den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die EU und die mangelnde Solidarität unter den Mitgliedsstaaten ernst nehmen und auf die drängenden Fragen der Zeit Antworten finden. Wie kann zum Beispiel die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich verringert werden? Und wie sieht eine nachhaltige europäische Klima-, Energie-, Landwirtschafts- und Industriepolitik aus? Nur über konkrete Vorhaben kann eine positive Zukunftsvision für Europa entstehen. Auf unserer zweitägigen europapolitischen Jahrestagung im Mai 2018 setzten sich internationale Fachleute mit diesen Fragen auseinander. Kalypso Nicolaïdis, Direktorin des Centre for International Studies an der Universität Oxford, wies darauf hin, dass die Mehrheit der europäischen Bürger und Bürgerinnen – selbst jene, die euroskeptische Positionen vertreten – sehr wohl eine einheitliche Position und gemeinsames Handeln in Fragen wie Migration, Sicherheit oder Finanzen einfordere. Es gehe nicht um die Sinnhaftigkeit einer europäischen Zusammenarbeit, sondern um die Art und Weise. Joschka Fischer, ehemaliger Vizekanz-

ler und Außenminister der Bundesrepublik, sah die Frage der Macht als prioritär an. Solange diese in den europäischen Hauptstädten liege, könne Brüssel als bürokratisches Organ Europas seine realpolitischen Aufgaben nicht erfüllen. Er sah in den Nationalstaaten mit ihren «mitunter sehr kurzsichtigen Eigeninteressen» einen großen Bremsfaktor für die Europäische Union. Eine europäische Demokratie, die dieses Problem nicht ideenreich lösen könne, sei zum Scheitern verurteilt, mahnte er. Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, forderte einen europäischen Impuls vonseiten der Bundesregierung. Auch Erfolge europäischer Politik müssten viel stärker von ihr kommuniziert werden. Umso mehr, als es ein «Europa gibt, auf das wir alle stolz sein können», so Sabine Thillaye, Vorsitzende des Europa-Ausschusses der französischen Nationalversammlung im Hinblick auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Anerkennung und Einbeziehung regionaler und nationaler Divergenzen könnten gute Maßnahmen gegen Enttäuschung und den zunehmenden Euroskeptizismus sein.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu den Themen Eurozone, europäische Sozialpolitik, Digitalisierung und gemeinsame europäische Verteidigungspolitik können im Konferenz-Dossier nachgelesen werden.

↗ Konferenz: Europa im Aufbruch

<https://www.boell.de/de/europa-im-aufbruch>



Die grüne Erzählung 2018 (v. l. n. r.): Christoph Möllers, Simone von Stosch, Daniel Cohn-Bendit und Britta Haßelmann

Neugründen oder fortschreiben – was ist die grüne Erzählung für Europa?

Politische Erzählungen ermöglichen uns, besser einzuordnen, woher wir politisch kommen und wohin wir gehen wollen. Eine Erzählung von Europa könnte dazu beitragen, dass die EU-Bürger/innen das europäische Projekt besser verstehen und Vertrauen in die EU und ihre Institutionen zurückgewinnen. Auf der Sommertagung der Grünen Akademie am 14./15. September diskutierten deren Mitglieder, was eine grüne Erzählung für Europa umfassen könnte. Die Diskussion orientierte sich vor allem an zwei gegenläufigen Erzählungen zur Zukunft der Europäischen Union: auf der einen Seite eine Neugründung mit dem Ziel eines anderen Europas, auf der anderen Seite die Kontinuität und das Fortschreiben der Geschichte der europäischen Einigung. Eine wichtige Frage war, ob die grüne Strömung in Europa überhaupt über eine gemeinsame, spezifisch grüne Erzählung verfüge. Die französische Grünen-Politikerin Marie Toussaint sprach von der Notwendigkeit progressiver Allianzen, in denen grüne Parteien sich sowohl für Klima- und Umweltschutz als auch für Minderheiten- und Frauenrechte einsetzen müssten. Einer solchen Allianz stünden jedoch sowohl populistische Kräfte als auch im Status quo verhaftete Parteien und Politiker/innen gegenüber. Da für viele Bürger/innen die Rolle Europas in ihrem alltäglichen Leben wichtiger sei

als institutionelle Fragen, sei es entscheidend für eine grüne Europapolitik, die Menschen in ihrem Alltag abzuholen. Diese Einschätzung teilte der gegenwärtige Vorsitzende der European Green Party Reinhard Büti-kofer. Er forderte jedoch, trotz aller berechtigter Kritik an Europa, mit einer hoffnungsvollen grünen Erzählung für die EU zu werben und diese Erzählung jeweils an die Sprache und Lebenswelt der Menschen anzupassen.

Grüne Ideengeschichte

Wer die zentralen Ideen einer politischen Bewegung, Partei oder Gemeinschaft begreift, kann diese erst richtig verstehen. Bei unserer Konferenz «Was ist die grüne Erzählung?» am 28./29. September haben wir uns die grünen Ideengeschichten vorgenommen. Während außer Frage stand, dass zur «grünen» DNA eine ökologische Orientierung gehört, wurden unterschiedliche politische Ideen einer ökologischen Politik in einem Panel mit der Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther, dem Journalisten Peter Unfried und Stiftungsvorstand Ellen Ueberschär diskutiert. Eine wichtige Frage war, ob und wie sich politische Mehrheiten für das ökologische Projekt erringen lassen. Unterschiedliche Positionen gab es hinsichtlich der Frage, inwieweit ökologische Politik in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels radikaler werden müsste und wie es gelingen kann, möglichst viele Menschen für die ökologisch-soziale und ökolo-

gisch-ökonomische Transformation zu gewinnen. In den weiteren Podiums- und Publikumsgesprächen, Panels und Workshops wurden die grünen Ideengeschichten von Natur und Technik, dem Sozialen und Geschlechtergerechtigkeit sowie internationaler Solidarität vertieft.

Demokratisierung in der EU – Buchvorstellung

Demokratieabbau in einem EU-Mitgliedsstaat ist kein nationales, sondern ein europäisches Problem. Wird in einem Mitgliedsstaat Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt, so trifft das die Gemeinschaft in ihrem Kern und bedroht die gemeinsamen Grundlagen. Wie aber soll die EU auf Demokratieabbau in ihren Reihen reagieren? Wie kann sie ihn verhindern und den demokratischen Rechtsstaat schützen? Die bisherige Bilanz ist ernüchternd, Maßnahmen seitens der Europäischen Union sind weitgehend wirkungslos geblieben. Die von uns in Auftrag gegebene Studie «Demokratisierung in der EU. Empfehlungen für eine gesamteuropäische Aufgabe» nimmt sich dieses Dilemmas an und untersucht, welche Möglichkeiten die EU doch hat. Die Autoren Prof. Dr. Christoph Möllers und Linda Schneider fordern ein europäisches Bewusstsein für eine europäische Aufgabe. Sie plädieren für eine politische Kultur der Einmischung, die Demokratieabbau als ein gesamteuropäisches gesellschaftliches Problem betrachtet und ahndet. Da rechtliche Verfahren allein nicht helfen werden, wenn rechtsautoritäre Bewegungen breite politische Unterstützung finden, müssen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte am Aufbau einer europäischen Unterstützungskultur mitwirken. Die Studie wurde erstmals am 20. Februar in Berlin vorgestellt, die Präsentation der polnischen Ausgabe folgte am 28. Juni im Rahmen eines Fachgesprächs in Warschau.

Rechtspopulismus in Frankreich und Deutschland – Fachkonferenz in Paris

Ein Jahr nach den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie der deutschen Bundestagswahl veranstaltete unser Büro in Paris in Kooperation mit dem Wahlforschungszentrum CEVIPOF der renommierten Sciences Po und dem Otto-Suhr-Institut der FU Berlin eine Fachkonferenz in Paris, um die Forschungsergebnisse und Studien zu diesen Wahlen zu vergleichen. Dabei wurde deutlich, dass die rechtsautoritären Kräfte in den beiden Ländern zwar sehr unterschiedliche Ausgangspunkte haben, beide aber zunehmend auf die drei «As» setzen: Anti-Europa, Anti-Immigration, Anti-Islam. Große Unterschiede gibt es in ihrer sozial- wie wirtschaftspolitischen Ausrichtung: Während der Front National (FN) ein wohlfahrtsstaatsorientiertes Umverteilungsprogramm vertritt, hat die AfD eine neoliberale wirtschaftspolitische Tradition.

Vertieft werden konnten diese Analysen bei einer Buchvorstellung der französischen Ausgabe von «Was ist Populismus?» Ende Oktober mit dem Princeton-Professor und Autor des Buches, Jan-Werner Müller, der FN-Expertin Christèle Laugier sowie dem Sciences-Po-Professor und Italien-Experten Marc Lazar. Der Zeitpunkt war leider gut gewählt: Kurz zuvor war die AfD mit der Wahl in Hessen auch in das letzte Länderparlament eingezogen, und in Brasilien war Jair Bolsonaro gerade zum Präsidenten gewählt worden. Ausreichend Stoff also für eine länderübergreifende Analyse rechtspopulistischer Strategien, der Ursachen ihrer Wirkung sowie möglicher Gegenstrategien. Die Diskussion fand in der gemeinsamen Reihe «Das politische Buch» mit dem Goethe-Institut Paris statt.

Was tun gegen Rechtspopulismus? – Analysen und Handreichungen

Seit 2016 gibt es in Dresden die Kompetenzstelle Strategien gegen Rechtspopulismus, angesiedelt bei Weiterdenken, der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Die Kompetenzstelle übernimmt die interne fachliche Beratung des Stiftungsverbundes der Heinrich-Böll-Stiftung und entwickelt Bildungsangebote. 2018 erschienen zum Beispiel das Erklär-Heft «Zur Sache! Was die AfD wirklich will» und eine Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene unter dem Titel «Linksgrün-versiff?». Mit den Gefahren für Grundrechte und Demokratie durch autoritäre Tendenzen in der Demokratie, zum Beispiel anhand neuer Polizeigesetze, beschäftigt sich u. a. das Online-Dossier «Politik im autoritären Sog».  Fast alle Bundesländer planen gerade neue Polizeigesetze mit weitreichenden Befugnissen für die Polizei. Heiner Busch vom Grundrechtekomitee analysierte für das Dossier die aktuelle Politik der Inneren Sicherheit.

Grundlage dafür bildet unter anderem die Leipziger Studie «Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft» von Oliver Decker und Elmar Brähler. Die Feindlichkeit gegenüber Migrant/innen, Muslimen sowie Roma und Sinti, so ein wichtiges Ergebnis der Studie, ist nach wie vor erschreckend hoch und wächst weiter an. Auch Antisemitismus ist nach wie vor weitverbreitet. Die Leipziger Studien sind eine Kooperation der Universität Leipzig, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.

Polizeirecht vereinheitlichen? – Gutachten und Kurzstudie

Derzeit wird in Deutschland oft sehr emotional darüber gestritten, wie das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit innenpolitisch ausgestaltet werden soll. Bereits seit 2017 diskutieren wir in Fachgesprächen

 **Studie: «Demokratisierung in der Europäischen Union»:**
www.boell.de/de/demokratisierung

 **Studie «Flucht ins Autoritäre»:**
www.boell.de/leipziger-studie

 **Webdossier «Politik im autoritären Sog»:**
www.weiterdenken.de/de/politik-im-autoritaeren-sog

in Kooperation mit RechtGrün e.V. diese Frage aus grüner Perspektive. Im Dezember 2018 stellten wir zu einem Aspekt dieser Debatte die Kurzstudie «Polizeirecht vereinheitlichen? Kriterien für Muster-Polizeigesetze aus rechtsstaatlicher und bürgerrechtlicher Perspektive» vor. Die Autoren Hartmut Aden und Jan Fährmann engagieren sich an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht in der Sicherheitsforschung und Polizeiausbildung. Ihre Kurzstudie greift kritisch den derzeitigen Trend auf, die Polizeigesetzgebung statt auf Gefahrenabwehr auf eine vermeintlich lückenlose Sicherheit auszurichten, die eine Umdeutung von Polizeirecht auf ein Vorbeugesystem ermöglicht. Statt in populistisch aufgeheizten Zeiten die Gelegenheit für rechtssystematisch problematische Verschärfungen zu nutzen, fordern die Autoren, rechtsstaatliche Praxis für Polizei und Bevölkerung klar zu definieren. Die Unterscheidung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung verteidigen sie: Im Rechtsstaat müsse klar sein, wer welche Aufgabe hat, welche Instrumente dafür zur Verfügung stehen und wer wen kontrolliert. Die Autoren skizzieren inhaltliche Anforderungen an alternative Musterentwürfe für einheitlichere Polizeigesetze sowie den daraus folgenden Forschungsbedarf und zeigen Optionen für ein rechtsstaatlich und bürgerrechtlich orientiertes Polizeirecht auf.

Medien für eine demokratische europäische Öffentlichkeit ↗

Eine demokratische Öffentlichkeit braucht guten Journalismus – d. h. sachkundige, seriöse und vielfältige Informationen. In einer Zeit, in der sich die öffentliche Debatte mehr und mehr ins Internet verlagert, geraten tradierte Medien-Geschäftsmodelle unter Druck. Verschärfend kommt politisch motivierte Einflussnahme auf Medienvielfalt und Pressefreiheit hinzu. Auf unserer Tagung «Öffentlichkeit für Europa!» in Potsdam diskutierten wir, wie Qualitätsjournalismus auch künftig gesichert und gestärkt werden kann. Medienmacher/innen aus europäischen Ländern berichteten über ihre Erfahrungen mit innovativen Zeitungsründungen und den Umgang mit Repression. Auch die Rolle von Recht im Netz sowie Aufgaben der europäischen Institutionen zum Schutz von Recherche und Pressefreiheit wurden erörtert. Unser umfangreiches Dossier zum Thema dokumentiert die Tagung in Ton und Bild und bietet Interviews, Analysen und Hintergründe.

Unterstützung für freien und kritischen Journalismus in Polen

Desinformationskampagnen, Manipulationen und zunehmender Druck auf Pressevertreter/innen – das ist auf beunruhigende Weise zum Medienalltag in Polen geworden. Journalist/innen werden verleumdet, mit Klagen überzogen und mitunter auch direkt bedroht. Die Freiheit des Journalismus ist in Gefahr. Unser Büro in Warschau unterstützte 2018 eine Reihe von Aktivitäten, um Journalist/innen für ihre Arbeit unter schwierigen Bedingungen zu qualifizieren. Im Vorfeld der polnischen Lokal- und Regionalwahlen bot es zum Beispiel zusammen mit der Stiftung Panoptykon Schulungen zum Erkennen und Abwehren von Fake News an. Darüber hinaus produzierte das Büro Warschau Lernvideos für ein breiteres Publikum auf der Fact-Check-Website Demaskator24.pl. Die Videos zeigen auf leicht verständliche Weise, wie sich die Echtheit von Fotos, Videos, Websites und Social-Media-Konten überprüfen lässt und wie zuverlässige Informationen im Internet gefunden werden können.

Prüfung ukrainischer Schulbücher auf diskriminierende Inhalte

In der Ukraine enthalten viele Schulbücher diskriminierende Begriffe und Ausdrücke, wie zum Beispiel «Mathe ist eine Sache für Jungs». Auch werden Situationen beschrieben, die Kinder alleinerziehender Eltern, behinderte Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund diskriminieren. Unser Büro in Kiew unterstützt eine Kooperation unserer Partner-NGO «EdCamp» mit dem Bildungsministerium, die Antidiskriminierungsexpertise schaffen will. Über 40 Prüfer/innen, vor allem Lehrkräfte, wurden bereits ausgebildet, um neue Lehrbücher vor ihrer Abnahme durch das Ministerium auf diskriminierende Inhalte durchzusehen. Diese Prüfung ist für jedes neue Lehrbuch obligatorisch, rund ein Dutzend Richtlinien und Verordnungen wurden dafür vorbereitet bzw. geändert. Im Jahr 2018 haben die Prüfer/innen 322 Lehrbücher für die 1., 5. und 10. Schulklasse geprüft, rund 70 Prozent der vorgeschlagenen Änderungen wurden von den Verlagen akzeptiert. Trotz Kritik erzkonservativer Kreise, die darin vor allem eine Gefahr für die traditionelle Familie sehen, hält das Ministerium an der Expertise fest und will auch im nächsten Jahr weitere Schulbücher prüfen lassen.

Für eine humane Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

Es gibt viele Gründe für Flucht und Migration: Verfolgung und Krieg, Armut und Hunger, aber auch das Streben nach einem besseren Leben. Migration ist – kurz definiert – die mittel- oder langfristige Verlagerung des Lebensmittelpunktes. Das geschieht in großer Zahl im legalen Rahmen, aber auch außerhalb dessen und betrifft Europa in zunehmendem Maße. Staaten sind nach der Genfer Konvention verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten. Die Migration zu regeln und eine Einwanderungspolitik zu entwickeln ist hingegen eine politische Aufgabe, die eine Regierung angehen oder vernachlässigen kann.



Paris, Oktober 2018: Demonstration für das Seenotrettungsschiff Aquarius und die zivile Seenotrettung
Foto: Jeanne Menjoulet, flickr.com, CC BY 2.0, <https://bit.ly/2GNiVuy>

Zurück auf Los! – Die Folgen der EU-Migrationspolitik

Seit 2015 ist die Migrationspolitik ein zentrales Element in den europäischen Beziehungen mit afrikanischen Herkunfts- und Transitstaaten. Von den afrikanischen «Partnern» wird verstärktes Grenzkontroll-Management und die Rücknahme der in den EU-Staaten abgelehnten Asylsuchenden erwartet. Im Gegenzug setzt Europa mit dem Stichwort «Fluchtursachenbekämpfung» auf eine Eindämmung der Migration durch entwicklungspolitische Interventionen: Menschen sollen in ihren Heimatländern Bleibeperspektiven bekommen, die sie von einer Abwanderung nach Europa abhalten. Die lokalen Kontexte und regionalen Dynamiken der Partnerländer werden bislang eher vernachlässigt. Doch wie durchdacht und nachhaltig ist diese Politik? Auf unserer Podiumsdiskussion «Zurück auf Los!» im Mai in Berlin ging es um neue Grenzen in Afrika und andere Folgen der EU-Migrationspolitik. Kritisiert wurde das Fehlen von

Perspektiven für eine legale Zuwanderung nach Europa, ebenso der Fakt, dass in die Partnerschaften autoritäre Regime eingebunden werden, für die die europäischen Angebote willkommener Zufluss von Projektgeldern sind oder eine Gelegenheit darstellen, übergreifende politische Ziele zu verfolgen. Das neue Paradigma der Fluchtursachenbekämpfung verdeckt eine Politik, die auf Migrationskontrolle statt Migrationsgestaltung ausgerichtet ist.

Wie wenig wir hierzulande immer noch über die sogenannten Fluchtursachen wissen, zeigen die Beiträge unserer Publikation «Die Orangen in Europa schmecken besser». Geflüchtete aus Syrien, Burundi und Malawi sowie Migranten und Aktivisten aus Niger und Senegal kommen darin in Interviews und Gesprächen zu Wort. Die Länderbeiträge zu Pakistan, Somalia und El Salvador verdeutlichen, wie komplex die Gründe sind, die dazu führen, dass Menschen ihre Heimat verlassen, und wie notwendig eine politische Gestaltung von Migration ist.

Publikation: «Die Orangen in Europa schmecken besser»

www.boell.de/de/2018/02/26/die-orangen-europa-schmecken-besser



Berlin, November 2018: Abschluss unseres dreijährigen Projektes «Welcoming Communities Transatlantic Exchange». Am Ende standen Handlungsempfehlungen für Akteure der Integrationsarbeit in Städten und Kommunen in Deutschland und den USA.

Chancen und Risiken der europäisch-afrikanischen Migrationskooperation

Marokko ist ein wichtiges Transitland für Migrant/innen. 2018 überquerten mehr als 50.000 Menschen von dort das Mittelmeer auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa. Gleichzeitig wird Marokko immer mehr zu einem Aufnahmeland. Dank der neuen nationalen Integrationsstrategie profitieren viele Migrant/innen von einem legalen Status, der ihnen Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit ermöglicht. Hierdurch ist das Land im Bereich der Migrationspolitik zu einem Vorreiter in Afrika avanciert. Zugleich bleibt es ein wichtiger Partner der EU beim Grenzschutz. Im Dezember 2018 veranstaltete unser Büro in Rabat eine zweitägige Konferenz in Marrakesch, die sich mit den Chancen und Risiken der europäisch-afrikanischen Migrationskooperation befasste. Bei den Paneldiskussionen, Filmvorführungen und interaktiven Theaterstücken ging es um die Frage, wie menschenrechtsbasierte Ansätze der Migrationspolitik in der internationalen Kooperation gestärkt, wie legale Wege der Migration zwischen Europa und Afrika ausgebaut und wie innerafrikanische Formate der Zusammenarbeit gefördert werden können. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen, die diesseits und jenseits des Mittelmeers zum Thema Migration arbeiten, hatten die Gelegenheit, sich auszutauschen und Kontakte aufzubauen, und werden – so die Hoffnung – die politischen Debatten in Marokko und Europa voranbringen.

Afghanistan – Abschiebung in ein umkämpftes Land

Die Migrationspolitik ist zur dominierenden Perspektive der deutschen Afghanistanpolitik geworden. Unter dem Druck, möglichst viele Geflüchtete zurückführen zu wollen, ignoriert sie dabei zunehmend die Realitäten vor Ort. Auf einer Konferenz im November 2018 in Berlin diskutierten wir mit deutschen und afghanischen Fachleuten über die aktuelle Situation im Land. Nach

dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom Mai 2018 sind für die Bundesregierung wieder Abschiebungen ohne Ausnahme nach Afghanistan möglich. Dabei zeigt der Bericht auch, dass Kämpfe und Anschläge grausamer Alltag in Afghanistan sind. Der UNHCR kam ebenfalls zu der Einschätzung, dass die Region Kabul nicht als Ort einer «internen Schutzalternative» angesehen werden kann. In der Diskussion wurde deutlich, dass Rückkehrer aus Deutschland in Afghanistan kaum Möglichkeiten haben, selbstständig zu überleben. Ohne starkes familiäres Netzwerk ist eine wirtschaftliche und soziale Reintegration unmöglich. Deshalb sollte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) genau darauf achten, ob eine Ablehnung eines afghanischen Asylsuchenden wirklich zumutbar ist.

Interaktive Workshops zur Migrationsbildung in Polen

Polen macht seit 2015 vor allem wegen der unnachgiebigen Haltung der nationalkonservativen Regierung in der Flüchtlingsfrage von sich reden. Dabei gerät im In- und Ausland völlig außer Acht, dass Arbeitsmigration in Polen bereits Alltag geworden ist. Gerade in Großstädten steigt die Zahl der Arbeitsmigrant/innen stark an. Die mediale Berichterstattung zu diesem Thema ist polarisierend und voller Stereotype. Das gilt auch für die Diskussionen in sozialen Netzwerken, auf die besonders Jugendliche zum Teil radikal reagieren. Eine sachliche Debatte über die sozialen Bedingungen und politischen Ziele von Migrationspolitik und Integrationsmaßnahmen anzustoßen, ist dringend notwendig. Unser Büro in Warschau hat hierfür, u. a. in Zusammenarbeit mit der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte und der Stiftung Afrika Anders, verschiedene interaktive Workshops angeboten, in denen sich Jugendliche, Polizist/innen und zivilgesellschaftliche Multiplikator/innen mit dem Thema Migration und Vielfalt in modernen Gesellschaften auseinandersetzen konnten.

Der Umgang mit der Vergangenheit

Erinnerungskultur ist unabdingbar – genauso wie es notwendig ist, immer wieder von der Geschichte zu erzählen. Nicht nur um der Opfer zu gedenken, sondern auch um den Weg für ein interkulturelles Verständnis zu ebnen. Wir fördern daher die Aufarbeitung der Vergangenheit und untersuchen deren Rückwirkung auf die Gegenwart, gemäß Heinrich Böll «Wir leben in einer Gegenwart, die alles Vergangene enthält».

Erinnerungskultur und Umgang mit dem Holocaust in Paris

2018 ist die Zahl antisemitischer Straftaten in Frankreich erschreckend angestiegen. Damit die Erinnerung an den Holocaust nicht in Vergessenheit gerät, präsentierte unser Büro in Paris erstmals in Frankreich den Film «Die Unsichtbaren – Wir wollen leben» von Claus Räfle. Das halb dokumentarische, halb fiktionale Werk zeigt, wie vier jüdische Berliner/innen das Nazi-Regime überlebt haben. Eine der Hauptfiguren ist die heute 95 Jahre alte Hanni Lévy, die seit Kriegsende in Paris lebt. Sie konnte den französisch untertitelten Film erstmals ihren Enkeln, Urenkeln und Freunden zeigen. In der anschließenden Diskussion diskutierten Claus Räfle, Hanni Lévy und Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth u. a. über die Frage, wie eine lebendige Erinnerungskultur heute aussehen kann und sollte.

Bei einer weiteren Veranstaltung ging es um die Ohrfeige, die Beate Klarsfeld im November 1968 dem damaligen deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger auf offener Bühne verpasst hatte. Sie wollte damit auf dessen Vergangenheit als NSDAP-Mitglied und hoher Propaganda-Funktionär aufmerksam machen. Heinrich Böll schickte damals Beate Klarsfeld für diese Ohrfeige 50 rote Rosen nach Paris – und wurde dafür u. a. heftig von Günter Grass angegriffen. Sein Sohn René Böll besorgte seinerzeit die Blumen. Genau fünfzig Jahre später diskutierte René Böll mit Beate und Serge Klarsfeld in Paris über die Hintergründe, Umstände und Folgen dieser berühmtesten Ohrfeige in der deutschen Geschichte sowie die Frage des lebendigen und wirkungsvollen Erinnerens an den Holocaust, damals wie heute, in Deutschland, Frankreich und Europa.

Transatlantischer Austausch zur Aufarbeitung von Vergangenheit ↗

Nach den rechtsextremistischen Ausschreitungen in Charlottesville, Virginia, im August 2017 gründete unser Washingtoner Büro die «Transatlantic Partnership on Memory, Responsibility, and Transformation». Das Projekt, in Kooperation mit der University of Vir-

ginia, soll Studierende dazu anregen, die Geschichte ihrer Universität, des Bundesstaats Virginia und der Vereinigten Staaten neu und kritisch zu hinterfragen – unter Einbeziehung der deutschen Erfahrungen mit dem Umgang mit der Vergangenheit. Einmal im Jahr werden deutsche Gäste, die sich in unterschiedlichen Disziplinen mit der Aufarbeitung von Geschichte beschäftigen, für eine Woche an die University of Virginia eingeladen. Sie stellen dort ihre Arbeit vor und entwickeln gemeinsam mit den Studierenden Projekte zur lokalen Geschichte. 2018 entstand daraus eine Vielfalt an Projekten: In Zusammenarbeit mit der Regisseurin Christine Umpfenbach inszenierte ein Theaterkurs eine Lesung von Interviews mit Bewohner/innen von Charlottesville zu den Ereignissen vom August 2017. Studierende eines Geschichtskurses entwarfen kritische Poster zu aktuellen Themen der amerikanischen Politik; eine weitere Klasse erforschte die deutsche Gedenkstättenbewegung und gestaltete ihre eigene Gedenkstätte innerhalb der Universität.

Thessaloniki – Erinnerungen an das Jerusalem des Balkans

Die jüdischen Gemeinden haben die griechische Stadt Thessaloniki (Salonica) mehr als 2.000 Jahre lang geprägt – bis die Nationalsozialisten ihre Mitglieder fast völlig auslöschten. Rund 50.000 Jüdinnen und Juden, etwa ein Fünftel der Stadtbevölkerung, fielen dem Holocaust zum Opfer. Diese Geschichte wird selbst in Thessaloniki und in Deutschland bis heute vielfach verdrängt. Die Stadt will nicht an ihre multikulturelle Vergangenheit, an das dunkle Kapitel von Kollaboration und Antisemitismus erinnert werden. Deutschland fördert zwar seit zwei Jahrzehnten den erinnerungspolitischen Dialog, will aber nichts von Entschädigungszahlungen wissen. Bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung unseres Büros in Thessaloniki in Zusammenarbeit mit dem Berliner Verein Respekt für Griechenland e.V. im Museum Europäischer Kulturen Berlin im Sommer 2018 erinnerten deutsche und griechische Historiker/innen an die jüdische Geschichte Thessalonikis.



Foto: Jürgen Henschel, Quelle: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum

«Decolonize 1968!» ↗

1968 hat unser Verständnis von Gleichberechtigung, sexueller Selbstbestimmung, Toleranz und Meinungsfreiheit maßgeblich verändert und beeinflusst. Mit einer Ausstellung und einem Dossier erinnerten wir an die politischen Kämpfe, die feministische und linke Bewegungen bis heute prägen. Der dominanten Geschichtserzählung von Freiheit, Rebellion und grenzüberschreitender Solidarität setzten wir dabei weibliche, queere, Schwarze und (post-)migrantische Perspektiven entgegen. Wir wollten aufzeigen, was BPOC-Frauen (BPOC steht für die politische Selbstbezeichnung Black and People of Color) in den Jahren um 1968 in beiden deutschen Staaten erlebt haben und dass sie nicht nur «auch mit dabei» waren, sondern maßgebliche Akzente setzten.

Die unterschiedlichen Erinnerungen in West- und Osteuropa ↗

Während 1968 in Westeuropa als Jahr des Höhepunkts linker, emanzipativer Bewegungen gilt, die Politik und Gesellschaft nachhaltig veränderten, wird das Jahr in Osteuropa mit dem Ende aller Hoffnungen auf eine demokratische Reform des «realen Sozialismus» verbunden. Politisch brachte es dort eher autoritäre Verhärtung als Fortschritt. Dennoch markiert das Jahr auch den Beginn der organisierten Menschenrechtsbewegung in Russland, Polen und der Tschechoslowakei. Ganz anders in Jugoslawien – hier gab es linke Studentenbewegungen mit engen Verbindungen nach Westdeutschland, die bis weit in die 1970er-Jahre anhielten. Auf unserem 7. Europäischen Geschichtsforum im Mai 2018 in Berlin diskutierten Zeitzeug/innen wie Agnes Heller, René Böll, Milan Horacek und Burkhardt Kleinert mit jüngeren Wissenschaftler/innen über die unterschiedlichen Erzählungen zu '68 in Ost- und Südosteuropa. Das Forum war ein gutes Beispiel dafür, wie eine multiperspektivische Geschichtsschreibung im Sinne einer europäischen Erinnerungskultur aussehen kann.

Europäischer Jugendkongress in Prag

Seit 2013 bietet die Stiftung mit dem Europäischen Jugendkongress jungen Europäer/innen ein Forum, um sich intensiv mit europäischer Geschichte und aktuellen Themen auseinanderzusetzen. 2018 ging es in den Workshops, Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen auch um die Ereignisse des Jahres 1968. Die heutigen Brüche zwischen West- und Osteuropa – so ein Fazit der lebhaften Debatten – beruhen u. a. auf den sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Erinnerungen an diese Zeit. Im Westen dominierte die Revolte gegen verkrustete Strukturen, im Osten zerstörte die Niederschlagung des Prager Frühlings die Hoffnung vieler Menschen auf eine Öffnung der Gesellschaft. Der Kongress fand in Zusammenarbeit mit GEF (Green European Foundation), FYEG (Federation of Young European Greens) und CDN (Cooperation and Development Network Eastern Europe) statt.

Protestbewegungen damals und heute

Die gesellschaftlichen und politischen Freiheiten der letzten 50 Jahre werden derzeit von Populisten beiderseits des Atlantiks bedroht. Aber es gibt starke Gegenbewegungen, insbesondere von jungen Menschen. Unser Büro in Washington organisierte im Herbst 2018 in Kooperation mit der Georgetown University eine Konferenz mit Leitfiguren antiautoritärer sozialer Bewegungen von damals und Vertreter/innen politischer Jugendbewegungen von heute. Mit dabei waren der Alt-Achtundsechziger Dany Cohn-Bendit, Sandra Muller von der französischen #MeToo-Bewegung, Maurice Jackson, der über die Bürgerrechtsbewegung in den USA sprach, und Natalia Cardona, die sich für Umweltgerechtigkeit in den USA heute starkmacht. Ein besonderer Fokus der Konferenz lag auf der Durchsetzung von Menschenrechten, der machtpolitischen Auseinandersetzung um Ökologie und der Verwirklichung von Geschlechterdemokratie.

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung und Finanzlage tut sich Deutschland bei der Digitalisierung immer noch schwer. Ob in der Bildung oder der Verwaltung, es fehlt an Infrastrukturen, Geld und dem Willen voranzuschreiten. Zudem müssen die Bürgerinnen und Bürger für die Anforderungen der digitalen Zukunft fit gemacht werden – von der frühkindlichen Erziehung über Schule, Ausbildung und Studium bis zum berufs- und lebensbegleitenden Lernen. Wir brauchen eine «digitale Qualifizierungsoffensive» gegen die Gefahr des digitalen Abgehängtseins – für Selbstbestimmung und Arbeitsteilhabe in der digitalen Gesellschaft.



Robert Habeck, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, auf der Fachkonferenz «Baustelle Bildung»: «Ernstgemeinte digitale Bildung bedeutet, die Möglichkeiten der Technik so einzusetzen, dass sie soziale Aufstiegsmöglichkeiten schaffen und nicht zu sozialer Exklusion führen.»

Baustelle Bildung – Befähigung für die digitale Zukunft ↗

Die Schulen hängen der digitalen Entwicklung hinterher, dabei kommt ihnen bei der Qualifizierung und digitalen Bildung junger Menschen eine wichtige Rolle zu. Auf unserer Fachkonferenz «Baustelle Bildung – Befähigung für die digitale Zukunft» im September 2018 in Kooperation mit dem Forum Bildung Digitalisierung ging es um die Frage, wie Schule und Weiterbildung für die Bedarfe und Anforderungen der Zukunft fit gemacht werden können. Andreas Breiter, Informatik-Professor an der Uni Bremen, räumte mit der Vorstellung auf, die junge Generation bestehe ausschließlich aus Digital Natives. Studien zu Digital-Kompetenzen zeigten, dass viele Schüler/innen zu wenig lernten, um den Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft gewachsen zu sein. Eine der vordringlichsten Aufgaben von Schulen ist daher, ihre Schüler/innen für die Digitalisierung zu qualifizieren,

allerdings müssen sie dafür auch Geld und Personal erhalten. Was die Arbeitswelt betrifft, so gehen Studien davon aus, dass etwa so viele Arbeitsplätze durch die Digitalisierung entstehen werden, wie durch die Automatisierung verschwinden. ↗ Hunderttausende von Beschäftigten werden sich beruflich neu orientieren müssen. Auch Beschäftigte, deren Jobs erhalten bleiben, werden mit grundlegenden Veränderungen an ihrem Arbeitsplatz konfrontiert werden. All dies bedeutet eine enorme Herausforderung für den Weiterbildungssektor. Angesichts einer unüberschaubaren Weiterbildungslandschaft, in der rund 25.000 Träger ihre Leistungen anbieten, ist es notwendig, bestehende Strukturen transparenter zu gestalten und die Qualität der Weiterbildung insgesamt zu verbessern. Weil Weiterbildung in ihrer Relevanz künftig der Erstausbildung in nichts nachstehen wird, plädiert unser böll.brief «Weiterbildung 4.0» dafür, dass der Weiterbildungssektor Teil öffentlicher Verantwortung wird.



Margit Stumpp, Oberstudienrätin und Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen, bei unserem Fachgespräch über die Zukunft des Lernens

«AusgeBucht?» – Fachgespräch über die Zukunft des Lernens

In einem Fachgespräch im März 2018 ging es um die Frage, wie die Zukunft des Lernens mit digitalen und analogen Materialien aussehen könnte. Angesichts des in Deutschland derzeit überschaubaren Engagements von Google und Microsoft dürften die Lernmaterialien auch weiterhin von den dominierenden Anbietern wie Klett, Westermann und Cornelsen kommen, so das Fazit des Gesprächs. Die OER-Szene, die lizenzfreie und offene Materialien propagiert, erfreue sich zwar einer wachsenden Anhängerschaft, dies ändere aber wenig an dem bestehenden Kräfteverhältnis. Die Unzufriedenheit der Lehrkräfte mit der digitalen Ausstattung ihrer Schulen wachse jedoch. Laut einer Befragung sind nur fünf Prozent der Schulen digital voll ausgestattet. Schulbuchverlage und Start-ups wie der Lernvideo-Anbieter Sofatutor kritisierten die im internationalen Vergleich geringen Ausgaben für digitale Lernmaterialien.

Verwaltung trifft Bürgerbeteiligung ↗

Dank der Digitalisierung können Bürger/innen heute viel niedrighschwelliger und direkter an behördliche Informationen gelangen. Auch direkte Beteiligungsverfahren scheinen einfacher zu werden. Wie Beteiligung gelingen kann und die Zusammenarbeit mit Verwaltungen funktionieren kann, das war Stoff unserer Fachtagung «Verwaltung trifft Beteiligung», die in Kooperation mit dem Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) und dem BiwAK e.V. (Bildungswerk für Alternative Kommunalpolitik) im März 2018 in Berlin stattfand. Eines der parallelen Foren beschäftigte sich explizit mit dem Thema Digitalisierung. Als Beispiel für direkte Bürgerinformation wurde das Portal «Politik bei uns» vorgestellt. Dort können Ratsvorlagen gesucht und abgerufen werden. Der Zugang allein zu diesen Informationen reiche allerdings nicht aus. Die größte Herausforderung für staatliche Transparenzprojekte sei, die Daten auch gut aufzubereiten und nachvollziehbar zu machen. Astrid Köhler, Leiterin der «Stadtwerkstadt», Hamburger Behörde für Stadtent-

wicklung und Umwelt, sieht in der Onlinebeteiligung einen guten Service, um Bürger/innen zeit- und ortsunabhängig einzubeziehen. Allerdings kann sie Präsenzveranstaltungen nicht in jeglicher Hinsicht ersetzen. Insbesondere ist es digital schwierig, Konflikte im Beteiligungsverfahren zu schlichten. Das Potenzial liegt daher in einer Kombination von digitaler und örtlicher Beteiligung.

Um digitale Beteiligungsmöglichkeiten effektiv einsetzen zu können, braucht es eine innovationsfähige Verwaltung. Renate Mitterhuber, Leiterin der Geschäftsstelle des IT-Planungsrates, betonte die Wichtigkeit, Führungskräfte fortzubilden, eine entsprechende Personalpolitik zu betreiben und auch klare Aufträge von der Politik zu erhalten. Dabei können Gesetze der Verwaltung helfen, einen digitalen Wandel zu vollziehen, wie das Transparenzgesetz in Hamburg gezeigt hat. Zudem müssen der Verwaltung Instrumente an die Hand gegeben werden, um mit dem Feedback aus Beteiligungsverfahren umzugehen.

netz:regeln 2018 – smart, smarter, autonom ↗

Künstliche Intelligenz wird unser Leben in Zukunft bestimmen. Bereits heute verändern Algorithmen unseren Alltag – von der Arbeitswelt über die Gesundheitsversorgung bis hin zu unserem Liebesleben. Aufgrund dieses massiven Einflusses sind ethische Normen beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz und autonomen Systemen immens wichtig. Die Politik muss mit gesetzlichen Vorgaben dafür sorgen, dass Daten überprüft werden können, und die Unternehmen müssen bereit sein, Gütesiegel und ethische Leitlinien einzusetzen. Auf unserer Konferenz «netz:regeln 2018» in Kooperation mit Bitkom luden wir Fachleute aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und digitaler Wirtschaft ein, um über die Frage der Verantwortung bei Künstlicher Intelligenz zu diskutieren. In einer dreiteiligen Podcast-Serie zeigen wir, wie erfolgreich diese Bemühungen sind: «Künstliche Intelligenz: Wer trägt die Verantwortung? / Schlusslicht oder Weltspitze? Der KI-Standort Deutschland / Wem gehören die Daten?»

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner/innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Planspielen und Ausstellungen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2018:

Jahrestagung ↗

Baden-Württemberg: Vernetzt – und jetzt?!

In weniger als dreißig Jahren ist Digitalisierung zu einem selbstverständlichen Teil unseres Alltags geworden. Gigantische Datensammlungen sind angewachsen. Doch wem gehören Daten und wer kontrolliert Algorithmen? Und wird Europa die digitale Kolonie der USA oder Chinas? Oder gelingt es, ein «Made in Europe» zu etablieren, das für Nachhaltigkeit, Datenschutz und Datensicherheit steht? Darüber diskutierte unter anderem der Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Robert Habeck mit dem Big-Data-Chef von SAP Franz Färber und Prof. Katharina A. Zweig von Algorithm Accountability Lab auf der Jahrestagung Digitalisierung und Gesellschaft im September in Stuttgart. Labs gab es zu den Themen «Privatheit heute: Zwischen Algorithmenangst, ungewollter Transparenz und neuer Freiheit», «Warum wir den Wandel der Arbeit nicht unterschätzen sollten», «Fake Intelligence – Wo sind wir besser als die Künstliche Intelligenz?» und «Wie wird Wirtschaft 4.0 nachhaltig?».

für Afrika» schaute genauer hin, denn was als Schutz wirken soll, kann kontraproduktive Nebenwirkungen entfalten. Wo entstehen die neuen Sperranlagen und Zäune? Wer entscheidet über sie? Wer baut und wer finanziert sie? Was bewirken sie? Sind sie nachteilig für eine wirkliche Entwicklung? Oder sind sie zeitweise notwendig, bis eine reale wirtschaftliche Verbesserung der Lebensmöglichkeiten in Afrika geschaffen ist? Wie aber kann diese geschaffen werden?

Filmreihe

Berlin: Erfahrungen von Frauen mit Flucht, Vertreibung und Migration

Eine Filmreihe des Bildungswerkes Berlin thematisierte aus ganz unterschiedlichen Perspektiven die Erfahrungen von Frauen mit Migration, Flucht und Vertreibung in und aus Europa: Der Dokumentarfilm «My Two Polish Loves» von Tali Tiller geht der Frage nach, wie Erinnerungen an den Holocaust und den Krieg von Frauen erlebt, erzählt und an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Der Film «Wie Bojen im Meer» von Stella Nikoletta Drossa begleitet fünf Frauen um die 30, alle Töchter griechischer Gastarbeiter/innen in Deutschland, die nach Griechenland zurückgekehrt sind und sich dort mit den Auswirkungen der Krise konfrontiert sehen. In «Fragility» setzt sich Ahang Bashi kritisch und humorvoll mit Isolation sowie kulturellen und familiären Konflikten auseinander. Die Regisseurin wurde in Iran geboren und kam im Alter von drei Jahren mit ihrer Familie nach Schweden. Im Anschluss an die jeweiligen Filmvorführungen diskutierten die Filmemacherinnen mit dem Publikum.

Tagung ↗

Bayern: Zäune für Afrika?

Es ist absehbar, dass die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen aus Afrika – insbesondere der Subsahara-Region – zunehmen werden. Der Klimawandel, ein starkes Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit wirken hier als Schubkräfte. Und Europa rüstet sich: Neben dem Frontex-Einsatz im Mittelmeer werden in Afrika selbst zunehmend Zäune und Sperranlagen errichtet, um Wanderungen zu unterbinden. Die friedenspolitische Tagung «Zäune

↗ Interviews und Beiträge:

www.boell-bw.de

↗ Mitschnitt:

<https://soundcloud.com/petra-kelly-stiftung/sophia-wirsching-wanderbewegungen-innerhalb-afrikas-und-nach-europa>

Brandenburg: Zusammen:Wirken im Verband

Die demografische Entwicklung in Deutschland stellt die Verbände der Sozialwirtschaft vor große Herausforderungen. Die immer älter werdende Gesellschaft und fehlender Nachwuchs für Fachberufe erschweren eine flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum. Gleichzeitig ergeben sich durch die verstärkte Migration nach Deutschland neue Möglichkeiten, Mitarbeiter/innen für Haupt- und Ehrenamt zu gewinnen. Der Landesverband Berlin/Brandenburg der Johanniter-Unfall-Hilfe möchte die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen und führt mit der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg das Modellprojekt «Zusammen:Wirken im Verband» durch. Der Verband verspricht sich davon mehr transkulturelle Offenheit und eine stärkere innerverbandliche Partizipation. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt die Johanniter-Unfall-Hilfe in diesem Prozess und profitiert u. a. von der gemeinsamen Entwicklung neuer Methoden. Im Jahr 2018 gab es bereits etliche Veranstaltungsangebote, darunter Kommunikationstrainings, Weiterbildungen in interkultureller Kompetenz und Ideenwerkstätten.

Decolonize-Reihe

Bremen: Schädel X – das koloniale Erbe

In den Kellern deutscher Universitäten und Museen lagern tausende Schädel aus ehemaligen Kolonien. Sie wurden ausgegraben oder von den Leichen hingerichteter «Aufständischer» abgetrennt, als Trophäe nach Deutschland verschickt oder dort zur Rassenforschung missbraucht. Bremen hat als frühere «Stadt der Kolonien» erheblichen Anteil an diesem Erbe. Die Landesstiftung Bremen veranstaltete im Rahmen ihrer Decolonize-Reihe an zwei Abenden die postkoloniale Lecture Performance «Schädel X» von Konradin Kunze. Die Performance folgt biografischen Geschichten: Diese führen über Archive, Konsulate, Schlachtfelder und Labore ins Innerste des eigenen Schädels – eine skurrile Irrfahrt zwischen Wissenschaft, Politik und Theater. Im anschließenden Gespräch diskutierten Ohiniko Mawussé Toffa von der Uni Bremen, Virginie Kamche vom Afrika-Netzwerk Bremen und Wiebke Ahrndt vom Übersee-Museum Bremen über den Umgang mit menschlichen Überresten aus der Kolonialzeit. Das Übersee-Museum hat mittlerweile Herero-Schädel zurückgegeben.

Hamburg: Alle Jahre früher: Wie retten wir die erschöpfte Erde?

Am Welterschöpfungstag hat die Menschheit rechnerisch die Ressourcen der Erde für das laufende Jahr verbraucht. Er fiel 2018 auf den 1. August, so früh wie nie zuvor. Wollen wir unseren Planeten nicht völlig zerstören, muss die Nutzung von Kohle, Öl und anderen Rohstoffen reduziert werden. Doch wie kann das gelingen? Und warum reagiert die Politik nicht schneller und konsequenter? In Kooperation mit dem BUND Hamburg und der Friedrich-Ebert-Stiftung Hamburg veranstaltete Umdenken, die Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, ein Gespräch mit dem Grünen-Politiker Anton Hofreiter und dem Parlamentarischen Staatssekretär für Umwelt der SPD Florian Pronold. Vor knapp 400 Gästen erläuterten die beiden zunächst, wieso die Umweltpolitik aus ihrer Sicht oft hinter anderen Themen zurückstecken muss und wie sich das ändern könnte. Das Publikum hatte im Anschluss noch viel Zeit, die beiden Politiker dazu zu befragen.

Tagung ↗

Hessen: Rechtspopulismus und Geschlechterpolitik in Europa

Die Geschlechter- und Gleichstellungspolitik der Europäischen Union galt einige Jahrzehnte lang als Erfolgsgeschichte. Inzwischen entwickeln sich europaweit rechtspopulistische Gegenbewegungen. Expertinnen aus neun verschiedenen europäischen Ländern und 160 Teilnehmende diskutierten im April 2018 auf der gemeinsamen Tagung der Landesstiftung Hessen und der Stiftung Frauen in Europa, wie sich die Mobilisierung von Rechtspopulisten auf Europa und die EU-Politik auswirkt und wie emanzipatorische Politik neu gedacht und begründet werden kann. Besonders die Kontroversen, die zwischen west- und osteuropäischen geschlechterpolitischen Diskursen und Blickwinkeln bei der Konferenz sichtbar wurden, müssen künftig stärker Beachtung finden und weitergehend bearbeitet werden.

↗ **Kurzinterview:**

<https://youtu.be/A6RwZomV60A>

Das ganze Gespräch:

<https://youtu.be/KtQzFwSUFM?t=5>

↗ **Tagungsbericht:**

www.boell-hessen.de/publikation/rechtspopulismus-und-geschlechterpolitik-europa/

Ausstellung

Mecklenburg-Vorpommern: «Frauen, die Mecklenburg-Vorpommern bewegen»

Zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechts präsentierte die Landesstiftung Mecklenburg-Vorpommern im November ihre Ausstellung «Frauen, die Mecklenburg-Vorpommern bewegen» und lenkte den Blick auf außergewöhnliche, engagierte und fortschrittliche Frauen dieses Bundeslandes. Egal ob Ärztin, Bürgerrechtlerin, Schriftstellerin, Umweltaktivistin oder Wissenschaftlerin: Sie prägen die Zivilgesellschaft entscheidend mit und können uns heute inspirieren. Mit ihrem Wissen und ihren Begabungen setzten bzw. setzen sich diese Frauen mutig für unsere Rechte, für Demokratie, für eine lebendige Kultur ein – oftmals gegen die vorherrschende Ideologie bzw. den Zeitgeist. So wie die Rostockerin Dietlind Glüer, die sich für Alternativen zum bestehenden politischen und wirtschaftlichen System der DDR engagierte und dafür zu Recht als erste Ehrenbürgerin Rostocks geehrt wurde. Die Ausstellung tourt auch 2019 durch Mecklenburg-Vorpommern.

Planspiel

Niedersachsen: «Planspiel zum Syrienkonflikt»

Im Syrienkonflikt gibt es eine Vielzahl an Konfliktlinien und -parteien mit sich verändernden und widersprüchlichen Interessen. Es hat sich eine komplexe Gemengelage im Land entwickelt, die nur schwer zu durchschauen ist. In Kooperation mit dem Verein Hometown aus Hannover veranstaltete die Stiftung Leben und Umwelt, unsere Landesstiftung in Niedersachsen, im November 2018 einen zweitägigen Workshop, in dem die Teilnehmenden sich der sehr herausfordernden Aufgabe stellten, die vielzähligen Akteur/innen und deren Interessen zu verstehen – sei es die syrische Graswurzelaktivistin der ersten Stunde oder der russische General. In der Simulation einer Friedenskonferenz galt es mögliche Lösungen miteinander zu verhandeln, um am Ende einen lokalen Friedensvertrag zu verabschieden. Das Ziel dahinter: ein tiefergehendes Verständnis des Konflikts in Syrien zu entwickeln und verschiedene Optionen zum Beenden der Gewalt im Land zu erkunden.

Wochenendseminar

Nordrhein-Westfalen: Flucht – Menschenrechte – Menschenwürde: zur Aktualität von Hannah Arendt

Hannah Arendt geht 1943 in ihrem Text «Wir Flüchtlinge» über Fluchterfahrungen von Verfolgten des Natio-

nalsozialismus aus, doch ihre Erfahrungen und Schlussfolgerungen zu diesem Thema, auch an anderen Stellen ihrer Werke, bieten Denkanstöße zu aktuellen Fragen zu Flucht und Menschenrechten. Ein zweitägiges Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen beinhaltet vier Workshops zu den philosophischen und politischen Überlegungen Hannah Arendts. Ein fünfter Workshop thematisierte die aktuelle Menschenrechtsdiskussion und die internationale Flüchtlingsarbeit. Das Seminar bot zudem die Möglichkeit, das Sommerhaus Heinrich Bölls in Langenbroich zu besuchen. Früher war es ein Zufluchtsort für Heinrich Böll, heute können dort verfolgte Autor/innen im Rahmen des Heinrich-Böll-Stipendienprogramms für eine Zeitlang leben und arbeiten.

Fachtagung

Rheinland-Pfalz: Herausforderung Migration – Anforderungen an die Integrationspolitik

Die Landesstiftung Rheinland-Pfalz veranstaltete im Oktober zusammen mit dem Initiativausschuss Migration RLP und dem AK Asyl die Fachtagung «Herausforderungen der Integration», bei der auch die Ergebnisse der Fachkommission «Flüchtlings- und Einwanderungspolitik» der Heinrich-Böll-Stiftung diskutiert wurden. Eine der wesentlichen Forderungen der Fachkommission ist mehr Kohärenz in der Flüchtlingspolitik durch ressortübergreifende Kommunikation, Koordination und Kooperation. Politisches Handeln, Verwaltungshandeln und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft müsse besser aufeinander abgestimmt werden. In den vier Workshops der Tagung tauschten sich Vertreter/innen aus Land, Kommune, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die wichtigen gesellschaftlichen Felder für Integration aus: Arbeit, Bildung, Wohnen/Infrastruktur und Freizeit/soziale Teilhabe. Dank der Kooperation mit landesweit tätigen Initiativen im Bereich der Flüchtlings- und Migrationsarbeit konnte ein sehr breites Publikum erreicht werden.

Ausstellung

Saarland: 100. Geburtstag Heinrich Böll

Anfang des Jahres zeigte die Heinrich-Böll-Stiftung im Saarland die Ausstellung «Einmischung erwünscht! Heinrich Böll (1917–1985)». Anlass war der 100. Geburtstag des Nobelpreisträgers im Dezember des Vorjahres. Über 2.000 Besucherinnen und Besucher kamen in die Ausstellung, darunter viele Schulklassen.

Ein umfangreiches Begleitprogramm bot Einblick in die vielfältigen politischen und kulturellen Aspekte des Lebens von Heinrich Böll. Sein großes internationales Ansehen gründet sich neben seinem literarischen Werk auch auf sein unbestechliches Engagement für Freiheit und Menschenrechte. O-Töne von Heinrich Böll zu politischen und literarischen Themen präsentierten die beiden Bremer Journalisten Michael Augustin und Walter Weber in ihrem Feature «Radio Böll».

Diskussionsreihe ↗

Sachsen: Was zu tun ist – Demokratie geht jetzt erst los!

Soziale Ungleichheiten, Klimawandel oder die entfeselte Ökonomie – die Gesellschaft wird mit vielen Unsicherheiten konfrontiert. In einer Diskussionsreihe von Weiterdenken, der Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen, ging es in sieben Veranstaltungen darum, was jetzt zu tun sei. Mutige und praktische Schritte für eine demokratische, offene, sozial- und klimagerechte Gesellschaft waren gefragt. Der Zuspruch war überwältigend. Menschen jeglichen Alters, vor allem aber Studierende, wollten mitdiskutieren. Die Handlungsvorschläge der Gäste – darunter die Soziologin Naika Foroutan, der Umweltwissenschaftler Hermann Ott, Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und Constanze Kurz vom Chaos Computer Club – reichten von individuellen über zivilgesellschaftliche bis hin zu politischen Ansätzen. Die Reihe fand in Kooperation mit der TU Dresden und dem Staatsschauspiel statt.

Fachtag ↗

Sachsen-Anhalt: Schule und Armut – wahrnehmen, verstehen und handeln

In Sachsen-Anhalt wächst über ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Familien auf, deren Einkommen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Was bedeutet Kinderarmut für den Lernort Schule und welche Handlungsmöglichkeiten bzw. -anforderungen gibt es für Sozialarbeiter/innen, Lehrkräfte und Politik? Mit dieser Frage beschäftigte sich ein Fachtag der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt im Oktober 2018. Nach einem Vortrag des Armutforschers Dr. Maksim Hübenenthal von der Freien Universität Berlin, der die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs «Kinderarmut» auffächerte, konnten die Teilnehmenden ihr eigenes Verständnis von Kinderarmut reflektieren und sich professionsübergreifend darüber austauschen. Best-Practice-Beispiele aus zwei Gemeinschaftsschulen

in Sachsen-Anhalt, die insbesondere die Bedeutung der Beteiligung von Schüler/innen an Entscheidungen aufzeigten, verbanden die Theorie des Fachtages mit der eigenen Praxis der Lehrkräfte.

PopUp-Angebot ↗

Schleswig-Holstein: CoWorking auf dem Land

In Zeiten der Digitalisierung muss der Mensch nicht mehr zur Arbeit gehen – die Arbeit kann zum Menschen kommen. Noch ist die Verkehrs- und Arbeitsinfrastruktur auf die Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts ausgerichtet – Zeit, sie umzubauen, so dass die Menschen dort arbeiten können, wo sie leben wollen, zum Beispiel auf dem Land. Denn es spricht einiges dafür: weniger Pendelei, weniger Schadstoffe, mehr freie Zeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, niedrige Mieten, mehr Naturnähe. Und gleichzeitig neue Impulse für leerfallende Ortskerne und wegbrechende Infrastruktur. Die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein ist im Sommer 2018 mit mobilen CoWorking Spaces für ein halbes Jahr durch die Kieler Region gezogen und hat Privatleute und Kommunen dazu animiert, selbst ganz individuelle CoWorking Spaces zu schaffen. Denn durch das temporäre PopUp-Angebot ließ sich herausfinden, ob und wie ein Ort für CoWorking geeignet ist.

Demokratieprojekt

Thüringen: Demokratie vor Ort selber machen!

«Was macht eine Region besonders?» Die Landesstiftung Thüringen rief Menschen aus dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt dazu auf, sich an einem Demokratieprojekt zu beteiligen. Menschen von jung bis alt, zugezogene und gebürtige Landkreisbewohner/innen – alle waren gefragt. Es ging darum, Beispiele für demokratisches Handeln im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zu entdecken und Geschichten aufzuspüren. In Foto-Workshops konnten die Teilnehmenden ihren Blick auf die Region durch die «demokratische Linse» schärfen. Eine Auswahl der Fotos wurde ausgestellt, andere wurden zu Postkarten gestaltet. Über den Versand der Postkarten erlangten die Projekte und Orte der Demokratie auch über den Landkreis hinaus Bekanntheit. Das Projekt fand statt u. a. in Kooperation mit dem Heimat- und Trachtenverein Probstzella e.V., Partnerschaften für Demokratie – Saalfeld-Rudolstadt, Beulwitz Do It, BZ Saalfeld und DENK BUNT – Thüringer Landesprogramm, Landkreis Saalfeld-Rudolstadt.

↗ **Nachhören unter:**
www.soundcloud.com/weiterdenken

↗ **Keynote Dr. Maksim Hübenenthal:**
https://www.youtube.com/watch?v=uqxFOuN_L9U

↗ **CoWorking Spaces:**
www.boell-sh-digital.de/coworkland/



Nach der Parlamentswahl in Ungarn demonstrierten ca. 100.000 Menschen gegen die regierende Fidesz-Partei. Hier: Ein Demonstrant mit der letzten Ausgabe der gerade liquidierten kritischen Tageszeitung «Magyar Nemzet», die seit 80 Jahren in Ungarn erschienen war. Foto: picture alliance/JOKER

Demokratie und Menschenrechte stärken

Überall in der Welt geraten die Menschenrechte immer mehr unter Druck. Autokratisch regierte Staaten missachten Bürgerrechte und bekämpfen die kritische Zivilgesellschaft. Sie verfolgen und kriminalisieren sie, um Protest von Beginn an zu ersticken. Auch die Pressefreiheit und eine unabhängige Justiz sind vielerorts in Gefahr oder bereits abgeschafft. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Teilhabe zu fördern, das gehört zu unserem Kernauftrag – in Deutschland und auch weltweit. In vielen Ländern, in denen wir arbeiten, sind autoritäre Regierungen an der Macht. Immer häufiger müssen unsere Büros Partnerinnen und Partner unterstützen, die politisch verfolgt werden oder ihre Länder verlassen müssen. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen engagieren wir uns dafür, dass alle Menschen ihre Rechte kennen, sie einfordern und verteidigen können. Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftung ist es, internationale Entwicklungen für die deutsche Öffentlichkeit aufzubereiten und Hintergrundinformationen zu liefern.

Zivilgesellschaft unter Druck

Eine starke Zivilgesellschaft ist eine Säule der liberalen Demokratie. Sie kann politische Prozesse (mit-)gestalten, Teilhabe organisieren, Korruption und Menschenrechtsverletzungen aufdecken, den sozialen Ausgleich fördern und staatliche Rechenschaft einfordern. Doch Einmischen ist schwieriger geworden. Die Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft nehmen zu – ob in der Türkei oder in Südostasien. Wir versuchen, wo möglich, die demokratischen Kräfte in der Zivilgesellschaft zu unterstützen.



März 2018: Am internationalen Frauentag trifft sich Istanbul's Frauenbewegung traditionell zum feministischen Nachtsparade. Foto: Gulsin Ketenci/NarPhotos/laif

Die Unterstützung von Menschenrechtsgruppen in der Türkei

Mit der Etablierung des Präsidialsystems hat die Autoritarisierung in der Türkei eine neue Stufe erreicht. Die Gewaltenteilung im Land ist praktisch ausgehebelt. Immer mehr Themenbereiche der Politik werden von der Regierung mit Tabus belegt. Und dennoch geht die zivilgesellschaftliche Arbeit weiter. Viele neue Nicht-regierungsorganisationen wurden gerade von jenen Akademiker/innen gegründet, die der Staat aus den Universitäten entlassen hat. Frauen- und Menschenrechtsgruppen sind trotz Repression weiterhin sehr aktiv. Unser Büro in Istanbul konzentriert sich in dieser Situation besonders auf den Schutz der Menschenrechte. In Kooperation mit einer langjährigen Partnerorganisation wird es im Auftrag der EU ab 2019 ein Instrument zur landesweiten Unterstützung türkischer Menschenrechtsgruppen aufbauen. Auch Programme zu Frauenrechten und Rechtsstaatlichkeit sind ein Schwerpunkt. Zudem baut es den Bereich Außenpolitik stark aus und fördert die kritische Debatte zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in der Türkei, den USA, der EU und den Nachbarregionen der Türkei.

Gesellschaftspolitischer Austausch in Südostasien

In Südostasien ist die Lage für zivilgesellschaftliche Akteure überaus riskant. In Thailand werden Akti-

vist/innen bedroht, verfolgt und angeklagt, wenn sie gegen Korruption und den Machtmissbrauch der Junta mobilisieren und freie Wahlen einfordern. In Indonesien kommt es vor allem zu Übergriffen gegen LGBTI-Aktivist/innen. Polizeiliche Maßnahmen, die zur Festnahme von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung führen, sind inzwischen an der Tagesordnung. In Vietnam geht mit der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung eine Unterdrückung kritischer Debatten einher. Viele der Investitionsprojekte sind mit Umweltverschmutzung und Zwangsumsiedlung verbunden. Demonstrationen gegen diese Projekte werden von der Staatsmacht mit aller Härte unterdrückt und Aktivist/innen in Haft genommen. Im Hinblick auf diese Entwicklungen bemüht sich unser Regionalbüro Südostasien, für zivilgesellschaftliche Akteur/innen aus dem gesamten ASEAN-Raum Orte für einen regelmäßigen Austausch zu schaffen. Im Dezember 2018 fand zum Beispiel ein Forum in Bangkok statt, bei dem es um die oben genannten Themen ging. Zahlreiche Aktivist/innen, Journalist/innen, Anwält/innen und Akademiker/innen aus sieben ASEAN-Staaten nahmen daran teil. Das Forum fand in enger Kooperation mit dem Center for Social Development Studies der Chulalongkorn-Universität in Bangkok und unserer langjährigen Partnerorganisation Foundation for Community Educational Media statt.

«Wir hatten Putin, haben Putin und werden Putin haben» – die russische Zivilgesellschaft unter Putin

Im März 2018 wurde Vladimir Putin bei den russischen Präsidentschaftswahlen für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt – was unter den Bedingungen des «elektoralen Autoritarismus», der sich in Russland etabliert hat, niemand überraschte. Damit ist in Russland eine ganze Generation junger Menschen herangewachsen, deren politisches Bewusstsein und deren politische Handlungsmöglichkeiten von den Rahmenbedingungen geprägt werden, die seit dem Jahre 2000 maßgeblich mit dem Namen Putin verbunden sind. Bei einer Veranstaltung im Februar in Berlin diskutierten unsere russischen Gäste, darunter junge Jurist/innen, Medienschaffende, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und auch eine Bezirksabgeordnete, sehr divers und lebhaft über das Lebensgefühl einer Generation, die nichts anderes als das Putin'sche Regime kennt. Angerissen wurden auch die repressiven Maßnahmen in allen Lebensbereichen, die seit den Winterprotesten 2011/12 systematisch ausgebaut wurden, sei es das Agentengesetz, das klassische NGO-Arbeit extrem erschwert, oder die Angriffe auf sexuelle Minderheiten. Doch den düsteren Bildern und Perspektiven zum Trotz – es gibt auch verstärkt Initiativen von jungen Leuten. Diese lassen sich nur nicht mehr formell registrieren, sondern schließen sich informell zusammen, in Stadtteilprojekten oder Ähnlichem. Kennzeichnend für das zivile Engagement sei, dass man vor Ort ein Problem selbst in die Hand nehme. Die Erfahrung, etwas bewegen zu können, helfe, der Resignation zu widerstehen.

Russland und die Fußball-WM ↗

Die Fußball-Weltmeisterschaft brachte Russland globale Aufmerksamkeit – und uns die Chance, über das Russland abseits der Glamour-Stadien zu erzählen. Ein Webdossier unseres Moskauer Büros präsentierte Texte und Fotos über Fankultur, den Frauensport im Nordkaukasus und die Moskauer Frauen-Fußballschule «Girl-Power», über Umweltschäden durch den Kohleabbau im Kusbass, über häusliche Gewalt und Bedrohungen der Menschenrechte durch Festnahmen oppositioneller Demonstranten. Eine interaktive Karte im Internet wies den Weg zu Sankt Petersburger Cafés, deren Besitzer gegen Rassismus eintreten und versuchen, möglichst ökologisch zu wirtschaften. Zudem unterstützte unser Büro eine Ausstellung mit Fotos russischer Provinzvereine und ihrer Stadien zwischen Abraumhalden, Plattenbauten und bröckeligen Kirchtürmen – Graswurzelfußball als Teil einer aktiven Gesellschaft von unten. Unsere Partnerorganisation Memorial erarbeitete eine Stadtführung zu historischen Fußballorten in Moskau und bereitete in einem Webprojekt das schwere Schicksal vieler Funktionäre und Fußballer des Vereins Spartak Moskau in den Zeiten des Stalin'schen Terrors auf. Am 19. Juni besuchte eine Delegation des Deutschen Fußball-Bundes auf Anregung der Stiftung Memorial, um sich über die Arbeit dieser Menschenrechts- und Geschichtsorganisation zu informieren. DFB-Präsident Reinhard Grindel überreichte dabei ein Trikot der Nationalmannschaft mit den Unterschriften der Spieler – für Memorial ein so ungewöhnliches wie hochgeschätztes Gastgeschenk.

Gedenken an Arsenij Roginskij

Am 3. März 2018 erinnerten wir in einer eindrucksvollen Gedenkstunde in Berlin an Arsenij Roginskij, den im Dezember 2017 verstorbenen Vorsitzenden von Memorial, unserer langjährigsten russischen Partnerorganisation. In zwei Gesprächsrunden sprachen Freunde und Weggefährten über das Lebenswerk Roginskijs, der als Historiker, Dissident, politischer Gefangener und schließlich Gründer und Spiritus Rector von Memorial wie kaum ein anderer für das «Menschenrecht auf historische Wahrheit» eingetreten sei. Er kämpfte für die Aufarbeitung der Verbrechen der Gewaltregime des 20. Jahrhunderts, setzte sich für gesamteuropäische Versöhnung ein und verteidigte unermüdlich die Würde und die Rechte jedes Einzelnen. Sein Vermächtnis weiterzutragen, sei nun die Aufgabe einer jüngeren Generation bei Memorial. Sie ist auch eine bleibende Verpflichtung für die unvermindert enge Zusammenarbeit zwischen Memorial und der Heinrich-Böll-Stiftung.



Unterstützung der Zivilgesellschaft im Südkaukasus

Anfang Juli feierte unser Büro in Tbilisi sein 15-jähriges Bestehen. Bei einem Empfang im dortigen Goethe-Institut würdigten die zahlreichen Gäste die Stiftung als dynamische Akteurin in der Region, die wichtige Themen setze und neue Räume für Initiativen zur demokratischen Emanzipation erschlossen habe. Auch zahlreiche Alumni des regionalen Stipendienprogramms für junge Sozialwissenschaftler/innen, das die Stiftung bis 2014 durchführte, waren gekommen. Einige Alumni haben mittlerweile wichtige Positionen im Parlament und in der Regierung von Armenien. Seit 2017 unterhält die Stiftung in Jerewan ein Ortskraftbüro. Es organisiert dort halbjährlich eine «Grüne Akademie», unterstützt Initiativen im Bereich Gender und Umweltrechte und arbeitet mit dem Acopian Center for the Environment der Amerikanischen Universität Armeniens (AUA) zum Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz zusammen.

Bekämpfung von Straflosigkeit und Korruption in Lateinamerika

In Lateinamerika ist Korruption und Straflosigkeit weitverbreitet. Einzelne Staaten haben unter massivem Druck der Zivilbevölkerung und internationaler Akteure inzwischen Instrumente geschaffen, um beides effektiver zu bekämpfen. Die sogenannten Sondermechanismen sind trotz enger Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen unabhängig und mit unterschiedlichen Mandaten ausgestattet. Bei unserer Fachtagung im Juni 2018 in Berlin in Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor diskutierten Vertreter der Sondermechanismen aus Guatemala, Honduras und Mexiko mit Vertreter/innen deutscher Institutionen und NGOs über Erfolge, Hindernisse, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit dieser Instrumente. Ein Fazit der Tagung war, dass der Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit möglich sei. Für die Sondermechanismen gebe es einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, die darin oft ihre letzte Hoffnung sehe. Die Gäste aus Lateinamerika nannten als bisherige Erfolge die Stärkung der Akteure bzw. Institutionen und auch der Opfer und Familienangehörigen, zudem die internationale Unterstützung und die Unterstützung der Bevölkerung. Von der internationalen Gemeinschaft forderten sie, den politischen Preis für all jene zu erhöhen, die versuchen, die Legitimität der Sondermechanismen anzuzweifeln oder zu untergraben. Auch müssten die Botschaften die Probleme deutlicher ansprechen, um politischen Druck zu erzeugen. Letztlich sei die Hartnäckigkeit nationaler und internationaler Akteure die wichtigste Voraussetzung, um Nachhaltigkeit zu garantieren. An der Tagung nahm auch Iván Velásquez, der Vorsitzende des Antikorruptionsmechanismus in Guatemala (CICIG), teil, der im September

zusammen mit Guatemalas ehemaliger Generalstaatsanwältin Thelma Aldana den Alternativen Nobelpreis erhielt. Damit erlangte ihr erfolgreicher Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption zu einem dramatischen Zeitpunkt der institutionellen Krise in Guatemala internationale Anerkennung.

Demokratie in Gefahr in Brasilien – Veranstaltungsreihe

Bei unserer Podiumsdiskussion «Brasilien: Demokratie in Gefahr!» vom 18. Oktober ging es u. a. nach dem Sieg Jair Bolsonaro im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen um mögliche Szenarien für den Ausgang des zweiten – der Stichwahl zwischen Bolsonaro und dem Kandidaten der Arbeiterpartei Fernando Haddad. Was würde ein Sieg Bolsonaros für die Sicherheits- und Umweltpolitik Brasiliens sowie für die Rechte von Indigenen und Kleinbäuer/innen u. a. in Amazonien bedeuten? Die brasilianische Journalistin und Amazonien-Expertin Eliane Brum sah Bolsonaros Absicht, die Mittel für die Überwachung und Bekämpfung der Entwaldung zu begrenzen oder sogar ganz zu streichen, als besonders gravierend an. Auch plane er, die Demarkation der indigenen Territorien aufzuheben. Sein zentrales Wahlversprechen, Schusswaffen weitgehend freizugeben und Polizeibeamte, die im Dienst ein Tötungsdelikt begehen, von der Strafverfolgung auszunehmen, sei ebenfalls sehr problematisch. Itamar Silva, Aktivist der Favela-Bewegung in Rio de Janeiro, befürchtete, dass sich die Gewalt, vor allem in den Favelas, noch mehr zuspitzen wird, wenn Bolsonaro gewinnt. Die Mordraten in Brasilien hatten im Jahr 2017 bereits neue Rekorde erreicht, fast 64.000 Menschen wurden getötet. An der Diskussion beteiligten sich auch viele in Berlin lebende Brasilianer/innen, die sich sehr besorgt über die aktuelle politische Lage in Brasilien äußerten. Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem FDCL statt.

Families for Freedom: Der Krieg ist erst vorbei, wenn wir Antworten haben

Die Kampfhandlungen in Syrien gingen auch 2018 weiter, tausende Namen getöteter Gefangener sind inzwischen bekannt. Syrische Aktivistinnen, die sich für Gerechtigkeit und Wahrheitsfindung einsetzen, finden international bislang wenig Beachtung. Die Bewegung «Families for Freedom» (Familien für Freiheit) zum Beispiel wurde von Frauen gegründet, die nach ihren Angehörigen suchen. Sie wollen die Welt darüber aufklären, dass ganz normale, friedliche Zivilisten vom Assad-Regime tausendhaft inhaftiert wurden und auch weiterhin gewaltsam «verschwinden». Zugleich arbei-



Aktivistinnen von «Families for Freedom» fordern internationale Aufmerksamkeit für das Schicksal ihrer in Syrien inhaftierten Angehörigen

ten die Aktivistinnen an der Basis für die Aus- und Fortbildung von Frauen, um deren Selbstvertrauen und Führungskompetenz zu stärken. Um Gerechtigkeit zu erlangen, braucht es Expertinnen und Juristinnen, die sicherstellen, dass Forderungen und Klagen richtig eingebracht werden, damit die kriegführenden Parteien zur Rechenschaft gezogen werden können. Im Herbst tourten die Aktivistinnen mit ihrem «Bus der Freiheit» durch Deutschland, er machte auch Station vor der Stiftungszentrale in Berlin. Bei einer Abendveranstaltung des Gunda-Werner-Instituts in Kooperation mit Families for Freedom, Adopt a Revolution, Women Now und The Syria Campaign stellten sie ihre Arbeit vor.

Recht und Unrecht auf dem Balkan – 25 Jahre ICTY

10.800 Prozesstage, 4.600 vernommene Zeugen, 168 Anklagen und 2,5 Millionen Beweisstücke – das sind die Zahlen zur Arbeit des Kriegsverbrechertribunals zum ehemaligen Jugoslawien (ICTY), das Ende 2017 seine Arbeit eingestellt hat. Unsere Podiumsdiskussion im März in Berlin zog die historische, politische und humanitäre Bilanz hinter diesen Zahlen. Wolfgang Schomburg, zwischen 2001 und 2008 erster deutscher Richter am ICTY, der serbische Journalist Nemanja Stjepanovic vom Zentrum für Humanitäres Recht in Belgrad, die bosnische Journalistin Dženana Karup Druško, Direktorin der Organisation Transitional Justice, und der deutsche Journalist Erich Rathfelder zeigten sich mit Blick auf die gesellschaftliche und politische Aufarbeitung der Verbrechen während des Bosnien-Krieges sehr ernüchert. Vom Kriegsverbre-

chertribunal verurteilte Straftäter würden in ihrem jeweiligen «Heimatstaat» oft als Helden gefeiert und politisch hofiert. Juristisch habe das ICTY jedoch Maßstäbe gesetzt und die Kriegsverbrechen so umfangreich dokumentiert, dass für die dringend notwendige weitere juristische und historische Aufarbeitung wichtige Grundlagen gelegt seien.

Vergangenheitsbewältigung braucht eine offene Gesellschaft ↗

Eine internationale Konferenz unseres Büros in Kambodscha zur Aufarbeitung der Vergangenheit ging u. a. der Frage nach, wie sich Demokratiedefizite auf die Überwindung von kollektivem und individuellem Trauma auswirken. Der Leiter der Transcultural Psychosocial Organisation Dr. Chhim Sotheara machte deutlich, dass eine Aufarbeitung nur in offenen Gesellschaften, die kritische Debatten über die Vergangenheit und die Gegenwart zuließen, möglich sei. Seiner Theorie des Broken-Courage-Syndroms zufolge führen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer politischen Apathie in der Bevölkerung. Internationale Konferenzgäste berichteten aus ihren jeweiligen Ländern, wie zum Beispiel Dr. Rafal Pankowski von der Never Again Association, der vom Genozid an den polnischen Juden und der neuen antisemitischen Rechten in Polen sprach. Die kambodschanische Psychologin Sotheary Yim betonte die Möglichkeiten der Traumabehandlung mit Mitteln der Kunst. Die Konferenz war eine Kooperation mit dem Meta House Kulturzentrum und First Step Cambodia.

↗ Konferenzreader: «Dealing with the Past: Aspects of Trauma and Healing»:

www.kh.boell.org

Frauen- und LGBTI-Rechte stärken

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört auch, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung und Identität verfolgt wird. Doch in vielen Ländern geschieht genau das. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen arbeiten wir daran, dass sich das ändert. Unser wichtigstes Ziel ist es, Frauenrechte zu stärken und Gesetzesinitiativen zum Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*- und Inter*-Menschen (LGBTI) weltweit voranzubringen.



Überlebensgroßes Porträt der nigerianischen Feministin Funmilayo Ransome-Kuti an der Außenwand unseres Büros in Senegal

Der Platz der Frau in der Gesellschaft in Senegal – Ausstellung ↗

Am 2. Mai 2018 eröffneten wir mit der Ausstellung «I BE LADY O» unser neues Büro in Dakar. Die Ausstellung war Teil des Multimedia-Projekts «I BE LADY», kuratiert von Fatou Kiné Diouf und Fatou Kandé Senghor. Zehn junge Künstlerinnen hatten sich zehn Tage lang mit dem Thema «Als Frau das Wort ergreifen» auseinandergesetzt. Der Titel der Ausstellung ist inspiriert vom Song «Lady» des bekannten nigerianischen Musikers Fela Kuti, dessen Mutter Funmilayo Ransome-Kuti (1900–1978) eine engagierte Frauenrechtlerin war. Die Ausstellung wurde im Rahmen der Dakarer Kunstbiennale «DAK'ART» gezeigt und zog innerhalb eines Monats 500 Besucher/innen an. Bis heute schmückt ein Teil der Werke die Außenwände unseres Büros. So begrüßt ein überlebensgroßes Porträt von Funmilayo Ransome-Kuti jede/n Besucher/in direkt über dem Eingang.

My Feminism is Intersectional – Symposium

Patriarchal, traditionalistisch und homophob – so nehmen viele Feministinnen aus dem Westen den afrikani-

schen Kontinent wahr. Homosexualität sei «un-afrikanisch», behaupten politische Führungspersonen in vielen afrikanischen Ländern und attackieren LGBTIQ*-Personen. Afrikas eigene Geschichte der sexuellen Vielfalt wird indes von beiden Seiten weitgehend ignoriert. Auf einem Symposium im Juni in Berlin diskutierten Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen u. a. über transkontinentalen Feminismus, die Diversität sexueller Identitäten in Afrika sowie über die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Afrika und Europa im Kampf um gleiche Rechte für LGBTIQ*-Personen. Fast zeitgleich eröffnete die Stiftung in Kooperation mit der Galerie alpha nova & galerie futura die Doppelausstellung «Queering the Gaze» mit Fotografien der südafrikanischen Foto-Ikone Zanele Muholi und des Nachwuchsphotografen Mikael Owunna. Gezeigt wurden Porträts queerer Afrikaner/innen auf dem afrikanischen Kontinent und in der Diaspora.

Building a feminist Internet – feministische Netzpolitik in der Praxis ↗

Das Internet und die dazugehörige Technologie sind Spiegel der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen. Inklusion bleibt die Ausnahme und

↗ **Multimedialprojekt «I BE LADY O»:**
<https://ibeladyoartresidencies.wordpress.com/>

↗ **Audio-Mitschnitte und Podcast:**
www.gwi-boell.de/de/building-feminist-internet

Hassreden – insbesondere gegen Frauen, Schwarze Frauen und People of Color – sind alltäglich, genauso wie Trans- und/oder Homophobie. Eine Konferenz des Gunda-Werner-Instituts im Juni hat Netzpolitik und Feminismus mit einer Mischung aus Theorie und Praxis zusammengebracht. Gerade die praktischen Vertiefungen der theoretischen Einführungen zu Algorithmen, Überwachung und Diversity in der Tech-Szene haben die jungen Besucher/innen begeistert. Mit der Konferenz wurde ein erster Schritt in den – aus feministischer Perspektive – vernachlässigten Bereich der Netzpolitik unternommen und deutlich gemacht, dass es sich lohnt für ein Internet zu kämpfen, das inklusiv, bezahlbar und vor allem nutzbar ist im Streit für ein gerechtes und gewaltfreies Miteinander.

Wir sind vernetzt | Estamos conectadas

#MeToo, #aufschrei, #MiPrimerAcoso – weltweit spielt das Internet eine immer bedeutendere Rolle für feministischen Aktivismus. So auch in Mexiko und Deutschland. Die multimediale Ausstellung «Wir sind vernetzt | Estamos conectadas» in Berlin gab einen Einblick in die virtuellen Räume von und für Frauen in beiden Ländern. Bekannte Aktivistinnen wie Anne Wizorek und Fiona Krakenbürger aus Deutschland sowie Estrella Soria und Eve Alcalá aus Mexiko stellten ihre Arbeit vor. Estrella Soria beispielsweise setzt sich insbesondere dafür ein, Opfer digitaler Gewalt zu unterstützen und Frauen im Alltag besser vor Datenklau, Erpressung oder der Entwendung ihrer privaten Fotos zu schützen.

«Sichtbar und aktiv – Haltung zeigen!» – ein Projekt des GWI

Feministische und gleichstellungspolitische Errungenschaften werden von rechtspopulistischen und christlich-fundamentalistischen Kräften zunehmend bekämpft. Das stellt auch Akteur/innen der politischen Bildungsarbeit, Journalist/innen oder emanzipatorisch

arbeitende Politiker/innen vor große Herausforderungen. Sie müssen eine Haltung dazu entwickeln, wie sie in ihrer täglichen Arbeit mit Menschen umgehen, die offen oder verdeckt antifeministisch, sexistisch, homophob und/oder rassistisch argumentieren, die Halbwahrheiten und Lügen verbreiten, die gegen «links-grün-ver-siffte Politik» hetzen oder Andersdenkende pauschal diffamieren. Das Projekt «Sichtbar und aktiv – Haltung zeigen!» setzte hier an und vermittelte Multiplikator/innen bundesweit in Workshops Gender-Wissen und methodische Kompetenzen für berufliche und alltägliche Situationen. Neben dem Trainingskonzept wurde ein Methodenhandbuch entwickelt, das für Trainer/innen der politischen Bildung hilfreiche Instrumente und Anregungen präsentiert.

Redewettbewerb gegen Sexismus in Paris

Mit Unterstützung unseres Pariser Büros veranstaltete die Fondation des Femmes im Juni einen Redewettbewerb gegen Sexismus. Der hochrangigen Jury gehörten u. a. die frühere Justizministerin Christiane Taubira und die in Frankreich sehr bekannten Schauspielerinnen Julie Gayet und Anna Mouglalis an. Im vollbesetzten Saal, wo weibliches Publikum klar dominierte, herrschte eine Stimmung wie bei einem Rockkonzert. Acht Kandidatinnen wetteiferten in 8-minütigen Beiträgen um die Gunst des Publikums. Sie redeten von permanenten sexuellen Belästigungen im öffentlichen Nahverkehr, von schlechterer Bezahlung, ungleichen Karrierechancen und dem Recht, über den eigenen Körper selbst zu entscheiden. Den Preis «Gisèle Halimi» – benannt nach der Bürgerrechtsaktivistin, Feministin und Anwältin, die mit Simone de Beauvoir für Gleichstellung und Frauenrechte gekämpft hatte – bekam am Ende Typhaine D mit ihrer Anklage der Feminizide.

Demokratie braucht Feminismus – jetzt erst recht! ↗

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt: Feminismen sind Teil grüner Bewegung und haben hier einen festen Platz. Wir fragen uns und andere, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussehen sollte und welche politischen Wege und Strategien uns dorthin bringen. Geschlechterdemokratie lebt von Auseinandersetzung und Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!»

www.gwi-berlin.de

Außen- und Sicherheitspolitik

Der asiatisch-pazifische Raum ist wie keine zweite Weltregion vom Aufstieg Chinas sowie dem möglichen Zurückweichen der Vereinigten Staaten herausgefordert. Diese Machtverschiebung hat dramatische Auswirkungen und wirft eine Reihe geostrategischer Fragen auf. Auf unseren Veranstaltungen suchen wir nach adäquaten Antworten auf diese Herausforderungen.



Berlin, Aupo 2018: Qi Zhou im Gespräch mit Victor Cha



Berlin, Aupo 2018: Mark Fitzpatrick

Konfliktzone Fernost – 19. Außenpolitische Jahrestagung

Das Jahr 2018 begann turbulent: US-Präsident Trump und der nordkoreanische Regierungschef Kim Jong-un überzogen sich gegenseitig mit wüsten Beschimpfungen und ließen die Befürchtung wachsen, es könnte bald zu einer größeren Eskalation rund um die koreanische Halbinsel kommen. Gleichzeitig erhöhten sich die Spannungen zwischen China, den USA und den ostasiatischen Anrainerstaaten hinsichtlich verschiedener Territorialansprüche im südchinesischen Meer. Auf diese komplexe Gemengelage in der ostasiatisch-pazifischen Region suchte unsere 19. Außenpolitische

Jahrestagung am 21. und 22. Juni nach Antworten und Orientierung. Dabei standen erstmals die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Schlüsselalliierte wie Japan, Südkorea und Australien im Vordergrund sowie die Frage, inwiefern das aufstrebende China in eine regelbasierte «indo-pazifische» Ordnung integrierbar sei. Prof. Rory Medcalf von der Australian National University warb für dieses Ordnungskonzept, an dem sich neben Japan, Australien und Indien auch Europa beteiligen sollte, um Chinas Aufstieg zur Weltmacht «einzufangen». Prof. Zhao Daojiong von der Beijing University war von diesem Konzept nicht überzeugt und stellte die Universalität seiner Regeln in Frage,

📌 Reader der Tagung:
<https://bit.ly/2VCjhMV>

während seine Kollegin Dr. Zhou Qi von der Tsinghua University in Peking grundsätzlich für einen friedlichen Aufstieg Chinas warb. Wie glaubwürdig so ein friedlicher Aufstieg sei, diskutierten aus grüner Perspektive Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europaparlaments, und Jürgen Trittin von der grünen Bundestagsfraktion. Die nukleare Bedrohung durch Nordkorea stand im Mittelpunkt vieler Diskussionen, ebenso die Frage, wie Japan oder Südkorea darauf reagieren könnten. Mark Fitzpatrick vom International Institute for Strategic Studies in Washington warnte vor einer drohenden Nuklearisierung Ostasiens, sollte Trump die US-Sicherheitsgarantien gegenüber Tokio und Seoul weiter schwächen.

Die Auftaktveranstaltung der Jahrestagung war öffentlich, die Fachkonferenz nur für geladene Gäste konzipiert. Ein abschließendes Dialogforum bot 20 Nachwuchsexpert/innen die Möglichkeit, die wichtigsten Erkenntnisse der Tagung mit Prof. Medcalf zu reflektieren.

Tödliche Algorithmen – eine neue Herausforderung für die Sicherheitspolitik ↗

Künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen sind moderne Glücksversprechen, die in einem rasenden Tempo verschiedenste Lebensbereiche durchdringen. Die Diffusion von KI in die Sphäre des Militärischen wirft aber eine Reihe kritischer Fragen auf und stellt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor neuartige ethische, völkerrechtliche und sicherheitspolitische Herausforderungen: Was bedeutet es, wenn moderne «intelligente» Waffensysteme ihre Ziele autonom auswählen und bekämpfen? Sind solche autonomen Waffensysteme, die rein softwaregesteuert über Leben und Tod entscheiden, noch mit der Würde des Menschen vereinbar? Können sie mit den Vorgaben des humanitären Völkerrechts in Einklang gebracht werden? Kann KI überhaupt komplexe Konfliktszenarien angemessen erfassen und rationale Entscheidungen treffen? Und riskieren wir ein Wettrennen von KI-verstärkten Waffensystemen? Diese Fragen diskutierten wir im Mai auf einer Fachkonferenz und einer anschließenden Podiumsdiskussion mit dem grünen Netzpolitiker Konstantin von Notz, der Netzaktivistin Lorena Jaume-Palasi von der NGO Algorithm Watch, dem stellvertretenden Referatsleiter für konventionelle Rüstungskontrolle des Auswärtigen Amtes John Reyels sowie Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr München, dem Leiter der Task Force on Disruptive Technologies and 21st Century Warfare der Stiftung. Diese Task Force hat 2018 einen Bericht mit Empfehlungen vorgelegt, wie klare Regeln für die militärische Nutzung Künstlicher Intelligenz etabliert und eine globale Ächtung auto-

nomer Waffensysteme – z. B. durch ein internationales Verbot – realisiert werden können.

My Nuclear Button is Bigger than yours – eine feministische Kritik der Atombombe ↗

Als der nordkoreanische Vorsitzende Kim Jong-un Anfang 2018 drohte, auf seinem Schreibtisch stünde immer ein Atomwaffenknopf, twitterte US-Präsident Donald Trump: «Mein Knopf ist größer und mächtiger und funktioniert!» Was als Parodie männlichen Dominanzgebarens begann, steigerte sich bald in eine handfeste geopolitische Krise, an deren Spitze Trump drohte, Nordkorea «vollständig zu zerstören», sollte Pjöngjang die USA angreifen. Wie nukleare Drohungen, nukleare Aufrüstung und gewisse Formen militanter Außenpolitik mit männlichen Rollenbildern korrelieren, erläuterte die Kanadierin Ray Acheson von der Women's International League for Peace and Freedom in einer Keynote bei einer Veranstaltung im Oktober in Berlin. Im Anschluss diskutierten Ines Kappert vom Gunda-Werner-Institut und Kristina Lunn vom Berliner Centre for Feminist Foreign Policy mit Ray Acheson, wie sich tradierte Geschlechterrollen auf Frieden und Sicherheit auswirken und welche Fehlentwicklungen auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass Frauen in nationalen und internationalen Gremien der Außen- und Sicherheitspolitik nach wie vor stark unterrepräsentiert sind.

Das transatlantische Verhältnis unter Donald Trump

Für Europas friedliche Entwicklung und politische Integration der letzten Jahrzehnte waren die guten Beziehungen zu den USA von entscheidender Bedeutung. Unter Trump hat sich das transatlantische Verhältnis dramatisch verschlechtert. Er behandelt die Europäische Union als geopolitischen Gegner. Die US-Regierung und die EU steuern in zentralen politischen Fragen in entgegengesetzte Richtungen. Das betrifft die Bedeutung multilateraler Institutionen und Verträge, die Bewahrung einer freien Welthandelsordnung und den Stellenwert von Menschenrechten und demokratischer Verfasstheit. Insbesondere die Themen, die für uns wichtig sind, stehen im Zentrum der parteipolitischen Auseinandersetzung in den USA – von der Klimapolitik über die Migrationspolitik bis zur Geschlechterpolitik. Unser Büro in Washington hat daher seine Anstrengungen verstärkt, mit Partner/innen jenseits der US-Bundesregierung zusammenzuarbeiten. Das Büro sucht das Gespräch mit dem Kongress, mit der Zivilgesellschaft, mit regionalen Universitäten und mit politischen Akteuren auf lokaler und Bundesstaatsebene und hofft so, die transatlantische Werte- und Interessengemeinschaft weitmöglichst zu erhalten und zu revitalisieren.

Kunst und Kultur

Kunst kann Motor des gesellschaftlichen Wandels sein, Mittel des Widerstands und ein fester Teil sozialer und politischer Bewegungen. Kunst schärft die Wahrnehmung, trainiert die Intuition und inspiriert zu kreativer Einmischung. Wir fördern daher Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung.



Deutsch-Israelische Literaturtage: Mira Magén Foto: Bodo Gierga



Deutsch-Israelische Literaturtage: Clemens Meyer Foto: Bodo Gierga

Deutsch-Israelische Literaturtage 2018 – «Fair enough? Was ist gerecht?»

Ungleichheit in der Gesellschaft ist keine Neuigkeit – aber auch keine Selbstverständlichkeit. Was hindert uns daran, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten? Darüber diskutierten neun israelische und deutsche Autor/innen bei den Deutsch-Israelischen Literaturtagen im April in Berlin. Eröffnet wurden diese mit einer Lesung der israelischen Autorin Mira Magén und des Leipziger Schriftstellers Clemens Meyer. In ihren Texten und dem anschließenden Gespräch ging es um die literarische Umsetzung von Fragen der Gerechtigkeit, von Rand und Mitte und darum, wie viel Voyeurismus oder Nähe zu den eigenen Figuren möglich und nötig ist. Außerdem mit dabei waren Yiftach Ashkenazy, Liran Atzmor, Fatma Aydemir, Nicol Ljubić, Amichai Shalev, Takis Würger und Sarit Yishai-Lev. Zwei der israelischen Gäste brachten in Deutschland unveröffentlichte Texte mit: Yiftach Ashkenazy las aus «Fulfillment» (2014) und Amichai Shalev aus seinem zweiten Roman «Splendid Isolation» (2015). Beide waren in Israel Bestseller, bisher aber noch nicht auf Deutsch erschienen. Der Produzent Liran Atzmor zeigte die TV-Serie «Defense Files» als Deutschland-Premiere. Die Deutsch-Israelischen Literaturtage sind eine Kooperation von Goethe-Institut und Heinrich-Böll-Stiftung.

Weiter Schreiben. Ein Portal für Literatur und Musik aus Krisengebieten ✈

Autorinnen und Autoren aus Krisengebieten wünschen sich vor allem eines: weiterschreiben. Seit Mai 2017 bietet das Onlineportal «Weiter Schreiben» dazu die Gelegenheit. Das Projekt basiert auf drei Säulen: Empowerment geflüchteter Autor/innen, Erzählen von Geschichten, die Stereotypen von «Flüchtlingen» und «Arabern» entgegenlaufen, und Aufbau von Strukturen im Kulturbetrieb, die arabischsprachige Literatur nachhaltig fördern. Die geflüchteten Autor/innen arbeiten jeweils in Tandems mit deutschsprachigen Autor/innen an ihren Texten und Übersetzungen. Mittlerweile gibt es bereits 19 «Paare». 2018 waren Autor/innen von «Weiter Schreiben» bei vielen Literaturveranstaltungen und -festivals zu Gast. Eine Anthologie erschien im Herbst unter dem Titel «Das Herz verlässt keinen Ort, an dem es hängt» im Ullstein-Verlag. Einige Autor/innen konnten bereits Stipendien ergattern, darunter das renommierte «Torschreiber»-Stipendium, das an Galal Alahmadi (Yemen) ging. «Weiter Schreiben» ist ein Projekt der Initiative WIR MACHEN DAS sowie des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung. Für die nächsten drei Jahre wird u. a. der Deutsche Übersetzerfonds den Großteil der Finanzierung von «Weiter Schreiben» übernehmen. Damit ist das Projekt so gut wie institutionalisiert!

✈ Publikation, Podcast und Videos:

www.weiterschreiben.jetzt

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler kritische Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Oft geraten sie dadurch ins Visier der Machthabenden, werden bedroht, verfolgt und müssen ihr Land verlassen. Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e. V. ermöglichen wir Künstler/innen und Schriftsteller/innen, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen.



Osamah Al-Dhari Foto: privat

Unsere Gäste 2018

Osamah Al-Dhari, Schriftsteller und Lyriker aus dem Jemen (Jahrgang 1983), veröffentlichte 2007 eine Sammlung seiner Poesie unter dem Titel «Crossing distances». Seine Texte und Lyrik wurden in verschiedenen Zeitschriften und auf Websites publiziert. Al-Dhari war Gast auf mehreren Poesie- und Kulturfestivals in der arabischen Welt. Er war Redakteur der Ashkal Cultural Website – Previously und Chefherausgeber der *Democracy Newspaper* im Jemen.

Maryam Diyathim, Schriftstellerin aus Saudi-Arabien (Jahrgang 1982), kam gemeinsam mit ihrem Ehemann Osama Al-Dhari und ihren beiden Kindern in das Heinrich-Böll-Haus. Sie arbeitete als Nachrichtenanalytikerin und Autorin für den Saudi Cultural Channel und schrieb zudem für Talkshows des Golfsenders Rotana. Sie veröffentlichte Artikel und Literaturkritiken in verschiedenen arabischen und saudi-arabischen Zeitschriften wie *Ahlan wa Sahlan*, *Alwatan Newspaper* und für die Kulturredaktion von Al Jazeera News. In Ägypten erschienen von ihr zwei Lyrikbände.

Rabab Haidar, Schriftstellerin und Übersetzerin aus Damaskus/Syrien (Jahrgang 1977), schreibt als Kolumnistin für verschiedene Zeitungen und Magazine. Ihr

erster Roman «Land des Granatapfels» erschien 2012. Ihr zweiter Roman «Hasenloch» handelt von der Revolution, von Feminismus und von Minderheiten. Er konnte noch nicht veröffentlicht werden. Rabab Haidar ist Mitglied des Syrian Women's Network. Seit 2017 macht sie mit bei «Weiter Schreiben» und arbeitet im Tandem mit der Schriftstellerin Ulla Lenze.

Bereits im Jahresbericht 2017 wurden vorgestellt: Prithu Sanyal, Rahim Hessawi und Mohammad Mallak.

Hinweis

Sie können das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich durch die Übernahme einer Patenschaft unterstützen.

Mit Ihrer Hilfe können wir Schriftsteller/innen und Künstler/innen zu uns einladen.

I Ulrike Cichon E cichon@boell.de

! Bewerbungen für Stipendien an:

Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln
E reckhaus@boell.de

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d. h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.



Jubiläumsveranstaltung «Medienvielfalt, anders» (v. l. n. r.): Cem-Odos Güler, Prof. Dr. Margreth Lünenborg, Minou Amir-Sehhi, Ebru Tasdemir, Peter Unfried, Mekonnen Mesghena Foto: Bodo Gierga

Wer wird gefördert?

Unter den 2.228 Bewerbungen, die uns zum 1. März und 1. September 2018 erreichten, wählte das Studienwerk 317 Stipendiat/innen in einem dreistufigen Auswahlverfahren aus. Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 1.307 Personen, davon 1.066 Studierende und 241 Promovierende, unter ihnen auch einige Postdocs. Bestimmte Zielgruppen haben wir besonders im Blick: 61 % der Geförderten sind Frauen; 11 % der Geförderten studieren an Fachhochschulen, Kunst- oder Musikhochschulen und 26 % der Studienstipendiat/innen belegen MINT-Fächer (davon sind 55 % Frauen). Zudem fördern wir 23 % aller Promotionsstipendiat/innen in MINT-Fächern (davon sind 59 % Frauen).

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1.212 Stipendiat/innen unter-

stützt werden, davon 207 Promovierende. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 27 % eine Migrationsgeschichte und 38 % sind Erstakademiker/innen.

Über Mittel des Auswärtigen Amtes konnten 98 internationale Stipendiat/innen (aus Herkunftsregionen außerhalb der EU) in Deutschland gefördert werden, darunter 32 Promovierende und Postdocs. Unsere regionalen Förderschwerpunkte sind Mittel- und Osteuropa, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und die MENA-Region (hier vor allem Syrien, Ägypten, Libanon, Jordanien, Marokko und Tunesien). Die größten Gruppen internationaler Stipendiat/innen (nach Staatsangehörigkeit) kommen aus Syrien (40), aus der Türkei (13), aus Russland (11), aus Ägypten (7) und aus der Ukraine (5).

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Mit unserem Veranstaltungsprogramm, dem Herzstück der ideellen Förderung, regen wir zur politischen Debatte an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, befähigen zum interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und unterstützen das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Selbstorganisation und selbstständiges Denken zu fördern sowie Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns ein besonderes Anliegen; das Veranstaltungsprogramm wird für und mit unseren Stipendiat/innen konzipiert. Wir orientieren uns dabei an dem Konzept «Bildung für nachhaltige Entwicklung» – BNE.

Die regelmäßige Beratung zur Studienplanung oder zur Berufsorientierung sowie Unterstützungs- und Vernetzungsangebote gehören ebenfalls zur ideellen Förderung. Unterstützung beim Berufseinstieg bietet insbesondere unser Programm «Grün vernetzt»: Mentor/innen beraten Studierende und Promovierende in der Abschlussphase sowie junge Alumni darin, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln und klarer ihre Ziele anzugehen. Mentor/innen sind vor allem Alumni, aber auch Mitarbeiter/innen der Stiftung und andere Personen aus dem Stiftungsumfeld.

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2018

Aktuelle Schwerpunktthemen der Stiftung finden sich entsprechend im Veranstaltungsprogramm für Stipendiat/innen. Dazu gehörten 2018 u. a. die Zukunft der Demokratie, 70 Jahre Menschenrechte, Rechtspopulismus und Hate Speech.

Eigenverantwortlich organisierte Arbeitsgruppen von Stipendiat/innen 2018:

- AG Digitaler Wandel
- AG Gender und Feminismus
- AG GrünGründen
- AG Kunst und Transformation
- AG Postsozialistischer Raum (NEU)
- AG Quo vadis, EU? (NEU)
- AG Theorie – Gesellschaft – Politik
- AG Wirtschaftspolitik

«Medienvielfalt, anders»: Im Jahr 2018 feierte das Studienstipendienprogramm «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus» sein 10-jähriges Bestehen. Was zunächst mit einer Kooperation mit der *taz* begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einem umfangreichen Programm mit mehreren renommierten Partnern entwickelt: Neben der

taz beteiligen sich der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), die Deutsche Welle Akademie, *sueddeutsche.de*, *Der Tagesspiegel* und neuerdings auch *Zeit online* mit Praktika, Veranstaltungsangeboten und der Möglichkeit von Redaktionsbesuchen an dem Qualifizierungsprogramm. Bei der Jubiläumsveranstaltung am 22. März diskutierten u. a. ehemalige und aktuelle Stipendiat/innen mit Medienvertreter/innen über politische Rahmenbedingungen für Diversity-Programme und Karriereaussichten für Nachwuchsjournalist/innen. Vier unserer Medienvielfalt-Alumni, die bereits erfolgreich in Redaktionen Fuß gefasst haben, vermittelten Eindrücke aus ihrem Redaktions- und Berufsalltag.

Sommerakademie «Campus»: Die Sommerakademie, einer der Höhepunkte im Veranstaltungsprogramm, fand vom 14. bis 17. August 2018 in Bad Bevensen statt. Rund 140 Teilnehmende diskutierten mit unserem Vorstand Dr. Ellen Ueberschär und der Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Tine Stein über die «Zukunft der demokratischen Institutionen, über Parteiendemokratie und den Parlamentarismus». Beim Eröffnungskonzert in der Klosterkirche Medingen führten die Stipendiat/innen Mathilde Salzmann (Oboe), Leh-Qiao Liao (Klavier) und Ben Wasiljew (Klavier) das Publikum durch vier Jahrhunderte Musikgeschichte, beginnend mit dem legendären Stück «4'33» von John Cage. Fortgesetzt wurde die Woche mit Seminaren zum Schwerpunktthema und zahlreichen Workshops zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen.

Promovierendenforum: Beim Forum 2018 ging es um die verschiedenen Formen des Wissens und die Bedingungen von Erkenntnis und Wissen. Wie kann sich die Wissenschaft gegen populistische Angriffe zur Wehr setzen? Welche Rolle spielen die sozialen Medien bei der Verbreitung von Fake News? Muss die Wissenschaft ihren Anspruch auf Objektivität einbüßen, weil es so etwas wie für immer geltende universelle Wahrheiten gar nicht gibt? Das Weltcafé bot die Gelegenheit, diese und weitere Fragen rege zu diskutieren. Prof. Dr. Volker Gerhardt betonte in seinem Vortrag die Pluralität der Wahrheit(en) und warnte gleichzeitig vor der Relativierung der Wahrheit.

Forschungscluster zur «Transformationsforschung»:

Hier arbeiten rund 30 Promovierende aus verschiedenen Fächern zu Nachhaltigkeitsthemen und werden dabei unter der Leitung des Studienwerks von mehreren Kooperationspartnern wie dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, dem Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Alumni der Heinrich-Böll-Stiftung



Foto: Sabine Arndt



Foto: Jan Konitzki

Dr. Franziska Brantner (gefördert 2004 bis 2007) absolvierte ihr Doppeldiplomstudium mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen in New York und Paris. 2010 promovierte sie mit einer Arbeit über die Reformfähigkeit der Vereinten Nationen. Im Juni 2009 wurde sie ins Europaparlament gewählt und war außenpolitische Sprecherin der Fraktion Greens/EFA. Seit 2013 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags und aktuell Sprecherin für Europapolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Obfrau im Europa-Ausschuss und parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion.

Dr. Peggy Mädler (gefördert 2004 bis 2007) hat Theater-, Erziehungs- und Kulturwissenschaften in Berlin studiert und 2008 über das Thema «Inszenierung von Arbeit und Geschlecht in Theatertexten der DDR» promoviert. Sie arbeitet als freischaffende Autorin, Dozentin und Dramaturgin, u. a. mit dem Performancekollektiv She She Pop. Sie ist Mitbegründerin des Landesverbandes freie darstellende Künste Berlin. Im Februar 2019 erschien ihr zweiter Roman «Wohin wir gehen» bei Galiani Berlin.

und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin unterstützt.

Studienreise: Anlässlich des 70. Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte führte das Studienwerk eine einwöchige Studienreise nach Nürnberg, der «Stadt des Friedens und der Menschenrechte», durch. Auf dem Programm standen u. a. ein Besuch des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und eine Führung durch die «Straße der Menschenrechte», ein begehbares Kunstwerk des israelischen Künstlers Dani Karavan. Treffen mit Vertreter/innen verschiedener Institutionen wie z. B. mit Dr. Viviane Dittrich, einer ehemaligen Stipendiatin und heute stellvertretender Direktorin der Internationalen Akademie Nürnberger Prinzipien, boten die Gelegenheit, über aktuelle Menschenrechtsfragen zu diskutieren. Den Abschluss der Reise bildete eine

Diskussionsrunde mit der grünen Landtagsabgeordneten Verena Osgyan über Themen wie Erinnerungskultur, die NSU-Verbrechen und deren Aufarbeitung, Frauenrechte und die bevorstehenden Landtagswahlen.

Alumni-Salon: Auch der jährlich stattfindende Alumni-Salon beschäftigte sich mit den Menschenrechten. Rund 170 Alumni aus Wissenschaft und Politik, deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen diskutierten die aktuelle Lage der Menschenrechte, das Erodieren internationaler Normen und die Einschränkung von Rechtsstaatlichkeit in vielen Ländern. Sie analysierten, warum und wo weltweit Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft weiter eingengt werden, welche Folgen dies für die Demokratie und für gesellschaftliches Engagement hat und welche Gegenstrategien es gibt bzw. geben könnte.

«Wissenschaftler/innen im Exil» – Kurzzeitstipendien für (Nachwuchs-)Wissenschaftler/innen

Seit 2017 unterstützt das Studienwerk politisch verfolgte Wissenschaftler/innen mit Kurzzeitstipendien (drei bis sechs Monate) in Deutschland. Zunächst für Doktorand/innen und Postdocs aus der Türkei entwickelt, wurde das Programm inzwischen auf Studierende und auf Nachwuchsakademiker/innen aus anderen Weltregionen – Afghanistan, Ägypten – ausgeweitet. Im letzten Jahr konnten fünf Promovierende, zwei Postdocs und eine Studierende gefördert werden.

GreenCampus – Politik erfolgreich machen!

Wir machen Qualifizierungsangebote für Gestalter/innen in der Politik: von ehrenamtlich Aktiven bis zu Profis und von der kommunalen bis zur Bundesebene. Unter dem Dach von GreenCampus vereinen wir dazu die verschiedensten Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen: vom Politikmanagement-Zertifikat vor Ort über Podcasting-Workshops in Berlin bis hin zur Onlineplattform KommunalWiki und Webinaren. GreenCampus verantwortet zudem das interne Weiterbildungsprogramm der Stiftung. ↗



Bei unseren 2018 entwickelten Webinaren geht es vor allem um Konfliktthemen, Dialog- und Argumentationsfähigkeit Grafik: Bente Schipp

Als politische Stiftung unterstützen wir Menschen, die im Netz Debatten führen. Ausgebaut und weiter verbessert haben wir aufgrund der hohen Nachfrage unser Format «Hate Speech widersprechen». Es wurde um das Thema «Antifeminismus online entgegentreten» erweitert. Darüber hinaus bieten wir regelmäßig Webinare zu «Konflikte klären mit Gewaltfreier Kommunikation» und «Konflikte erkennen und einordnen» an.

Zusammen mit der Green European Foundation entwickelten wir 2018 einen Onlinekurs gegen Hate Speech. Er richtet sich unabhängig von einem festen Seminarort oder festen Zeiten an Selbstlernende. Denn die Bedeu-

tung von sozialen Medien für die gesellschaftliche Auseinandersetzung nimmt zu. Je stärker dort politische Themen ausgehandelt werden, desto wichtiger wird die Kompetenz, sachlich diskutieren zu können. Hass und Menschenverachtung haben im Netz Konjunktur – und drohen zunehmend zur Einschränkung für politisches Engagement und damit zur Gefahr für die Demokratie zu werden. Umso wichtiger ist es, in unterschiedlichen Onlinesituationen Farbe zu bekennen und einseitiger Demagogie den Raum streitig zu machen. Online zu argumentieren ist somit kein «Sofa-Aktivismus» mehr, sondern eine ernstzunehmende Herausforderung für die Zivilgesellschaft.

↗ Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter:

www.greencampus.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



Archivar Robert Camp erklärt die Arbeit des Archivs Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Überlieferung sichern

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat im Jahr 2018 knapp 30 Bestände und Teilbestände übernommen. Hervorzuheben sind hierbei die Nachlässe der grünen Politiker Helmut Lippelt und Roland Vogt. Auch der Nachlass von Petra Kelly wurde – nachdem er sich bereits viele Jahre im Archiv Grünes Gedächtnis als Depositum befand – nun dauerhaft in das Eigentum der Stiftung überführt.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis steht allen Interessierten offen. Am Beginn einer wissenschaftlichen Recherche steht in der Regel eine erste telefonische oder schriftliche Kontaktaufnahme. Im Jahr 2018 bearbeitete das Archiv rund 200 qualifizierte Anfragen. Für die eigenständige Recherche sind Archivalien und Bibliotheksgut im Lesesaal einsehbar. Hiervon machten Nutzer/innen auf allen Qualifizierungsniveaus Gebrauch – von der schulischen Facharbeit bis zur Dissertation. Dabei wurden sie fachlich vom Archivteam betreut.

Archivarbeit begreiflich machen

Ein wichtiger Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit sind Archivführungen. Rund 150 Menschen erhielten im vergangenen Jahr einen Blick hinter die Kulissen und lernten die Aufgaben und Tätigkeiten des Archivs Grünes Gedächtnis kennen. Um die Besonderheiten

eines Archivs einer politischen Stiftung ging es auch in Workshops, die mit Nachwuchskräften in der Archivausbildung der FH Potsdam und der Archivschule Marburg durchgeführt wurden.

Grüne Geschichte zum Thema machen ✂

Das Archiv Grünes Gedächtnis führt seit vielen Jahren Projekte zur Oral History durch. Acht Interviews mit Vertreter/innen der «Gründungsgeneration der Grünen» veröffentlichten wir in einem gleichnamigen Band, um sie einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Die methodischen und quellenkritischen Aspekte von Zeitzeug/innen-Interviews behandelten wir in der Tagungspublikation «Experiences in Oral History».

Wissen im Archivteam transferieren

Das Jahr 2018 war durch personelle Umbrüche und das intensive Bemühen um einen nachhaltigen Wissenstransfer geprägt. Zu Beginn des Jahres übernahm Wiebke Winkler die Leitung des Archivs. Im Herbst 2018 wurde Robert Camp als langjähriger Mitarbeiter in den Ruhestand verabschiedet. Sein reichhaltiges Wissen gab er an seine Kolleginnen und Kollegen weiter.

Öffnungszeiten des Lesesaals des Archivs:

Montag, Freitag	10–15 h
Dienstag, Mittwoch	10–17 h
Donnerstag	geschlossen

✂ Zeitzeugeninterviews:

www.boell.de/de/interviews-mit-zeitzeuginnen-der-gruenen

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Friedensfilmpreis und der Anne-Klein-Frauenpreis sowie alle zwei Jahre der Petra-Kelly-Preis. Dieser wurde 2018 jedoch nicht vergeben.



Anne-Klein-Frauenpreis: Mayerlis Angarita Robles und Jineth Bedoya Lima



Friedensfilmpreis: Alमुdena Carracedo, Matthias Coers und Peter Steudtner Foto: Bodo Gierga

Anne-Klein-Frauenpreis 2018 an Jineth Bedoya Lima und Mayerlis Angarita Robles, Kolumbien ↗

Die Jury ehrte mit Jineth Bedoya Lima und Mayerlis Angarita Robles zwei Frauen, die sich unabhängig voneinander für die Rechte von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten, gegen den Einsatz struktureller sexueller Gewalt gegen Frauen und für Frieden und Aufarbeitung in Kolumbien einsetzen. Beide engagieren sich auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für die Rechte und die Partizipation der Frauen ihres Heimatlandes und damit stellvertretend für alle Frauen weltweit. Der Anne-Klein-Frauenpreis wurde zum 7. Mal verliehen und ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Laudatio hielt Tom Koenigs, Sonderbeauftragter des deutschen Außenministers für den Friedensprozess in Kolumbien.

Friedensfilmpreis an den Dokumentarfilm «The Silence of Others»

Der Friedensfilmpreis der 68. Berlinale würdigte den Film «The Silence of Others» von Alमुdena Carracedo und Robert Bahar. Der Film begleitet eine kleine Gruppe von Opfern und Überlebenden des Franco-Regimes und ihren Anwält/innen, die sich auf den Weg machen, durch Aufarbeitung das staatlich verordnete und von der breiten Gesellschaft akzeptierte Vergessen zu durchbrechen. Intelligent montiert und in symbolhafter Bildsprache zeichnet der Film ein Abbild einer noch immer zwischen Vergessen und Vergangenheitsbewältigung tief gespaltenen Gesellschaft. Der Preis ist mit 5.000 Euro und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert.

↗ Anne-Klein-Frauenpreis:

www.boell.de/annekleinfrauenpreis

Hannah-Arendt-Preis an Ann Pettifor

Die Ökonomin Ann Pettifor wurde bekannt durch ihre führende Rolle in der Jubilee 2000-Kampagne, die dazu führte, dass 35 Entwicklungsländern Schulden in einer Gesamthöhe von rund 100 Milliarden US-Dollar erlassen wurden. Bei den Expert/innen der Finanzwelt hat sie sich Respekt dadurch verschafft, dass sie die Finanzkrise ab 2007 sehr präzise vorhergesagt hatte. Im Fokus ihrer Kritik steht ein sich verselbstständigender globaler Finanzsektor, der abseits der Öffentlichkeit und somit außerhalb politischer Einflussnahmen und demokratischer Kontrollen agiert. Sie plädiert allerdings nicht für eine staatlich-zentralistische Kontrolle und Verwaltung der Geldmenge. Stattdessen geht es ihr um die Wiedergewinnung und Stärkung politisch-demokratischen Handelns. Der Hannah-Arendt-Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird von der Stadt Bremen, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e. V. vergeben.

BigBrotherAwards 2018 ↗

Die BigBrotherAwards prämiieren Datensünder in Wirtschaft und Politik für fragwürdige Praktiken beim Umgang mit persönlichen Daten. In Deutschland werden sie organisiert und ausgerichtet von der Initiative Digitalcourage. Wir unterstützen dieses Projekt, wie u. a. auch der Chaos Computer Club und die Deutsche Vereinigung für Datenschutz. Den Preis bekamen 2018 u. a. Microsoft Deutschland (für Technik), Amazon Alexa (für Verbraucherschutz) und die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag (für ihr geplantes neues Verfassungsschutzgesetz).

↗ BigBrotherAwards:

<https://bigbrotherawards.de/>

Stiftungsmanagement



Die Heinrich-Böll-Stiftung in der Schumannstraße 8 in Berlin Foto: Jan Bitter

10 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung in der Schumannstraße

Von Mitte nach Mitte – nunmehr 10 Jahre ist es her, dass wir von den Hackeschen Höfen in die Schumannstraße gezogen sind. Wir bezogen ein neues Büro- und Konferenzgebäude, das hohe gestalterische Qualität mit enormer Energieeffizienz verbindet. So wird zum Beispiel die von den Servern erzeugte Abwärme zum Heizen herangezogen. Für dieses Wärmekonzept sind wir 2008 mit dem Green CIO Award ausgezeichnet worden. Dass der Energieverbrauch des Hauses weit unter den üblichen Marken liegt, hat aber noch einen anderen Grund. Denn moderne Bürogebäude haben weniger ein Problem mit zu wenig als mit zu viel Wärme; mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs geht üblicherweise auf das Konto künstlicher Kühlung. Dieses Dilemma haben wir elegant gelöst: Wir kühlen schlicht und einfach durch Verdunstungskälte. Das Konzept hat sich bewährt. Jährlich begrüßen wir im Schnitt 300 Gäste zu Hausführungen zur Architektur und zum Energiekonzept.

Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Die Stiftung hat schon immer großen Wert auf Datenschutz gelegt. Die Einführung der neuen, europaweit geltenden Datenschutzbestimmungen haben wir nochmals zum Anlass genommen, unseren Umgang mit personenbezogenen Daten zu überprüfen, die neuen Vorgaben in den Arbeitsalltag zu integrieren und die Mitarbeitenden der Stiftung über die nun geltenden gesetzlichen Regelungen umfassend zu informieren. Unterstützt wurden wir dabei von unserem Datenschutzbeauftragten, der auch die besonderen Ansprüche unserer Stiftung im Blick hat. Darüber hinaus organisieren wir unser Kontakt- und Teilnehmenden-Management mit einer Open-Source-Software, welche die Erfordernisse des Datenschutzes technisch und organisatorisch umfassend berücksichtigt.

Wie verantwortungsvoll wir mit personenbezogenen Daten umgehen und wie wir die Sicherheit der uns überlassenen Informationen bestmöglich gewährleisten, können Sie in unserer Datenschutzerklärung unter www.boell.de/datenschutz nachlesen.

Erhöhung der IT-Sicherheit

Mit über 200 Mitarbeiter/innen in Deutschland und ca. 350 Mitarbeiter/innen in unseren weltweiten Büros ist IT-Sicherheit für uns ein essentielles Thema. In Deutschland sind Sicherheitsanforderungen für IT-Infrastruktur gesetzlich vorgeschrieben. Durch die unterschiedliche politische und rechtliche Lage an unseren internationalen Bürostandorten ist die Umsetzung deutscher Sicherheitsnormen eine Herausforderung. Hier müssen wir immer wieder kreative Lösungen finden, wie wir wirksam vor Ort arbeiten können und den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere für NGOs an den jeweiligen Standorten, entsprechen. 2018 haben wir die IT-Sicherheit der Stiftung überprüft und daraus neue Vorgaben für die Umsetzung eines IT-Sicherheitskonzeptes entwickelt.

Unsere neue Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung»

Die neue Gemeinschaftsaufgabe ist Leitlinie für unsere politische Bildungsarbeit im In- und Ausland und dient als Orientierung für die Unternehmenskultur in der Stiftung. Die Gemeinschaftsaufgabe fokussiert die Verwobenheit von Diskriminierungen aus einer intersektionalen Perspektive, wobei Gender eine zentrale Analysekategorie bleibt. Ihr Anliegen ist es, eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Der zugehörige Fachbeirat vereint vielfältige Kompetenzen aus unterschiedlichen Kontexten, Institutionen und Hintergründen. Er ist inhaltlicher Berater für die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe. Eine Stabsstelle steuert die Gemeinschaftsaufgabe in enger Absprache mit Vorstand und Geschäftsführung und erfüllt eine Brückenfunktion zwischen Stiftung, Fachbeirat und Gesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, gute Praktiken anderer Organisationen anwendbar zu machen und alle Mitarbeitenden bei der Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe einzubinden.

Wechsel in der Geschäftsführung: Steffen Heizmann ist ab März 2019 neuer Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung. Er folgt auf Dr. Livia Cotta.

Struktur des Vereins

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der Vorstand ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifende Programme und Projekte, die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit sowie die Kommunikationsstrategie.

Der Aufsichtsrat hat die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes inne. Er besteht aus neun Personen (die Mitgliederversammlung wählt aus ihren Reihen sieben, die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zwei Personen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die Geschäftsführung verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinnutzen wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde gegründet. Zuletzt förderte TuWas die Organisation Women Now For Development mit rund 30.000 €, um syrische Sozialarbeiterinnen für die Traumatherapie mit vertriebenen Frauen und Kindern zu qualifizieren. Gemeinsam können wir noch mehr bewirken, dafür benötigt TuWas weitere Zustiftungen und Spenden!

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert etc. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z. B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen

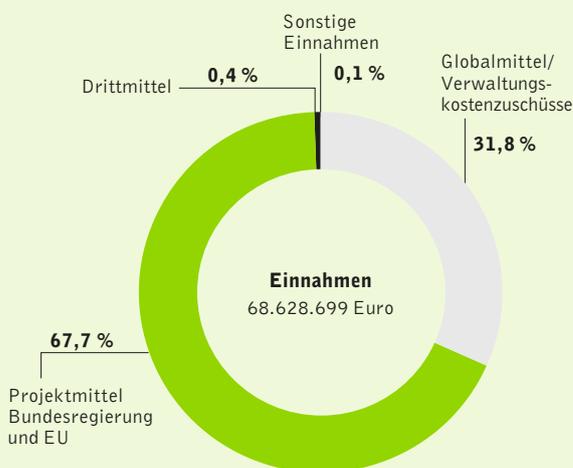
Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie Green Campus.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

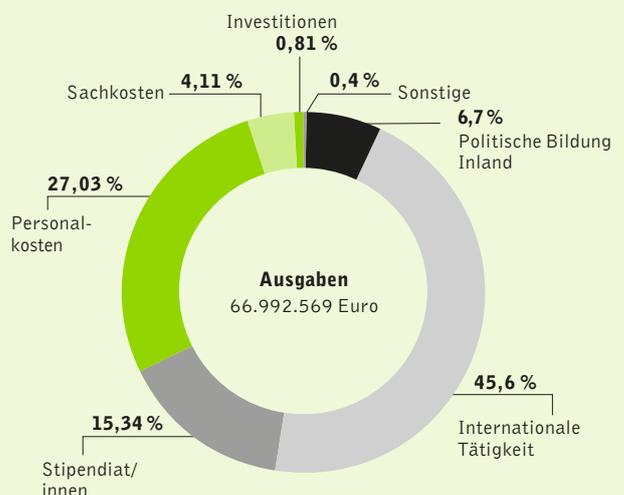
Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt und von lokalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft worden sind. Er wird voraussichtlich im September 2019 auf unserer Webseite veröffentlicht werden (www.boell.de/de/stiftung-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft).



Einnahmen 2018

Die Einnahmen der Stiftung betragen insgesamt ca. 68,6 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von ca. 8,5 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen aus Globalmitteln, aber auch auf zusätzliche Mittel für die internationale Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung in Deutschland zurückzuführen ist. Auch die Einnahmen aus Drittmitteln im internationalen Bereich entwickelten sich positiv, insbesondere für die Arbeit zum Klimawandel.



Ausgaben 2018

Etwa zwei Drittel der Ausgaben der Stiftung (ca. 45,2 Millionen Euro) flossen 2018 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf ca. 85 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter/innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben blieben nahezu konstant. Die Ausgaben für Investitionen und Sonderprojekte waren im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2018*

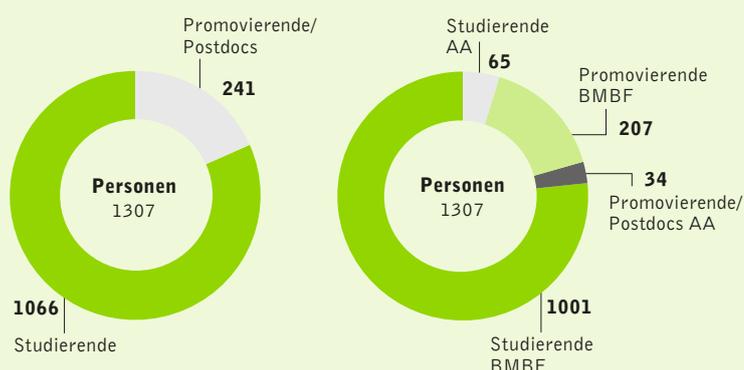
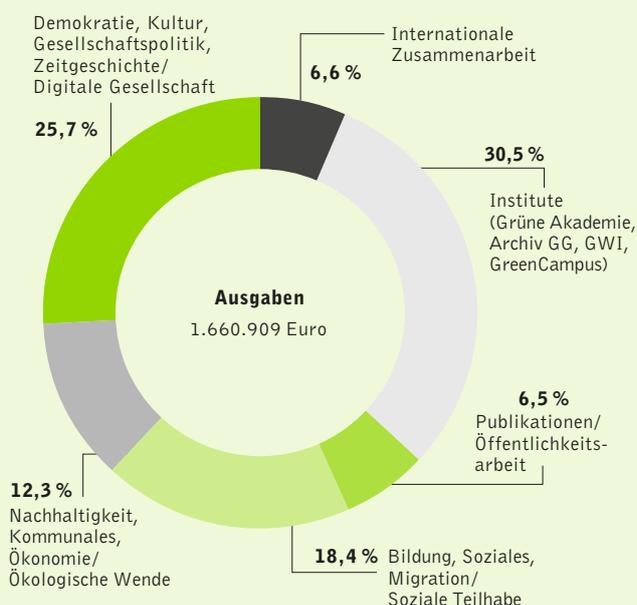
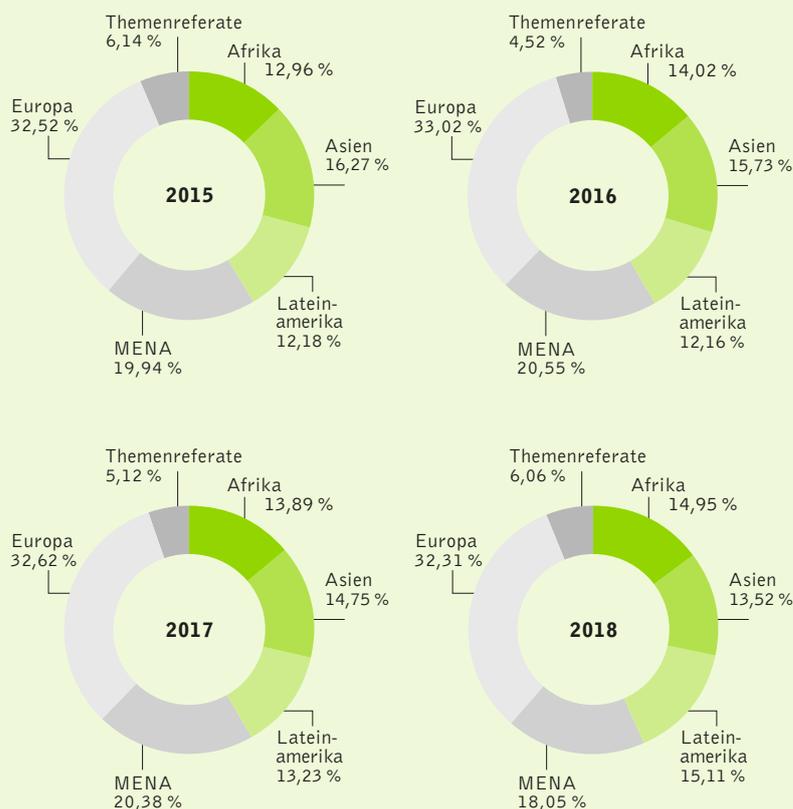
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 (Stand 5. März 2019, vorläufiges Ergebnis)

	2018	2017
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	21.795.533	20.081.593
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	36.374.325	33.248.781
BMZ	30.219.057	26.265.290
AA	5.784.747	5.483.541
EU	185.071	1.305.614
Sonstige/Drittmittel IZ	185.449	194.337
Studienwerk	10.275.562	9.694.833
BMBF	9.403.116	8.816.943
AA	850.355	856.326
Sonstige	22.091	21.564
Drittmittel Inland	133.043	115.662
Sonstiges	50.237	130.478
Summe der Einnahmen	68.628.699	63.271.348
Fachausgaben	1.660.909	1.727.264
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	2.736.476	2.421.981
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	30.359.793	26.321.528
Studienwerk	10.275.562	9.694.833
EU	185.071	1.109.216
Drittmittel	100.881	89.305
Personal (Gehälter inkl. ins Ausland entsendete Beschäftigte)	18.108.149	16.895.487
Sachausgaben	2.753.808	2.733.776
Investitionen	544.495	665.921
Sonstiges	267.424	402.813
Summe der Ausgaben	66.992.569	62.062.123
Jahresergebnis	1.636.130	1.209.225
Vereinseinnahmen	182.071	340.281
Vereinsausgaben	155.064	257.324
Vereinsergebnis	27.007	82.957

* alle Zahlen in Euro

** einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, AA: Auswärtiges Amt



Internationale Zusammenarbeit 2018

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit (IZ) betragen 2018 rund 36 Millionen Euro.

Im Jahr 2018 wurden im Vergleich zu 2017 ca. 3,6 Millionen Euro mehr Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für entwicklungswichtige Vorhaben weltweit eingesetzt. Das entspricht insgesamt ca. 28,1 Millionen Euro. Für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern wurden wie im Vorjahr über eine Million Euro verwendet.

Die Mittel der Sonderinitiative «Transformationspartnerschaften» und «Fluchtursachen bekämpfen» in Höhe von ca. 693.000 Euro gingen nach Marokko und Tunesien sowie in den Libanon und nach Jordanien. Im Rahmen der Sonderinitiative «Eine Welt ohne Hunger» wurden ca. 374.000 Euro in Kenia für Projekte zur Verfügung gestellt. Die Mittel für die Sonderinitiativen sind insgesamt um 275.000 Euro gestiegen.

2018 wurden EU-Mittel in Höhe von ca. 200.000 Euro für Projekte in Nahost und Nordafrika (MENA-Region) und in Südafrika verbucht.

Die Stiftung erhielt vom Auswärtigen Amt ca. 5,24 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben, ca. 271.000 Euro mehr als im Jahr 2017. Zusätzlich wurden der Stiftung Sondermittel vom Auswärtigen Amt gewährt: für Tunesien und Marokko insgesamt ca. 361.500 Euro und für Aktivitäten in Belarus ca. 180.500 Euro.

Politische Bildung Inland 2018

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 1.660.909 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem wurden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2018 rund 2,73 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

Stipendien und Projektmittel des Studienwerks nach Mittelgebern 2018

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2018 konnten insgesamt 1.307 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 1.066 Studierende und 241 Promovierende. 324 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2018 neu in die Förderung aufgenommen werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2018 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung 268 Mitarbeiter/innen. Davon waren 71 Prozent Frauen. In unseren internationalen Büros werden die 36 entsendeten Mitarbeiter/innen (davon 53 % Frauen) von ca. 250 Ortskräften unterstützt. Überwiegend wird in Vollzeit gearbeitet. Die Diversität unserer Beschäftigten ist uns wichtig, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung. Wir bieten ca. 10 Praktikumsplätze pro Jahr nach den Regelungen der «Praktikantenrichtlinie Bund» und ermöglichen studentische Beschäftigung.

Privatleben und Beruf

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik, sei es zur Wahrnehmung von Auszeiten, beispielsweise für Projektarbeit, für Pflegezeiten oder für die Aufgaben als Eltern. Über oft flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitszeit werden individuelle Lösungen möglich. 47 Prozent unserer Beschäftigten arbeiten in Teilzeit. An ca. 70 Telearbeitsplätzen kann einmal wöchentlich im Homeoffice gearbeitet werden. Wir bieten Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Prävention sowie sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze. Soweit dies nicht mit den betrieblichen Belangen kollidiert, fördert die Stiftung bezüglich der Vereinbarkeit größtmögliche Berücksichtigung der individuellen Interessen von Mitarbeiter/innen. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 123 Bildungsurlaubstage nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz gewährt.

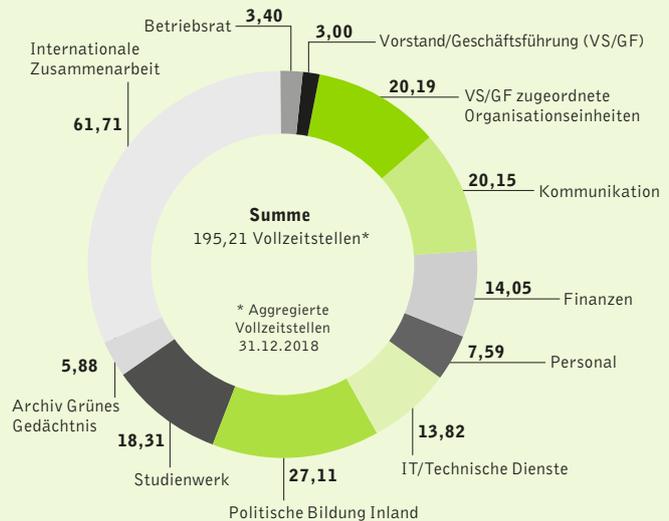
Lebensphasenorientierte Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich am strategischen Bedarf der Stiftung; die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Mitarbeiter/innen werden – wo immer möglich – bei der Planung berücksichtigt. Maßnahmen und Instrumente der Personalentwicklung dienen der Auswahl, der Qualifizierung und der Weiterentwicklung von Mitarbeiter/innen und Führungskräften, ihrer Förderung und dem Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Wir verstehen dabei unter Personalentwicklung nicht nur das Ermöglichen von Arbeitstätigkeit unter den unterschiedlichen Voraussetzungen der jeweiligen Lebensphase, sondern auch die Förderung von Höherqualifizierung und die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erlangung von höherwertigen Stellen. Wir schaffen dabei so weit wie möglich Rahmenbedingungen, die ihnen in jeder Lebensphase das bestmögliche Arbeiten in der Stiftung erlauben. Wir bieten Freistellungen, Teilzeitarbeit während Eltern- oder Pflegezeiten und die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, wenn gesundheitliche Gründe vorliegen.

* Anzahl der Teilnehmenden an allen Weiterbildungen

** Anzahl der Teilnehmenden × Weiterbildungstage

(Mehrtägige Seminare werden mit eintägigen und kürzeren verrechnet)



Personal Teilzeit/Vollzeit 2018

der im Inland Beschäftigten

	absolut	in Prozent
VZ- und TZ-Beschäftigte	232	100 %
Vollzeitbeschäftigte (VZ)	123	53 %
Teilzeitbeschäftigte (TZ) gesamt	109	47 %
davon studentische TZ-Beschäftigte	23	21 %
davon TZ mit mehr als 50 % der vollen Arbeitszeit	80	73 %
davon TZ bis 50 % der vollen Arbeitszeit	6	6 %

	Teilnehmendentage gesamt**	Teilnehmende
Rechtliches	63	172
Organisation	239	293
IT-Kenntnisse	142	278
Gender und Diversity	76	57
Kommunikation	100	107
Individuelle Weiterbildungen	183	118
Weiterbildung gesamt	803	1.025

Gremien (Stand 31. Dezember 2018)

Mitgliederversammlung

Jan Phillip Albrecht – MdEP
 Bettina Backes
 Carlos Becker
 Martin Berger
 Marianne Birtler
 Anne Bonfert
 Antje von Broock
 Agnieszka Brugger
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Dr. Gülay Caglar
 Claudia Dalbert
 Katja Dörner – MdB
 Stefan Ertner
 Stefan Gelbhaar – MdB
 Christa Goetsch
 Paula Grobbecke
 Kübra Gümüşay
 Britta Haßelmann
 Joachim Heinlein
 Anna Heyer-Stuffer
 Lamy Kaddor
 Anetta Kahane
 Dr. Serhat Karakayali
 Michael Kellner
 Ulrich Khuon
 Kai Klöse
 Lotte Leicht
 Sylvia Löhrmann
 Christiane Ludwig
 Gesine Märten
 Uta Meier-Gräwe
 Alexander Müller
 Mona Neubaur
 Konstantin von Notz
 Dr. Tamara Or
 Katrin Rönicke
 Krista Sager
 Dirk Scheelje
 Norbert Schellberg
 Ute Schmidt
 Gertrud Schmidt
 Imme Scholz
 Ulrich Schreiber
 Prof. Dr. Tine Stein
 Stefan Tidow
 Sabine Toppe
 Henriette Wägerle
 Michael Wedell
 Prof. Dr. Michael Zürn

Stipendiatische Vertreter/innen

Anika Reetsch
 Laura Worsch

Aufsichtsrat

Ute Brümmer
 Christa Goetsch
 Britta Haßelmann
 Anna Heyer-Stuffer
 Michael Kellner
 Alexander Müller
 Ingrid Spiller
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Michael Zürn

Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung

Gesine Agena
 Dr. Kristin Bergmann
 Dr. Laura Dornheim
 Dr. Dan Ghattas
 Kübra Gümüşay
 Özcan Karadeniz
 Filiz Keküllüoğlu
 Prof. Dr. Gritt Klinkhammer
 Prof. Dr. Ilse Lenz i. R.
 Stefanie Lohaus
 Terry Reintke
 Andrea Schirmacher
 Dr. Dag Schölper
 Malti Taneja
 Dr. Iris Werner

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Antje von Brook
 Prof. Dr. Julius Heinecke

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Tarek Al-Wazir – MdL
 Birgitt Bender
 Prof. Dr. Mechthild Bereswill
 PD Dr. Thomas Biebricher
 Marianne Birtler
 Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn
 Prof. Dr. Angelo Bolaffi
 Prof. Dr. Christina von Braun
 Prof. Dr. Claudia von Braunmühl
 Prof. Dr. Hubertus Buchstein
 Prof. Dr. Heinz Bude
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Prof. Dr. Thomas Christaller
 Dr. Anna Christmann
 Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Dr. Thea Dücker
 Dr. Petra Eggers
 Dr. Christoph Egle
 Rainer Ermschermann
 Jan Engelmann
 Anke Erdmann – MdL
 Stephan Ertner
 Prof. Dr. Adalbert Evers
 Prof. Dr. Rainer Forst
 Georgia Franzius
 Ralf Fücks
 Anna Katharina Gebbers
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Brigitte Geißel
 Karsten Gerlof
 Prof. Dr. Arnim von Gleich
 Stephanie Gleißner
 Adrienne Goehler
 Prof. Cristina Gómez Barrio
 Prof. Dr. Stefan Gosepath
 Prof. Dr. Sigrid Graumann
 Prof. Dr. L. Horst Grimme
 Melanie Haas
 Dr. Robert Habeck – MdL
 Rebecca Harms – MdEP
 Dr. Dietrich Herrmann
 Prof. Dr. Lisa Herzog
 Dr. Paula Marie Hildebrandt
 Imma Hillerich
 Richard Hilmer
 Prof. Dr. Jeanette Hofmann
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Rahel Jaeggi
 Pico Jordan
 Arne Jungjohann
 PD Dr. Otto Kallscheuer
 Petra Kirberger
 Prof. Dr. Bertram Lomfeld
 Sibylle Knapp
 Michael Knoll
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Georg Krücken
 Prof. Dr. Rainer Kuhlen
 Prof. Dr. Bernd Ladwig
 Dr. Birgit Laubach
 PD Dr. Susanne Lanwerd
 Dr. Adriana Lettrari
 Prof. Dr. Reinhard Loske
 Dr. Linda Ludwig
 Dr. Willfried Maier
 Nicole Maisch – MdB
 Christoph Meertens
 Ole Meinefeld
 Christin Melcher
 Prof. Dr. Christoph Menke
 Sebastian Metzger
 Prof. Jan Christoph Minx, PhD
 Prof. Dr. Christoph Möllers
 Claudia Müller
 Dr. Melanie Müller
 Rita Müller-Hilmer
 Dr. Michael Münter
 Dr. Carsten Neßhöver
 Dr. Gero Neugebauer
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ralph Obermayer
 Prof. Dr. Claus Offe
 Konrad Ott
 PD Dr. Arnd Pollmann
 Dr. Andreas Poltermann
 Prof. Dr. Ulrich K. Preuß
 Prof. Dr. Lothar Probst
 Prof. Dr. Dr. Franz J. Radermacher
 Prof. Dr. Juliane Rebentisch
 Dieter Rulff
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Krista Sager
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Manuel Sarrazin – MdB
 Prof. Dr. Birgit Sauer
 Philipp Sälhoff
 Sebastian Schaffer
 Joscha Schmierer
 Prof. Dr. Thomas Schramme
 Dr. Christine Schwarz
 Stephan Schilling
 Dr. Simone Schwanitz
 Dr. Kirsten Selbmann-Lobbedy
 Prof. Dr. Sandra Seubert
 Peter Siller
 PD Dr. Rudolf Speth
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Richard Stöss
 PD Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
 Dr. Niko Switek
 Rena Tangens
 Dr. Thorsten Thiel
 Stefan Tidow
 Dr. Ellen Ueberschär
 Prof. Dr. Berthold Vogel
 Sybille Volkholz
 Prof. Dr. Christiane Voss
 Mathias Wagner – MdL
 Prof. Dr. Gabriele Wilde
 Prof. em. Helmut Wiesenthal
 Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa/Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
 Annalena Baerbock
 Dr. Annegret Bendiek
 Olaf Böhnke
 Agnieszka Brugger
 Reinhard Bütikofer
 Rainer Ermschermann
 Kai-Olaf Lang
 Tobias Münchmeyer
 Winfried Nachtwei
 Dr. Martin Rocholl
 Rüdiger Rossig
 Michaele Schreyer
 Dr. Daniela Schwarzer
 Jan Seifert
 Rainer Steenblock
 Viola von Cramon
 Elisabeth Weber
 Dr. Anna Veronika Wendland

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel Asseburg
 Dr. Achim Brunnengräber
 Kristina Dietz
 Pegah Edalatian
 Prof. Dr. Ulf Engel
 Maria Heubach
 Thilo Hoppe
 Uwe Keckeritz
 Dr. Katrin Kinzelbach
 Dr. Michael Krempin
 Lotte Leicht
 Melanie Müller
 Dr. Imme Scholz
 Dr. Anja Senz
 Philip Sewing
 Prof. Dr. Gabriele Abels
 PD Dr. Stefan Bösch
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Kristina Giesel
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Peer Pasternack
 Prof. Dr. Manuel Pietzonka
 Eva Plonske
 Simone Probst
 Prof. Dr. Marco Rieckmann
 Krista Sager
 Dr. Ruth Seidl
 Dr. Anja Thiem

Fachbeirat Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
 PD Dr. Stefan Bösch
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Kristina Giesel
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Peer Pasternack
 Prof. Dr. Manuel Pietzonka
 Eva Plonske
 Simone Probst
 Prof. Dr. Marco Rieckmann
 Krista Sager
 Dr. Ruth Seidl
 Dr. Anja Thiem

Stipendiatische Vertreter/innen

Banu Cicek Tülü
 Till Gierlich

Auswahlkommission Studienwerk

Dr. Nadin Fromm
 Dr. Daniela Gottschlich
 Dr. Mareike Gronich
 Prof. Dr. Gerd Grözinger
 Fabian Hamák
 Prof. Dr. Julia Hauser
 Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
 Prof. Dr. Julius Heinicke
 Dr. Jutta Helm
 Dr. Manja Hußner
 Dr. Tobias Ide
 Prof. Dr. Omar Kamil
 Dr. Nele Nicole Kampa
 Trudel Karcher
 Prof. Dr. Vera Kirchner
 Prof. Dr. Claudia Kraft
 Tim Krause
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier
 Dr. Ilka Lennertz
 Franziska Lindhout
 Dr. Daniel Lübbert
 Dr. Alexandra Lübcke
 Dr. Sandra Maß
 Prof. Dr. Birgit Meyer
 Prof. Dr. Ursula Neumann
 Ann-Kathrin Neureuther
 Dr. Benno Nietzel
 Dr. Ipek Öcüm
 Vera Rabelt
 Tim Rauschan
 Prof. Dr. Wolfgang Riedel
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Prof. Dr. Mieke Roscher
 Dr. Renate Ruhne
 Dr. Tilman Santarius
 Dr. Arn Thorben Sauer
 Dr. Bianca Schemel
 Jörg Schreiber
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Ruth Seidl
 Dr. Rajinder Singh
 Eva Stadler
 Steffen Stadler
 Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Malti Taneja
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
 Andreas Wagner
 Dr. René Wildangel
 Dr. Susann Worschech
 Dr. Marianne Zepp

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

- Aachen** Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Prof. Dr. Stefan **Bösch**; Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Dr. Martina **Roß-Nickoll**
- Augsburg** Universität Augsburg, Prof. Dr. Christoph **Weller**
- Bamberg** Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Astrid **Schütz**
- Bayreuth** Universität Bayreuth, Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan **Peiffer**
- Berlin** k.A., Prof. Dr. Werner **Konitzer**; Akademie der Künste, Dr. Angela **Lammert**; Alice Salomon Hochschule Berlin, Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin, Dr. Achim **Brunnengräber**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Freie Universität Berlin, Dr. Michaela **Haase**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cilja **Harders**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Britta **Tietjen**; Hertie School of Governance, Prof. Dr. Jan Christoph **Heemann-Minx**; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Prof. Dr. Markus **Ziener**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin Prof. Dr. Florian **Koch**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Rosemarie **Morana**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Hartmut **Aden**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Binder**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marc **Buggeln**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marianne **Kriszio-Tadrus**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Meffert**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Christoph **Schneider**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Anna Dorothea **Schulze**; Institut für Zeitgeschichte, Dr. Susanne **Heim**; Technische Universität Berlin, Dr. Nina **Langen**; Technische Universität Berlin, Dr. Tilman **Santarius**; Universität der Künste Berlin, Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität der Künste Berlin, Elzbieta **Sternlicht**
- Bielefeld** Fachhochschule Bielefeld, Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**; Universität Bielefeld, Dr. Benno **Nietzel**
- Bochum** Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**
- Bonn** Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Dr. Isabel **Schäfer**; Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Prof. Dr. Andreas **Pangritz**
- Brandenburg** Technische Hochschule Brandenburg, Prof. Dr. Uwe **Höft**
- Braunschweig** Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Bettina **Wahrig**
- Bremen** Universität Bremen, Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Universität Bremen, Dr. Sabine **Horn**; Universität Bremen, Prof. Dr. Michi **Knecht**; Universität Bremen, Prof. Dr. Frank **Nullmeier**; Universität Bremen, Prof. Dr. Konstanze **Plett**; Universität Bremen, Prof. Dr. Maike **Vollstedt**
- Chemnitz** Technische Universität Chemnitz, Prof. Dr. Cecile **Sandten**
- Coburg** Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg, Prof. Dr. Julius **Heinicke**
- Darmstadt** Technische Universität Darmstadt, Dr. Renate **Ruhne**
- Dresden** Evangelische Hochschule Dresden (FH), Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Uta **Berger**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Anja **Besand**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**
- Düsseldorf** Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf, Prof. Dr. Ludger **Schwarte**
- Eberswalde** Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**; Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Prof. Dr. Pierre **Ibisch**
- Erfurt** Universität Erfurt, Prof. Dr. Omar **Kamil**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Jamal **Malik**
- Erlangen** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Kristina **Giesel**
- Essen** Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Anja **Weiß**
- Esslingen** Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Birgit **Meyer**
- Flensburg** Europa-Universität Flensburg, Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Europa-Universität Flensburg, Prof. Dr. Christine **Thon**
- Frankfurt (Oder)** Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Timm **Beichelt**; Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Dr. Susann **Worschech**
- Frankfurt am Main** Frankfurt University of Applied Sciences, Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Christoph **Menke**
- Freiburg** k.A., Prof. Dr. Carla **Rosendahl**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Dr. Sylvia **Kruse**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Britta **Schintel**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Anke **Weidlich**; Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme, Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**; Hochschule für Kunst, Design und Musik, Prof. Karin **Jobst**
- Friedrichshafen** Zeppelin Universität – Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik, Dr. Nadine **Meidert**
- Fulda** Hochschule Fulda – University of Applied Sciences, Prof. Dr. Susanne **Dern**
- Gießen** Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Encarnación **Gutiérrez Rodríguez**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Regina **Kreide**
- Göttingen** Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Nicolai **Miosge**
- Greifswald** Universität Greifswald, Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**; Universität Greifswald, Prof. Dr. Christine **Tamásy**
- Halle** Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Isabell **Hensen**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dr. Christiane **Lahnemann**
- Hamburg** HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Ingrid **Breckner**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Gesa **Ziemer**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Prof. Dr. Friedrich **von Borries**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Sina **Farzin**; Universität Hamburg, Dr. Nina **Feltz**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Wolfram **Weiß**
- Hannover** k.A., Susanne **Eser**; FOM Hochschule für Oekonomie & Management, Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**
- Heidelberg** Pädagogische Hochschule Heidelberg, Prof. Dr. Havva **Engin**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Christiane **Schwieren**
- Hildesheim** Universität Hildesheim, Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Michael **Corsten**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**
- Ilmenau** Technische Universität Ilmenau, Prof. Dr. Johann **Reger**
- Iserlohn** University of Applied Sciences Europe – Iserlohn, Berlin, Hamburg, Prof. Dr. Thomas **Meuser**
- Jena** Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**; Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, Dr. Stephan **Lorenz**
- Kaiserslautern** Hochschule Kaiserslautern (University of Applied Sciences), Prof. Hendrik **Speck**; Technische Universität Kaiserslautern, Prof. Dr. Michael **Hassemer**
- Karlsruhe** Karlsruher Institut für Technologie, Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**; Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Dr. Manuela **Böhm**
- Kassel** Universität Kassel, Dr. Franziska **Müller**; Universität Kassel, Prof. Dr. Christoph **Scherer**
- Kiel** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Menusch **Khadjavi**
- Kleve** Hochschule Rhein-Waal – University of Applied Sciences, Prof. Dr. Helmut **Prior**
- Koblenz** Universität Koblenz-Landau, Dr. Florian **Bernstorff**; Universität Koblenz-Landau, Heide **Gieseke**
- Köln** Universität zu Köln, Prof. Dr. Boris **Braun**
- Konstanz** Universität Konstanz, Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Universität Konstanz, Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; Universität Konstanz, Dr. Oliver **Trevisiol**
- Leipzig** Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Prof. Dr. Gabriele **Hoofacker**
- Lemgo** Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Maas**
- Linz** Johannes Kepler Universität Linz, Dr. Waltraud **Ernst**; Kunstiniversität Linz, Prof. Dr. Angela **Koch**
- Ludwigsburg** Evangelische Hochschule Ludwigsburg (FH), Prof. Bettina **Heinrich**
- Lüneburg** Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Dawid Govinda **Friedrich**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Peter **Pez**
- Magdeburg** Hochschule Magdeburg-Stendal, Prof. Dr. Maureen-Maisha **Auma**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
- Mainz** Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Peter **Kiefer**; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
- Mannheim** Universität Mannheim, Prof. Dr. Angela **Kepler**
- Marburg** Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Susanne **Maurer**
- München** Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungshochschule München (FH), Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Helga **Bilden**; Ludwig-Maximilians-Universität München, PD Dr. Tobias Benedikt **Hank**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Kornelia **Konczal**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Kerstin **Pinther**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Dr. Momme **von Sydow**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Verina **Wild**; Technische Universität München, Prof. Dr. Oliver **Alexy**
- Münster** Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Doris **Fuchs**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Dr. Harry **Mönig**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
- Neubiberg** Universität der Bundeswehr München, Prof. Dr. Franz **Kohout**
- Neubrandenburg** Hochschule Neubrandenburg – University of Applied Sciences, Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**
- Oldenburg** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**
- Osnabrück** Hochschule Osnabrück, Prof. Dr. Ursula Eva **Wiese**; Universität Osnabrück, Dr. Jens **Schneider**; Universität Osnabrück, Prof. Dr. Helen **Schwenken**
- Oxford** University of Oxford, Dr. Wolfgang **Zumдик**
- Passau** Universität Passau, Prof. Dr. Christian **Thies**
- Potsdam** Fachhochschule Potsdam, Dr. Ellen **Euler**; Universität Potsdam, Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Universität Potsdam, Prof. Dr. Vera **Kirchner**; Universität Potsdam, Dr. Ines **Sonder**; Universität Potsdam, Dr. Gert **Zöller**
- Regensburg** Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Maika **Berndt-Zürner**
- Reutlingen** Hochschule Reutlingen, Anna **Goeddeke**; Hochschule Reutlingen, Dr. Karin **Widmayer**
- Rostock** Universität Rostock, Dr. Gudrun **Heinrich**; Universität Rostock, Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
- Saarbrücken** Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Holger **Buck**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Ulrike **Zöller**
- Stuttgart** Universität Stuttgart, Dr.-Ing. Max **Hoßfeld**; Universität Stuttgart, Dr. Ralph O. **Schill**
- Trier** Hochschule Trier – Trier University of Applied Sciences, Prof. Dr. Peter **Heck**; Hochschule Trier – Trier University of Applied Sciences, Prof. Dr. Stefan **Naumann**; Universität Trier, Prof. Dr. Antje **Bruns**; Universität Trier, Dr. Rita **Voltmer**
- Tübingen** Eberhard Karls Universität Tübingen, Prof. Dr. Gabriele **Abels**; Eberhard Karls Universität Tübingen, Prof. Dr. Martin **Seeleib-Kaiser**
- Utrecht** Universiteit Utrecht, Dr. Christoph **Baumgartner**
- Vechna** Universität Vechna, Dr. Lucia **Licher**; Universität Vechna, Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
- Wien** FH Wien der WKW, Prof. Dr. Markus **Scholz**; Universität für Bodenkultur Wien, Prof. Dr. Karsten **Schulz**; Universität Wien, Prof. Dr. Julio **Mendivil**
- Wiesbaden** Hochschule RheinMain, Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**
- Wilhelmshaven** Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, Prof. Dr. Beate **Illg**
- Witten** Private Universität Witten/Herdecke gGmbH, Prof. Dr. Martin **Schnell**
- Wolfsburg/Wolfenbüttel/Salzgitter/Suderburg** Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**
- Wuppertal** Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Rita **Casale**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel Hochschule für Kirche und Diakonie, Dr. Michaela **Geiger**

Adressen

Stand: April 2019

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0 **F** 030-285 34-109
E info@boell.de
W www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-51 40
E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Hochbrückenstraße 10, 80331 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Sebastianstraße 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480 **F** 030-308 779 486
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Carl-Ronning-Straße 9, 28195 Bremen
T 0421-35 23 68
E kontakt@boell-bremen.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Politisches Bildungswerk, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70
E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78
E info@boell-hessen.de **W** www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 0825
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saarland e.V.

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Kraftwerk Mitte 32/ Trafohalle, 01067 Dresden
T 0351-85 075 100 **F** 0351-85 075 109
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Leipzig

Ludwigsburgerstraße 14, 04209 Leipzig
T 0176-20 75 35 24 oder 0351-85 07 51 30
E info@weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Büro Brüssel – Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung
Rue du Luxembourg, 47–51
1050 Brussels, Belgien
T +32-2-743 41 14 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Büro Paris – Frankreich

Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-1-84 86 15 81
E info@fr.boell.org **W** www.fr.boell.org

Büro Prag – Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn

Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Büro Warschau – Polen

Heinrich-Böll-Stiftung
ulica Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-44 01-333 **F** +48-22-44 01-337
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Büro Moskau – Russische Föderation

Heinrich-Böll-Stiftung
Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russische Föderation
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Büro Kiew – Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Velyka Zhytomyrska 13
01001 Kiew, Ukraine
T +38-44-394 52 42
E ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Büro Tbilissi – Region Südkaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., Tbilisi 0160, Georgien
T +995-32-238 04 67/68 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Büro Belgrad – Serbien, Montenegro, Kosovo

Heinrich-Böll-Stiftung
Kralja Milana 6/1, 11000 Belgrad, Serbien
T +381-11/3067 646 **F** +381-11/6303 282
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und Herzegowina, Albanien, Nord-Mazedonien

Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
3 Aristotelous, 54624
Thessaloniki, Griechenland
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Büro Istanbul – Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Büro Washington, DC – USA, Kanada, Globaler Dialog

Heinrich-Böll-Stiftung
1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005-2540, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Asien

Büro Peking – China

Heinrich-Böll-Stiftung
Office C704, Beijing Lufthansa Center
No. 50, Liangmaqiao Road,
Chaoyang District, 100125 Beijing, China
T +86-10-8400 4265
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Büro Indien

Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405, 2651 6695, 2696 2840
E info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Regionalbüro Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvi 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960/1/2 **F** +66-2-6627576
E info@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung
 #8, Street 476, Sangkat Toul Tompoung I
 Khan Chamkar Mon
 Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Büro Yangon – Myanmar

Heinrich-Böll-Stiftung
 No. 45/A, Kan Lane 3
 Kan Road, Kamayut Township
 Yangon, Myanmar
T +95-9-3168 5846
E info@mm.boell.org **W** www.mm.boell.org

Afrika**Büro Abuja – Nigeria**

Heinrich-Böll-Stiftung
 3rd Floor, Rukayat Plaza
 93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja, Nigeria
T +234-809-99 29 60-5 91
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda, Tansania, Somalia/Somaliland

Heinrich-Böll-Stiftung
 Forest Road
 P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Büro Dakar – Senegal

Heinrich-Böll-Stiftung
 Rue de Louga x Impasse PE
 10 – au fond, Point E, Dakar, Sénégal
T +221-33-825 66 06
E info@sn.boell.org **W** www.sn.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika, Namibia, Simbabwe

Heinrich-Böll-Stiftung
 8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
 Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika**Büro Tel Aviv – Israel**

Heinrich-Böll-Stiftung
 1 Har Sinai St. 2nd floor, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34/35 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Büro Palästina und Jordanien

Heinrich-Böll-Stiftung
 Tal az-Zaatar St. 6
 P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Büro Beirut – Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung
 Achrafieh, St. Nicolas' Garden, Selim Boustros Street
 Jbeili Building, 4th Floor
 P.O. Box 175 510, Mar Mikhael, Beirut, Libanon
T +961-1-216073/37
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Büro Tunesien – Tunis

Heinrich-Böll-Stiftung
 5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Büro Rabat – Marokko

Heinrich-Böll-Stiftung
 17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 93/94 **F** +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika**Büro Mexiko-Stadt – Mexiko und Karibik**

Heinrich-Böll-Stiftung
 Calle José Alvarado 12
 Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc
 CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Büro San Salvador – El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua

Heinrich-Böll-Stiftung
 Residencial Zanzíbar
 Pasaje A-Oriente #24
 San Salvador, El Salvador
T +503-2274-6812 **F** +503-2274-6932
E sv-info@boell.org **W** www.sv.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien

Heinrich-Böll-Stiftung
 Rua da Glória, 190/701 – Glória
 CEP 20.241-180 – Rio de Janeiro, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Büro Bogota – Kolumbien

Heinrich-Böll-Stiftung
 Calle 37 No 15–40
 Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org **W** www.co.boell.org

Büro Santiago de Chile – Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay

Heinrich-Böll-Stiftung
 Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
 752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Fördern und Spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/inn/en, als Vertrauensdozent/inn/en oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstlerinnen und Künstlern eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 45). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit.

Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber/in, als Moderator/in oder Gesprächsteilnehmer/in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen.
Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Antje von Brook, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: Jörg Farys/BUND



Marie Luise von Halem, MdL, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: Robert Recker



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Zuletzt waren sie in Erfurt bei der Landesstiftung Thüringen und in Marokko bei unserem dortigen Büro zu Gast.

Informieren Sie sich über unser Programm:
W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 **F** 030-285 34-5112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BF SW DE 33 BER

IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
 DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift:

- Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigran-

ten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

■ Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.

■ Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung 49 Mitglieder

Aufsichtsrat 9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Dr. Ellen Ueberschär Florian Kommer Sekretariat: Tanja Gunkel (-105)	Büro Gesamtvorstand: Carmen Herzog Barbara Heitkämper	Barbara Unmüßig Lara Wodtke Sekretariat: Kathrin Klaua (-114)	Freundinnen und Freunde Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgabe		Steffen Heizmann N. N. Sandra Jackson Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon Interne Revision Lirije Nitaj-von Petersdorff Organisationsentwicklung und Wissensmanagement Dr. Kristina Heße	Betriebsrat
Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung Sarah Schwahn			

Internationale Zusammenarbeit	Politische Bildung Inland
-------------------------------	---------------------------

Leitung: Dr. Antonie Nord N. N. (-300)	Leitung: Peter Siller Petra Stegemann (-248) Benjamin Glück
--	--

<p>Internationale Politik Jörg Haas Joanna Barelkowska Simone Zühr</p> <p>Internationale Umweltpolitik Lilia Fuhr Linda Schneider Kristin Funke, Janine Korduan, Annette Kraus</p> <p>Internationale Agrarpolitik Dr. Christine Chemnitz Sonja Kundler Inka Dewitz</p> <p>Außen- und Sicherheitspolitik Giorgio Franceschini Milena Grünewald</p> <p>Demokratieförderung Claudia Rolf Jana Prosinger</p> <p>Regionalreferat Afrika Leitung: Kirsten Maas-Albert Claudia Simons Beate Adolf Nicola Egelhof Maria Kind</p> <p><i>Büro Dakar:</i> Usha Ziegelmayr <i>Büro Kapstadt:</i> Katrin Seidel (ab 6/19) <i>Büro Nairobi:</i> Ulf Terlinden <i>Büro Abuja:</i> Christine K</p> <p>Regionalreferat Nahost und Nordafrika Leitung: Julia Alfandari Niko Pewesin, Anja Hoffmann Birgit Arnhold Sandra Nenninger <i>Büro Tel Aviv:</i> Steffen Hagemann <i>Büro Ramallah:</i> Dr. Bettina Marx <i>Büro Tunis:</i> Dr. Heike Löschmann <i>Büro Rabat:</i> Bauke Baumann <i>Büro Beirut:</i> Dr. Bente Scheller</p>	<p>Regionalreferat Asien Leitung: Katrin Altmeyer Jost Pachaly Christina Sadeler (ab 6/19) Ella Soesanto Fabian Heppe Gitanjali More</p> <p><i>Büro Yangon:</i> Dr. Axel Harneit-Sievers</p> <p><i>Büro Bangkok:</i> Manfred Hornung</p> <p><i>Büro Neu-Delhi:</i> Marion Regina Mueller</p> <p><i>Büro Phnom Penh:</i> Ali Al-Nasani</p> <p><i>Büro Peking:</i> Christina Sadeler (bis 6/19)</p> <p><i>Büro Hongkong:</i> Leyla Al-Zubaidi</p> <p>Regionalreferat Ost- und Südosteuropa Leitung: Walter Kaufmann Robert Sperfeld Gudrun Fischer Nina Happe Petra Zimmermann Ani Matevosyan Ulla Niehaus</p> <p><i>Büro Belgrad:</i> Simon Ilse</p> <p><i>Büro Moskau:</i> Johannes Voswinkel</p> <p><i>Büro Kiew:</i> Sergej Sumlenny</p> <p><i>Büro Tbilisi:</i> Nino Lejava (bis 7/19), Dr. Stefan Meister (ab 8/19)</p> <p><i>Büro Sarajevo:</i> Marion Kraske</p>	<p>Regionalreferat Lateinamerika Leitung: Ingrid Spiller Audrey Changoe Petra Tapia Evelyn Hartig Julia Ziesche (bis 6/19) Felix Speidel (ab 6/19) Alexandra Sitenko</p> <p><i>Büro San Salvador:</i> Hans-Georg Janze</p> <p><i>Büro Mexiko-Stadt:</i> Dr. Dawid Bartelt</p> <p><i>Büro Bogotá:</i> Florian Huber</p> <p><i>Büro Rio de Janeiro:</i> Annette von Schönfeld</p> <p><i>Büro Santiago de Chile:</i> Dr. Ingrid Wehr</p> <p>Regionalreferat EU/Nordamerika Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky Dr. Christine Pütz Ewa Peteja Claudia Rothe Sabine Hämmerling Julia Bartmann Christoph Mayer</p> <p><i>Büro Brüssel:</i> Eva van de Rakt</p> <p><i>Büro Istanbul:</i> Kristian Brakel</p> <p><i>Büro Paris:</i> Jens Althoff</p> <p><i>Büro Prag:</i> Nino Lejava (ab 8/19)</p> <p><i>Büro Thessaloniki:</i> Olga Drossou</p> <p><i>Büro Warschau:</i> Irene Hahn-Fuhr</p> <p><i>Büro Washington:</i> Bastian Hermisson</p> <p>Steuerung und Evaluierung Leitung: Julia Scherf Christiane Dilger Kirsten Dagane Murat Pekün Ruth Kleefisch Tanja Reith Barbara Assheuer Renate Eisape Ina Bogusz Margarete Tanzmann Christian Polzin Jutta Ganther</p>	<p><i>Programmteam I (Schwerpunkt: Soziale Teilhabe)</i></p> <p>Bildung und Wissenschaft Philipp Antony David Handwerker</p> <p>Sozialpolitik Dorothee Schulte-Basta Tmnit Zere</p> <p>Migration und Diversity Mekonnen Mesghena Anke Bremer Flora Bolm (ab 7/19) (Website Migration «Heimatkunde»)</p> <p><i>Programmteam II (Schwerpunkt: Ökologische Wende)</i></p> <p>Ökologie und Nachhaltigkeit Dr. Stefanie Groll Rita Hoppe Solveig Bartusch</p> <p>Wirtschaft und Finanzen Ute Brümmer Monika Steins</p> <p>Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Sabine Drewes Andrea Meinecke</p> <p><i>Programmteam III (Schwerpunkt: Demokratische Zukunft)</i></p> <p>Demokratie Dr. Anne Ulrich Eike Botta-Venhorst</p> <p>Kulturpolitik und Neue Medien Christian Römer Karin Lenski</p> <p>Gesellschaftspolitik Michael Stognienko</p> <p>Zeitgeschichte Dr. Roman Schmidt Annika Magnussen</p>
--	--	--	---

	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation	Haushalt und Finanzen
	Leitung: Dr. Ulla Siebert Iris Längert (-400) Kathrin Hohmann-Mehring	Leitung: Annette Maennel Natalie Kraneiß (-200)	Leitung: Patrick Berg Florian Remmers (-143)
Grüne Akademie Zeitdiagnose und Diskursanalyse Ole Meinefeld Stephan Stoll, Christine Weiß Politik- und Parteienforschung Dr. Sebastian Bukow Jana Heyde Archiv Grünes Gedächtnis Leitung: Wiebke Winkler Julia Breggott Anne Vechtel Anne Krause Michel Panitz Steffi Rönnefarth Eva Sander Heinrich Böll: Leben und Werk (Köln) Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer Haus Langenbroich Sigrun Reckhaus	Studienförderung Anja Schleich Kerstin Simonis Elsbeth Zylla Jannetje Höring Dr. Robert Schulz Dr. Mareike Brlečić Layer Birgit Kahlau Malgorzata Lewandowska Angelika Steinborn Susanne Matk Elena Mikhaylova Susanne Lutz Promotionsförderung Dr. Sevilya Karaduman Wilma Weber Auswahlverfahren/Alumni Dr. Janina Bach Christina Schmitz Finanzen Liette Thill	Presse Michael Alvarez Kalverkamp Vera Lorenz Online-Redaktion/Internet Lukas Fischer Peggy Marquardt Lea Wrobel (bis 8/19) Sebastian Dörfler Mirja Brücker (ab 7/19) Jonas Witsch Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Ditttrich Marketing/Layout Elke Paul, Lisa Kreutzer Aygen Schruoffeneger (Besuchsgruppen) Adressverwaltung Sabine König Tagungsbüro Eva Klakl Julia Reiter, Antonia Götte, Martin Sommer, Lena Frisch, Nicole Bott	Haushalt und Bilanzierung Ellen Deuse Frank Schulz Munkhzul Togmid Operative Finanzbuchhaltung Michaela Krethe Valerian Rautenberg Hans-Jörg Wilhelm Evelyn Jaeschke Angelika Weiland Silke Richter Sudeepa Aich Zuwendungs-, Vergabe- und Vertragsrecht Franziska Heisterkamp Ünay Özkan
Gunda-Werner-Institut		IT/Technische Dienste	Personal
Leitung: Henning von Barga und Dr. Ines Kappert		Leitung: N. N. Christine Zimmermann (-170)	Leitung: Petra Nibbe N. N.
Francesca Schmidt Peggy Piesche Christiane Bornstedt Zoha Aghamehdi Hannah Lichtenthäler		IT-Systeme zentral Dietmar Weber Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Linh Ngo IT-Systeme global Christopher Golze Ursula Plötz Sergej Fröhlich	Personalbetreuung Marzena Matuschak Svetlana Kuzjaev Nadine Arendt Kati Lekaj Katja Legde Nora Koske
Weiterbildungsakademie GreenCampus		Technische Dienste Antje Voigt Lamine Hane Thomas Engelhardt Baumanagement Bert Bloß (Leitung) Dietmar Harmel Annett Kretschmann	
Leitung: Christian Neuner-Duttenhofer			
Wolfgang Pohl Flora Bolm (bis 6/19) Maria Pajonk Uta Hergert Paulina Berndt (ab 8/19)			

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Deren vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bil-

dungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2018 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 324 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Barbara Unmüßig und Dr. Ellen Ueberschär. Die Geschäftsführung hat Steffen Heizmann inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Indien, China, Hongkong, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, El Salvador und den USA. Im Jahr 2018 standen der Stiftung circa 68 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Umschlagfoto: «#Unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung» – Motto einer Demo im Oktober 2018 in Berlin mit über 200.000 Teilnehmenden.